



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 17. Sitzung – Teil 1  
- endgültige Fassung\* -

**3. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 15. Januar 2021, 8.30 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

**Einzigster Punkt der Tagesordnung**

**Seite**

Öffentliche Zeugenvernehmung

**Klaus Michalak**  
(Beweisbeschluss Z-59)

**8**

**Dr. Wolfgang Fink**  
(Beweisbeschluss Z-64)

**52**

\* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses\*

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa

### Fraktionsmitarbeiter\*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Genske, Marlene Günther, Kevin Kempe, Julius
SPD	Hawxwell, Anne Schinzel, Boris
AfD	
FDP	Iza Schilling, Philipp Reuss, David
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian

\* anwesend laut Unterschriftenliste



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Teilnehmer Bundesregierung\*

BMF	ARn Koch RD Fritz RDn Barczyk RD Ziegner
BMWi	RR Gräf MR Dr. Schiemann
BK	RD Mai

### Teilnehmer Bundesrat\*

#### Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RD Simon

\* anwesend laut Unterschriftenliste



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 8.31 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 17. Sitzung, die zugleich unsere 8. Beweisaufnahme ist.

Ich frage noch mal und gucke Herrn Fleischer an: Die Öffentlichkeit ist in den Sitzungssälen E.600 und E.800 hergestellt? - Wunderbar. Dann stelle ich fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter der Bundesregierung und des Bundesrates recht herzlich willkommen. Ebenso begrüße ich recht herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Sälen E.600 und E.800, in die heute unsere Sitzung gestreamt wird.

Bitte beachten Sie diese folgenden Hinweise - da gab es gestern einen bedauerlichen Zwischenfall; aber das scheint gelöst zu sein -: Es sind nämlich eigene Ton- und Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss führen, sondern auch zu einem Hausverbot oder zu strafrechtlichen Konsequenzen, und ich bin da ganz entschlossen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

*Fortsetzung der Zeugenvernehmung*

**Klaus Michalak**  
(Beweisbeschluss Z-59)

**Dr. Wolfgang Fink**  
(Beweisbeschluss Z-64)

Und dann warten wir auf den Zeugen.

**Vernehmung des Zeugen  
Klaus Michalak**

**Zeuge Klaus Michalak:** Guten Morgen!

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, wunderbar. Unser erster Zeuge, Herr Michalak, hat bereits Platz genommen. Herr Michalak, ich heiße Sie recht herzlich willkommen und hoffe auch, Sie hatten eine angenehme Anreise.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Herr Dr. Rosinus Platz genommen. Herr Rosinus, seien auch Sie herzlich willkommen. Ich hoffe, auch Sie hatten eine angenehme Anreise.

Wie Sie sicherlich wissen - ganz kurz; das führt ja manchmal hier zu Streit -, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gleichfalls können Sie oder Ihr Mandant selbstverständlich eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, habe ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Herr Michalak, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf Ihre mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür an dieser Stelle recht herzlichen Dank; das spart dann immer wertvolle Minuten. Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei unserer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, habe ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Dann möchte ich Sie noch bitten, dass Sie - und Sie tun das schon wunderbar - immer darauf achten, dass das Mikrofon eingeschaltet ist, bevor Sie das Wort ergreifen, damit die anderen Kollegen in den anderen Sälen Sie hören können, aber auch der Tonmitschnitt zustande kommt.

Herr Michalak, ich würde Sie zunächst zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen.

**Zeuge Klaus Michalak:** Mein Name ich Klaus Reinhold Michalak. Ich bin 63 Jahre alt, bin Bankfachwirt, Bankkaufmann und zurzeit Geschäftsführer und wohne in [REDACTED].

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Herr Michalak, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeuge Klaus Michalak:** Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir sind zwar schon in Mitte Januar, aber erlauben Sie mir dennoch, Ihnen alles Gute zum neuen Jahr zu wünschen, in den aktuellen Umständen besonders Gesundheit und natürlich auch Erfolg bei diesem wichtigen Untersuchungsausschuss.

Neben mir sitzt Herr Rosinus; das hatten Sie schon erwähnt, Herr Vorsitzender. Und vielleicht ein paar Worte zu Beginn.

Die KfW IPEX-Bank ist eine mittelbare hundertprozentige Tochtergesellschaft der KfW; sie unterscheidet sich aber von der KfW in wesentlichen Punkten. Die KfW ist eine Anstalt öffentlichen Rechts und eine Förderbank, und sie hat damit bestimmte Finanzierungszwecke, also wie zum Beispiel die Unterstützung des energieeffizienten Wohnungsbaus. Und gerade in jüngster Zeit ist sie natürlich auch in Erscheinung getreten bei der Umsetzung der Corona-Hilfsmaßnahmen, die von der Bundesregierung beschlossen und auf den Weg gebracht wurden.

Die IPEX ist dagegen keine Förderbank. Das bedeutet, dass die IPEX an den staatlichen Vorteilen der KfW nicht partizipiert. Stattdessen muss die IPEX wie eine private Bank im Wettbewerb agieren. Dies setzt eine organisatorische Trennung von der KfW voraus. Für diese Trennung gibt es rechtliche Gründe. Sie beruhen auf einer Verständigung mit der EU-Kommission aus dem Jahr 2002, die hierfür auch entsprechende Vorgaben macht.

Wir sind deswegen eine vollständig der Bankaufsicht unterliegende Bank, so wie private Geschäftsbanken auch. Wir haben eine Banklizenz und sind banküblich organisiert. Das bedeutet, dass unsere Kreditprozesse sich auch an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben orientieren. Wir unterliegen der Aufsicht von BaFin und Bundesbank, die uns und unsere Geschäftstätigkeit regelmäßig und intensiv prüfen. Dazu gehören natürlich auch unsere Kreditprozesse.

Wir sind im Kern unserer praktischen Tätigkeit und unserer Prozesse also eine normale Geschäftsbank. Das bedeutet vor allem, dass wir kein ausgelagerter Arm der Politik sind. Es ist also nicht so, dass die Politik in unser Geschäft hineinregieren würde, wenn ich das mal so sagen darf, und etwa verlangen würde, dass wir konkrete Transaktionen abschließen - so etwas habe ich in meinen acht Jahren, die ich nun bei der IPEX bin, nicht einmal erlebt -, weder über den Aufsichtsrat noch über andere Kanäle.

Was macht die IPEX genau? Das Betätigungsfeld der IPEX ist die Durchführung von Finanzierungen im Interesse der deutschen und europäischen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirtschaft. Wir reichen Finanzierungen heraus, insbesondere dort, wo wir deutsche und europäische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Produkte respektive ihre Leistungen in den Markt zu bringen.

Typische Beispiele dafür sind Projekte der Energiewende, beispielsweise Onshore- und Offshorewindparks; auch Neuzusagen im Projekt zur Digitalisierung, beispielsweise Glasfasernetzausbau, Breitbandnetzausbau oder Mobilfunknetzausbau; öffentlicher Personennahverkehr sowie Bau vom \* Rechenzentrum Bahn\* 2020 - große Schwerpunkte für uns.

In diesem Zusammenhang sagt die IPEX Kreditzusagen im Rahmen von 15 bis 20 Milliarden zu. Das hängt immer von der Kreditnachfrage unserer Kunden ab, und die wiederum wird natürlich auch beeinflusst durch konjunkturelle Zyklen. Im letzten Jahr waren es 16 Milliarden Euro.

Der größte Anteil wird dabei abgedeckt von „Energie und Umwelt“. Das waren im letzten Jahr 20 Prozent, zum Beispiel Windparks; hatte ich eben schon erwähnt. Ein weiteres großes Feld sind die Geschäftssparten „Infrastruktur“ und „Industrie und Services“, die zusammen zum Beispiel auch die Digitalisierungsprojekte unterstützen. Die haben zusammen im letzten Jahr 25 Prozent ausgemacht.

Vor allem erbringen wir auch im Rahmen des Konzernverbunds bestimmte Leistungen für die KfW. Zum Beispiel wickeln wir mit unserem Know-how bestimmte Geschäfte für die KfW ab.

Produktmäßig sind wir auf die Vergabe von Krediten fokussiert. Dienstleistungen wie zum Beispiel Beratung für Fusionen oder Akquisitionen, andere Investmentbankprodukte oder auch Zahlungsverkehr bieten wir unseren Kunden als Dienstleistung nicht an. In unserem Portfolio an Kreditprodukten bieten wir unter anderem Projektfinanzierung, Objektfinanzierung, Corporate-Finanzierung, also Unternehmensfinanzierung, an.

Die Trennung zwischen KfW einerseits und IPEX andererseits prägt sich auch dadurch aus, dass

Kreditengagements, die auf die Bilanz der IPEX gehen, in der IPEX behandelt werden. Ab einer gewissen Größenordnung erfolgt zusätzlich eine Befassung in operativen KfW-Gremien. Das heißt aber: keine Beschlussfassung im Verwaltungsrat der KfW.

Die Trennung zwischen KfW und IPEX führt außerdem dazu, dass ich Fragen zur KfW oder deren Fördertätigkeiten hier nicht beantworten kann, es sei denn, es handelt sich um Felder, wo wir Leistungen für die KfW erbringen. - Aber das nur zur Vollständigkeit.

Ich kann und will Ihnen aber alle Fragen zur IPEX beantworten sowie die Geschäftsaktivitäten der IPEX in Bezug auf die Wirecard, und das ist das Ihnen bekannte Darlehen über 100 Millionen Euro.

Zu diesem Wirecard-Darlehen vielleicht Folgendes vorweg: Warum überhaupt Wirecard? Die Wirecard AG haben wir finanziert, weil zu diesem Zeitpunkt nach unserer und, ich glaube, auch der Wahrnehmung im Markt die Wirecard eins der deutschen Unternehmen war, die ein zukunftssträchtiges und international erfolgreiches Geschäftsmodell im Bereich der Digitalisierung von Zahlungsverkehrsleistungen, ja, man muss sagen, zu haben schien.

Wirecard konnte insbesondere trotz der Anfänge im Zahlungsverkehr für weniger renommierte Kunden in bemerkenswertem Maße größere, international tätige Kunden und bekannte Kunden gewinnen, war zunächst Mitglied im TecDAX und später im DAX. Die gewährte Finanzierung sollte weitere internationale Expansion der Wirecard unterstützen.

Heute sind wir natürlich alle klüger, und wir wissen, dass wir, wie viele andere, massiv von unserer Kundin betrogen und hinters Licht geführt wurden. Trotzdem kommt es aus meiner Sicht bei der Beurteilung heute natürlich darauf an, wie sich die Sache aus der Sicht von damals dargestellt hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das Darlehen wurde als sogenannte Corporate-Finanzierung oder Unternehmensfinanzierung gewährt. Was heißt das? Vielleicht einen kurzen Blick auf den Markt.

Allein der öffentlich bekannte Markt für konsortiale Corporate-Finanzierung betrug im vergangenen Jahr in Deutschland circa 70 Milliarden Euro; hinzu kommen bilateral abgeschlossene Finanzierungen in diesem Segment. Neben den Corporate-, also den Unternehmensfinanzierungen belief sich der Gesamtmarkt für Unternehmensschuldendarlehen 2020 auf gut 15 Milliarden Euro. Ein Schuldendarlehen ist eine von vornherein unbesicherte Art der Finanzierung, weshalb auch damit konkurrierende normale Unternehmensfinanzierungen grundsätzlich unbesichert gewährt werden.

Die Ausfallraten in diesem seit vielen Jahren bestehenden, kontinuierlich wachsenden Marktsegment sind nach unserer Kenntnis allgemein gering.

Sogenannte Corporate-Finanzierungen, wie wir sie im Fall Wirecard gemacht haben, umfassen in der IPEX-Bilanz Ende 2020 rund 7,7 Milliarden, circa 20 Prozent des Zusageobligos der IPEX. In der IPEX selbst hatten wir in diesem Segment in den letzten Jahren nach meinem Wissen neben Wirecard keinen Ausfall.

Der Bestand an leistungsgestörten Krediten ohne Wirecard in diesem Segment in der Bilanz der IPEX liegt bei 13 Millionen. „Leistungsgestört“ heißt, dass also Zins- und Tilgungsleistungen nicht wie vereinbart erbracht werden. Üblicherweise setzen wir uns mit den Kunden zusammen, machen eine Restrukturierung, und dann sind wir erfolgreich und können die Finanzierung wieder aufs Gleis bringen. Also, das führt dann nicht zu einem Ausfall.

Wirecard war aber aus meiner Sicht kein normaler Kreditausfall. Wirecard ist nicht deswegen gescheitert, weil das Geschäftsmodell nicht funktioniert hätte oder sich typische Unternehmensrisiken verwirklicht hätten. Stattdessen liegt, wenn ich das einmal aus meiner persönlichen Erfahrung von 40 Jahren Bankgeschäft sagen darf, ein

beispielloser Fall der kriminellen Fälschung eines Drittels der Bilanzsumme vor. Insbesondere bei einer Notierung im DAX und damit verbundenen Prüf- und Veröffentlichungspflichten, muss ich ehrlich sagen, hätte ich das in diesem Maß nicht für möglich gehalten.

In meiner Rolle als Vorsitzender der Geschäftsführung ist es für mich trotz dieser singulären Umstände selbstverständlich, der Frage nachzugehen, ob wir alles richtig gemacht haben und was wir aus Fällen wie Wirecard lernen können.

Wir haben als Geschäftsführung am 26. Juni, also einen Tag nach Insolvenzantragstellung durch die Wirecard, unsere Innenrevision mit einer Sonderprüfung beauftragt. Diese Sonderprüfung hatte drei Schwerpunkte. Der erste Schwerpunkt war, ob die Kreditprozesse sowohl bei der Erstentscheidung als auch bei der Verlängerung angemessen eingehalten worden sind. Der zweite Schwerpunkt war, ob die Warnsignale, die es ja gab und auf die wir sicherlich im Verlauf auch noch zu sprechen kommen werden, aufgenommen worden sind, bewertet worden sind und angemessen in die Kreditentscheidung eingeflossen sind und nicht zuletzt ob das Monitoring, also die Überwachung des Engagements während der Laufzeit, und die entsprechende Bildung der Risikovorsorge angemessen waren. Die Innenrevision hat keine wesentlichen Feststellungen getroffen.

Zum Abschluss vielleicht noch der Hinweis - ich habe schon darüber gesprochen -, wie wir rechtlich eingehegt sind. Dazu gehört natürlich auch das Thema, dass wir dem Bankgeheimnis unterliegen bzw. aufgrund unserer wettbewerblichen Situation selbst Geschäftsgeheimnisse haben und auch vertrauliche Sachverhalte. Herr Vorsitzender, Sie haben schon darauf hingewiesen, dass ich die Chance habe, dann darauf hinzuweisen, dass solche Themen im nichtöffentlichen Teil zu behandeln sind. Ich würde dann, in dem Fall, vielleicht hier und da mich auch mit Herrn Rosinus austauschen, damit er im Eifer des Gefechts mich darauf hinweist, wenn ich da Dinge anspreche, die eigentlich in den nichtöffentlichen Teil gehören.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

So weit herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, und jetzt stehe ich Ihnen gerne für Fragen zur Verfügung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Prima. Danke Herr Michalak. - Dann würde ich, wie jetzt in den letzten Tagen und Runden auch, zunächst mit der Vernehmung und allgemeinen Fragen auch beginnen wollen.

Wie haben Sie sich - das hat sich jetzt gut eingebürgert - auf die Sitzung heute vorbereitet? Mit wem haben Sie gesprochen? Gab es von außerhalb auch noch Stellungnahmen? Wie war da Ihre Vorbereitung für heute?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich habe mich natürlich auf die Sitzung vorbereitet, um Ihnen möglichst angemessen und wahrheitsgetreu meine Wahrnehmung hier kommunizieren zu können. Ich habe auch die Unterlagen mir angesehen. Ich habe mir ja nicht alle Unterlagen ansehen können; da bitte ich um Verständnis. Aber ich habe versucht, sozusagen die wesentlichen Unterlagen mir anzuschauen. Ich habe mich ausgetauscht mit Kollegen intern, zum Beispiel unserem Chefsyndikus, mit dem Leiter des Generalsekretariats im Konzern. Ich habe mich mit dem einen oder anderen Mitarbeiter/in ausgetauscht, die mit der Transaktion befasst waren. Ich habe mich aber auch sozusagen mit externen Juristen ausgetauscht, eben um angemessen vorbereitet zu sein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Können Sie noch mal, damit wir es auch für uns besser abfassen können, erläutern, welche Aufgaben Ihre Tätigkeit als Vorsitzender der Geschäftsführung und als Leiter der Bereiche „Finanzen“, „IT-Produkte“ und „Stab“ beinhaltete, insbesondere natürlich für uns im relevanten Untersuchungszeitraum 1. Januar 2014 bis Oktober 2020?

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm. Also, wenn ich mich recht erinnere, hat sich mein Verantwortungsbereich nicht verändert, seitdem ich die Leitung der Geschäftsführung vor knapp acht Jahren übernommen habe. Dazu gehören neben den Punkten, die Sie aufgelistet haben, auch die Revision und die Compliance-Abteilung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm, gut. Compliance ist interessant; -

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich hoffe, ich habe jetzt keins vergessen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - da fällt mir nachher noch eine Frage ein. - Okay, dann würde ich, glaube - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Und - Entschuldigung - noch das Kreditmanagement. Ich glaube, das haben Sie nicht erwähnt, und ich habe es auch noch nicht erwähnt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, Kreditmanagement ist die technische Betreuung von Engagements, die in den Büchern sind.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, Herr Michalak. Gut. - Dann würde ich mich eigentlich - das brennt mir und, ich glaube, auch vielen Kollegen hier auf der Seele - noch mal auf die Kreditvergabe an die Wirecard AG im September 2018 beziehen. Aus Ihrem Schreiben vom 19.06.2020 an den Aufsichtsrat, auffindbar auf MAT A BMWi-11.20, Blatt 5, geht hervor, dass die KfW IPEX-Bank der Wirecard im September 2018 eine Kreditlinie in Höhe von 100 Millionen gewährt hat, die vollständig ausgezahlt wurde. - Das Schreiben würde Ihnen sonst auch vorgelegt werden. - Wie kam die Kreditlinie an Wirecard zustande? Von wem ging die Initiative für diesen Kredit aus?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, meines Wissens ging die Initiative von unserer Markt-Abteilung aus, die Wirecard auf die Möglichkeit einer Zusammenarbeit bei der Finanzierung angesprochen hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wie darf ich mir das vorstellen? Trifft man sich auf einem Meeting oder Come-together, oder -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, üblicherweise - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - sagt jemand jetzt vielleicht - kann ja sein - von der KfW: Mensch, da ist die Wirecard; die hat Kreditbedarf; ist ja auch ein aufstrebendes Unternehmen. - Wie darf ich mir das vorstellen, dass die Initiative von Ihnen ausgeht?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, üblicherweise ist es so, dass man bei Neukunden - Wirecard war ja ein Neukunde in diesem Zusammenhang - - dass man sich um einen Termin bemüht mit der Finanzabteilung, möglichst mit dem Finanzdirektor, wenn es geht, mit dem CFO, um sozusagen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit, ob man Mehrwert für den Kunden leisten kann, auszuloten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie sich erinnern, wann so diese Kontaktaufnahme und die Kontaktbemühungen Ihres Hauses Richtung Wirecard gestartet worden sind, wann da so die Initialzündung stattfand?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, genau kann ich Ihnen das nicht sagen. Aber ich glaube, es war in der ersten Hälfte oder im ersten Quartal 2018.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Erstes Quartal 2018 in etwa. Okay.

**Zeuge Klaus Michalak:** In etwa, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. - Aus dem Schreiben wird auch deutlich, dass die Kreditlinie an Wirecard unbesichert ist. Können Sie dazu ausführen, wie diese Entscheidung zustande kam?

**Zeuge Klaus Michalak:** Es ist durchaus marktüblich, dass für Transaktionen mit Kunden, die eine entsprechende Risikoeinwertung haben, unbesicherte Transaktionen oder unbesicherte Darlehen gewährt werden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, diese Risikoeinschätzung - wir haben ja jetzt auch Öffentlichkeit -, können Sie das näher erläutern? Weil einige Kollegen stellten ja auch darauf ab - Sie haben das ja auch schon anklingen lassen -: DAX-Unternehmen, vierteljährliche Berichtspflichten,

ein etwaiges Testat oder auch nicht. Also, vielleicht könnten Sie das noch mal erläutern, was Sie zu dieser - - Ein Kollege würde jetzt immer sagen: „Mensch, als Mittelständler musst du doch einen größeren Kopfstand machen“, um es mal salopp zu formulieren. Wie kam das so zustande, 100 Millionen unbesichert?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, wir haben bei uns gut funktionierende Kreditprozesse. Zu diesen Kreditprozessen gehört es auch, dass eine Analyse eines Unternehmens gemacht wird, sowohl bei Erstkreditvergabe als auch im laufenden Prozess. Und nach diesen sehr etablierten und marktüblichen Prozessen, die ja auch geprüft werden, intern wie extern, laufend, immer wieder, gibt es dann eine Risikoeinwertung, ein sogenanntes internes Rating.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Das heißt, Sie stützen sich dann auch nur - - um noch mal die Frage zu stellen, weil ich glaube, wir wollen ja auch so ein bisschen rausarbeiten: Was könnten so Hauptgründe für das Scheitern doch einiger Kreditengagements sein? Sie verlassen sich bei diesem Einwerten und bei diesen Bewertungsprozessen, denke ich, selbstverständlich auf das Testat bzw. die vorgelegte Bilanz seitens jetzt hier in dem Fall EY.

**Zeuge Klaus Michalak:** Was die wirtschaftliche Situation anbelangt, also die Vermögensgegenstände, aber auch die GuV-Situationen, verlassen wir uns natürlich auf eine testierte Bilanz, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Waren Sie an diesem - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Aber da gibt es noch andere Faktoren, die natürlich in ein Rating einfließen. Entschuldigung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Na klar. Aber ein Kernbestandteil ist dann ja sozusagen - - Ich vergleiche das immer mit einem Medikament: Da ist eine Zulassungsstelle, die prüft: Ist dieses Medikament verträglich? Dann tut man einen Beipackzettel rein, und dann verwendet man es. Mancher guckt auf den Beipackzettel, mancher nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie war denn die Entscheidung bei Ihnen im Hause? Waren Sie an der Entscheidung beteiligt? Sie hatten auch gesagt: Kreditmanagement. Da gehört für mich natürlich auch immer noch eine profunde Einschätzung zu, eine laufende Überwachung. Sie haben es ja auch eben beschrieben: Wenn mal ein Kredit vielleicht notleidend wird oder nicht mehr bedient werden kann, wie man es auch sagt, setzt man sich hin, macht eine Restrukturierung, verlängert, setzt aus. Waren Sie also an diesen Entscheidungen beteiligt, und erinnern Sie sich aus Ihrer eigenen damaligen Einschätzung, wie Sie das Risiko zu Wirecard und diesem unbesicherten Kredit eingeschätzt haben?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich selbst war an der Erstkreditentscheidung 2018 nicht beteiligt. Das haben zwei meiner Geschäftskollegen aus der Geschäftsführung entschieden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Waren Sie bei der weiteren Überwachung und dem Management dann des Kredites beteiligt? Und wie hat sich eventuell gerade natürlich für den Untersuchungszeitraum - - für mich ganz interessant, weil da stellen sich für mich Weichenstellungen auch in der unterschiedlichen Sichtweise und Behandlungsweise der Banken ein, bis zum KPMG-angeforderten Sondergutachten in 2019, Ende 2019; Oktober war es, glaube ich. Können Sie das da mal darlegen, wie entsprechend sich da vielleicht Ihre Einschätzung, wenn Sie beteiligt waren, geändert hat oder ob sie sich nicht geändert hat und welchen Einfluss dieses KPMG-Sondergutachten hatte.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich bin - ich hoffe, dass ich jetzt die einzelnen Punkte Ihrer Frage richtig abarbeite - jetzt in der laufenden Betreuung des Engagements natürlich in meiner Funktion nicht eingebunden. Ich erinnere aber, dass die Transaktion in verschiedenen Committees - also, wir haben zum Beispiel das Adressenrisiko-Committee, an dem unter anderem die Geschäftsführung teilnimmt - - dass es dort behandelt worden ist. Und die Themen, ein Teil der Themen, die sie behandelt haben, sind natürlich intensiver Bestandteil der Diskussionen bei der Verlängerungsentscheidung gewesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Kollegen haben sich ja in dem Zeitraum dann doch entschieden, zum Beispiel - deswegen frage ich das noch mal aus bestimmten Gründen - - Sie sagten „Compliance“. Da haben wir hier ja auch vorgestern, war es ja jetzt schon, lesen können: Es gab einen Soft-Exit. Der Kollege Sewing konnte mit dem Begriff gar nichts anfangen; aber nennen wir es dann einen moderaten Ausstieg mit Trennung der Geschäftsbeziehungen und dann in einem zeitlichen Rahmen Herunterfahren des Kreditengagements. Wie war das da bei Ihnen im Hause?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, zu der Situation bei anderen Häusern kann ich natürlich nichts sagen. Bei uns war es so, dass wir unser Engagement bewusst begrenzt haben auf 100 Millionen und dann allerdings im Juli 2019 verlängert haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sind diese 100 Millionen - - weil Sie jetzt so sagen: Mensch, bewusst begrenzt. Beim Kollegen klang so an: Na ja, 200 Millionen, da geht das noch nicht so richtig in den - - Sie haben ja gesagt, Sie sind eben wie jede Geschäftsbank aufgestellt, dann ja auch mit einem Aufsichtsrat. Wie würden Sie dieses Engagement von 100 Millionen in Ihr Gesamtportfolio einordnen? Eher „Dat war ja ein Klacks“ oder „Das ist schon ein im Mittelfeld angesiedeltes Volumen“, oder wie würden Sie das mit den anderen Volumina vergleichen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, 100 Millionen ist auf keinen Fall ein Klacks und schon gar nicht sozusagen, wenn es zum Ausfall kommt. Aber von der Bewertung oder von der Volumensbewertung, würde ich sagen, ist es rein vom Volumen her im Mittelfeld, wobei man dann auch noch sozusagen die Risikobewertung des Engagements einwerten muss.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Sie sprachen gerade - da haben wir alle drauf angesprochen, ob nun - - wenn der Staat beteiligt ist und Steuerzahler oder auch für den Aktionär - - waren durchaus unterschiedlich, also sehr heterogen, wie die Verluste sich dann auf den Totalbetrag der ausgeliehenen Summe bemerkbar gemacht haben. Wie ist bei Ihnen im Hause der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausfall bezogen auf die Gesamtsumme von 100 Millionen, die Sie ausgeliehen haben?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich verstehe Ihre Frage so, dass Sie sagen: Ist es sozusagen gewöhnlich, dass wir so hohe Ausfälle haben?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, ich frage jetzt erst mal, weil ich weiß das nicht. Kann sich ja auch was geändert haben, Wertberichtigung, wie auch immer. Mit welcher Summe - - Welche Summe ist weg, futsch, um es mal mit dem Volksmund auszudrücken? Was ist weg von den 100?

**Zeuge Klaus Michalak:** Konkret bei der Wirecard-Transaktion?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeuge Klaus Michalak:** Die tatsächliche Abschreibung ist knapp 90 Millionen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann würde ich gerne wissen: War es Thema, aus Ihrer Kenntnis heraus, im Aufsichtsrat? Hat der Aufsichtsrat dann irgendwann mal - - Beispielsweise: Es gab ja eine kritische Presseberichterstattung. Da haben wir ja hier auch alle schon drüber gesprochen. Es gab den „Financial Times“-Bericht. Es gab in dem Zeitraum Ihrer Kreditlinie das Leerverkaufsverbot seitens der BaFin. Vielleicht auch da - das hat mich bei allen anderen Kollegen der Banken interessiert -: Wie haben Sie dieses Leerverkaufsverbot eingewertet seitens der BaFin? Das fließt ja, denke ich mal, bei einer Kreditlinie, die unbesichert ist, mit ein; stelle ich mir jedenfalls so vor. Wie ist das bei Ihnen angekommen? Und wurde es dann doch mal Thema auch im Aufsichtsrat oder bei Ihnen im Prüfungsausschuss, sofern Sie den haben?

**Zeuge Klaus Michalak:** Der Aufsichtsrat war bei der Kreditentscheidung nicht zuständig. Der Aufsichtsrat ist befasst worden mit dem Thema Wirecard, wenn ich es recht erinnere, zum ersten Mal, als die Testatsverweigerung publik wurde. Das Leerverkaufsverbot der BaFin ist eine Komponente, ein Indiz gewesen bei unserer Kreditentscheidung, neben - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** In welche Richtung?

**Zeuge Klaus Michalak:** Bitte?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** In welche Richtung ein Indiz? Zu sagen: „Mensch, also, es gab einen Kollegen, der hat dann gesagt: ‚Mensch, das haben wir ja als positiv empfunden‘“? Also, auch da können ja Bewertungen auseinandergehen. Das Management geht proaktiv und sehr transparent damit um und will aufklären. Wenn wir auch einen Kollegen gehört haben, der hat gesagt: Mensch, wenn man dann eine Margin Loan damit besichert, dann kann das sogar dazu führen, dass man dieses Kreditprodukt nicht verlängert und sagt: „Wir trennen uns an der Stelle von diesem Engagement“; so will ich es mal nennen.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, bei unseren Produkten, rein produktbezogen, wenn ich das richtig verstanden habe - wie gesagt, ich kann da auch nicht für andere sprechen -, ist diese - - Bei den Produkten, die wir anbieten, ist diese letzte Überlegung, wenn ich Sie richtig verstanden habe, nicht relevant. Generell ist das als positives Indiz gewertet worden, das Leerverkaufsverbot, in der Bewertung der Vorwürfe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Also, das Leerverkaufsverbot ist positiv bewertet worden. Darum geht es mir auch nur. Und wie wurde das KPMG- - Sie haben ja gesagt: Dann hat sich erstmalig der Aufsichtsrat eingeschaltet. - Nur um das klarzustellen, auch für das Protokoll: War dann also dieses KPMG-Sondergutachten, was seitens des Aufsichtsrates der Wirecard AG ja beauftragt worden ist, für Sie ein positives Momentum, zu sagen: „Ja, jetzt kommt“ - so hat es ja Wirecard gesagt - „der Befreiungsschlag. Wir wollen alle Vorwürfe ausräumen“, oder führte das bei Ihnen im Hause eher zu einer kritischen Würdigung?

**Zeuge Klaus Michalak:** Die Tatsache, dass KPMG beauftragt wurde, habe ich als positiv angesehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann würde mich noch interessieren: Die KfW IPEX-Bank gibt auf ihrer Homepage - Sie haben dazu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zwar ausgeführt, aber auf Ihrer Homepage - - ich habe mir das auch mal angeschaut - als Finanzierungsthemen „Export“, „Infrastruktur“, „Transportmittel“ sowie „Umwelt und Klimaschutz“, eine große Begrifflichkeit in dieser Zeit, und „Rohstoffsicherung“ an. Und Sie hatten eben auch gesagt: so digitale Infrastruktur, Rechenzentren. Wie passt dazu genau eine Kreditvergabe an die Wirecard AG?

**Zeuge Klaus Michalak:** Und zwar - ich habe es versucht im Eingangsstatement kurz zu skizzieren -: Für uns war in der Wahrnehmung Wirecard ein Unternehmen, was insbesondere in der Digitalisierung der Zahlungsverkehrsinstrumente in der Marktwahrnehmung, aber auch offensichtlich in der Wahrnehmung der Kunden - denn die Zahl der Kunden, der reputablen Kunden, ist ja stetig und beeindruckend gewachsen - - war dort sozusagen ein führendes Unternehmen, und da muss man sagen, wahrscheinlich eins der wenigen führenden deutschen Unternehmen - zumindest in der Wahrnehmung, muss man im Nachhinein leider Gottes sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Ja, ich frage das deshalb, weil in der uns vorliegenden Würdigung des Prüfberichts der KfW IPEX-Bank zu Wirecard, auffindbar auf MAT A BMWi-11.20, Blätter 84 ff., steht, dass die Kennzeichnung des Engagements mit Wirecard im Kreditantrag sachlich unrichtig - aus meiner Sicht jetzt von der Beschreibung auch von Ihnen eben - von einer zweckgebundenen Finanzierung für Unternehmen der Exportwirtschaft aus Deutschland spreche. Jetzt frage ich mich: Welche Kennzeichnung wäre denn jetzt - Sie haben es ja auch eben gesagt - richtig gewesen? Weil Exportwirtschaft - - Können Sie das ausführen, erklären oder - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, richtig wäre gewesen „Digitalisierung und Innovation“. Das wäre sozusagen der richtige Haken gewesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie das noch mal sagen? Was wäre die richtige - -

**Zeuge Klaus Michalak:** „Digitalisierung und Innovation“ - ich hoffe, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeuge Klaus Michalak:** - dass ich das jetzt richtig zitiert habe -, das wäre also sozusagen der richtige Haken gewesen. Man muss vielleicht sozusagen zur Erläuterung des technischen Hintergrundes sagen: Es ist - - In der Kreditvorlage sind die Argumente richtig vorgetragen worden, wenn ich es recht erinnere. Es ist schlicht der Haken falsch gesetzt worden. Dieser Haken hat sozusagen keinen Einfluss auf die Kreditentscheidung, aber dient zur statistischen Auswertung, in welchen Bereichen wir zum Beispiel Finanzierungen gemacht haben und zugesagt haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich glaube, deswegen, vermute ich, hat die Revision das auch nicht als wesentlichen Mangel eingewertet.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Ich weiß, so ein Haken kann in mancher Software, selbst beim Finanzamt, zu einer Auszahlung statt zu einer Forderung führen, aber - - Also, hätte definitiv die Frage, eine richtige oder eine andere Kennzeichnung zu diesem Zeitpunkt - - Weil ich finde, das ist schon unterschiedlich, wenn man sagt: Exportwirtschaft - - Wir haben uns über immaterielle Wirtschaftsgüter unterhalten. Ich glaube, auch die Lufthansa würde jetzt einen A380 anders bewerten, gerade in Zeiten der Coronakrise, als vielleicht noch vor zwei Jahren oder der Entscheidung von Airbus, gar keinen A380 mehr zu produzieren. Hätte also, noch mal ganz konkret nachgefragt, eine andere - und Sie haben es ja auch eben gesagt; korrigieren Sie mich, wenn ich Sie jetzt falsch wiedergebe -, eine richtige Kennzeichnung die Kreditentscheidung beeinflusst?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das kann ich nicht erkennen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hätte eine richtige Kennzeichnung das laufende Portfolio und die Überwachung dieses Portfolios im Risikomanagement, für das Sie ja mitverantwortlich sind, beeinflusst?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Kann ich auch nicht erkennen. Vielleicht noch mal zur Korrektur: Risikomanagement ist technisches Risikomanagement\*, nicht Risikocontrolling.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Klaus Michalak:** Entschuldigung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, okay. Nein. Also, wir wollen uns ja auf der - - Wir wollen ja - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich kann es nicht erkennen, dass sozusagen - - Um auf ihre Frage zu antworten: -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeuge Klaus Michalak:** - Ich kann nicht erkennen, dass das irgendeinen Einfluss gehabt hätte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, erkennen, oder ist es einfach so?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich kann mir nicht vorstellen, welchen Einfluss das gehabt hätte - - haben sollen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Also, Sie sagen, es wäre quasi absolut gleichwertig behandelt worden, egal wie jetzt dieser Haken gesetzt wurde, auch in der laufenden Beurteilung -

**Zeuge Klaus Michalak:** Das sehe ich so, das sehe ich so.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - und im Controlling.

**Zeuge Klaus Michalak:** Das sehe ich so.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann zunächst mal letzte Frage für mich, mögliche Fragen zur Kreditverlängerung jetzt: In der Genehmigungsvorlage, noch mal, vom 13.06.2019 - also, wir befinden uns jetzt schon im Zeitstrahl Leerverkaufsverbot, viele Diskussionen zu Wirecard für die Verlängerung dieser Kreditlinie im September 2019; auch hier zu finden auf MAT A

BMWi-11.20, hier Blatt 42 ff. - werden auch die Berichte der „Financial Times“ deswegen über Compliance-Verletzung in Singapur - Sie hatten ja gesagt, Sie machen auch Compliance; hatten das noch hinzugefügt - sowie Leerverkauf - das hatte ich ja eben gesagt - durch die BaFin vom 18.02.2019 erwogen. Können Sie sich daran erinnern? Können Sie uns die damaligen Überlegungen zur Risikobewertung noch mal näher ausführen? Weil ein Kollege hat schon gesagt: Na ja, dieser Bericht, wenn man den genau gelesen hat, gerade Singapur, da gab es noch andere Fazilitäten. Da ist man eben, was das Ost-, Südostasien-geschäft, Fernost, angeht, zu einer ganz anderen Einwertung gekommen. Wie war das bei Ihnen, also im Hause? Welche Rolle hat das Leerverkaufsverbot genau gespielt, und ist es richtig, dass die Verlängerung weiterhin ohne Sicherheiten erfolgte?

**Zeuge Klaus Michalak:** Die Kreditentscheidung ist nach sorgfältiger Abwägung getroffen worden. Das heißt also: Die, wie Sie auch, glaube ich, richtig zitiert haben - - sind die Warnsignale aufgenommen worden, auch aufgrund der Artikel in der „Financial Times“. Und daraufhin sind sozusagen positive Signale ebenfalls eingewertet worden. Dazu zählte unter anderem aber eben nicht ausschließlich das Thema des Leerverkaufsverbotes.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. Also, das heißt, weiterhin ohne Sicherheiten - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hätte denn eine Option bestanden, im Zuge der Verlängerung Sicherheiten einzufordern? Das ist ja mal ganz interessant: Wie ist so die Vertragsgestaltung?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja. Wir hatten das Recht uns einräumen lassen, Garantien von Tochtergesellschaften zur Nachbesicherung einzuholen, von Tochtergesellschaften von Wirecard. Das Recht haben wir uns einräumen lassen, meiner Erinnerung nach, nicht, um tatsächlich substanzielle Verbesserungen in der Besicherungs- - in der Bonitätssituation zu erreichen, sondern für



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den Fall, dass Wirecard von der Strategie abgewichen wäre, die Kreditaufnahme ausschließlich über die Holding wahrzunehmen oder primär über die Holding wahrzunehmen, um dann eine Besicherung oder eine Positionierung in der Besicherungskette nicht nachteilig für die IPEX entwickelt zu sehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Hat da die Compliance, für die Sie verantwortlich sind im Haus, eine Rolle gespielt? Weil da ist dann ja Compliance sicherlich mit beteiligt, wenn Vorwürfe gerade bezüglich des Fernostgeschäftes auftauchen.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich glaube, da muss man differenzieren zwischen der Compliance-Verantwortung, die Wirecard selbst als Unternehmen hat - und ich glaube, um dieses Thema ging es -, und der Compliance-Verantwortung, die zum Beispiel die IPEX als kreditgebende Bank hat. Hier gibt es bei uns sehr etablierte Prozesse. Auch die werden sozusagen intern wie extern geprüft, und diese Prozesse haben in dem Zusammenhang auch Platz gegriffen. Gleichwohl sind wir natürlich - - haben wir auch das Thema der offenkundigen oder der möglicherweise bestehenden Compliance-Mängel bei Wirecard diskutiert, und die sind in der Abwägung auch in die Entscheidung eingeflossen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. Dann habe ich zunächst keine weiteren Fragen. - Dann macht jetzt Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion weiter.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, Herr Vorsitzender. - Herr Michalak, guten Morgen! Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen. - Meine erste Frage ist: Wir reden über ein Engagement von 100 Millionen in Ihrem Fall. Ist da irgendein Teil auch extern abgesichert worden?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, wir haben keinen Teil extern abgesichert.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ist das so üblich, dass Sie so verfahren, oder - - In welchen Fällen sichern Sie etwas extern ab und in welchen Fällen nicht? Ich frage vor dem Hintergrund, weil

als wir gestern oder vorhin mit Herrn Sewing von der Deutschen Bank gesprochen haben und über deren Kreditengagement, da haben wir gehört, dass da drei Viertel extern abgesichert seien und deshalb auch die Abschreibungen entsprechend gering, also im Vergleich gering, anzusetzen sind. Also, wann sichern Sie da ab und wann nicht?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, im konkreten Fall oder in jedem konkreten Fall entscheiden wir, ob wir das Engagement für angemessen halten, um es ganz auf die Bücher zu nehmen. Entscheidungen über eine externe Absicherung, wenn sie verfügbar ist, werden zum Beispiel auch getroffen, wenn man ein Limitthema hat, sei es mit einem Land oder mit einer Industrie.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. Von der Höhe ist das nicht abhängig. Also, wahrscheinlich nur bei den besonders hohen Risiken, oder?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, es ist immer eine Abwägung zwischen der Risikoeinwertung und natürlich der Höhe des Engagements und gleichzeitig auch der Limitsituation.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Wir haben ja schon gehört, dass das Leerverkaufsverbot ein Argument war für die Verlängerung, also, ich meine, sicherlich - - Ich sage mal so: Die Grundvoraussetzungen, dass jetzt die Testate da vorliegen und stimmen aus Ihrer Wahrnehmung, ist ja das eine. Aber es gibt ja eben noch Zusatzaspekte. Das eine ist das Leerverkaufsverbot, das andere ist die Strafanzeige, die gegen Wirecard-kritische Journalisten durch die BaFin vorgenommen wurde. Wenn man diese Punkte jetzt mal gedanklich wegstreicht, also wenn jetzt, sagen wir mal, kein Leerverkaufsverbot und keine Strafanzeige gegen Journalisten - - hätte das irgendwas an Ihrer Entscheidung geändert, oder hätten Sie dann noch mal eine Runde gedreht beim Prüfen? Oder was hätte das verändert? Oder wäre das egal gewesen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, das ist sozusagen natürlich eine hypothetische Frage, die schwer ist für mich zu beantworten. Ich kann aber bestätigen, dass die positiven Aspekte, die die Entscheidung zu einer Verlängerung herbeigeführt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, nicht ausschließlich aus dem Thema Leerverkaufsverbot und Ermittlungen gegen die Journalisten bedeutet haben, sondern da gab es auch noch andere Punkte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Aber es hätte auch sein können, dass, wenn jetzt kein Leerverkaufsverbot und keine Strafanzeige - - dass Sie dann noch weitergeprüft hätten. Das können Sie nicht ausschließen, dass das passiert wäre.

**Zeuge Klaus Michalak:** Das kann ich nicht ausschließen, ist eine hypothetische Lage. Das ist schwer für mich zu beurteilen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Haben Sie zu einem Zeitpunkt mal die Plausibilität des Geschäftsmodells von Wirecard geprüft?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich selber nicht, aber das findet eigentlich in der Regel - und so ist es auch nach meiner Erkenntnis bei Wirecard gewesen - im Rahmen der Analyse statt, die zusammen mit dem Rating erstellt wird, wo zum Beispiel auch ein Benchmarking mit anderen Wettbewerbern im Markt aufgenommen wird.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und bei so einem Vergleich mit Wettbewerbern muss ja dann aufgefallen sein, dass bei Wirecard recht hohe Margen angefallen sind. Und hat das irgendwas in Ihrem Hause veranlasst? Also, war das - - Hielten Sie das für plausibel, oder war das eher ungewöhnlich? Weil es ja eher ein Bereich ist, wo geringere Margen anfallen. Und bei Wirecard war es ja ein bisschen anders.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja. In der Tat sozusagen war es offensichtlich so, wie ich, wenn ich mich recht erinnere, der Analyse entnommen habe. Aber das schien unseren Analysten sinnvoll zu sein mit Blick sozusagen auf den technischen Fortschritt und die technische Innovation, die der Wirecard zugeschrieben wurde, was auch, glaube ich, teilweise damit unterlegt wurde, dass sie ja doch in großem Maße reputable Kunden für sich gewinnen kann.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Ihre Analytistin, in dem Fall Frau Fütterer, hat in der Bewertung der Anfrage zur Kreditverlängerung Folgendes geschrieben - das ergibt sich auch aus MAT A BMWI-11.20, Blatt 55; also, damit wird es abgeschlossen -:

Die vorgesehene kurze Kreditlaufzeit erlaubt es uns weiterhin, bei negativen Entwicklungen kurzfristig auszustiegen. Dies vorausgeschickt befürworten wir die Verlängerung des Kredits wie beantragt.

Das klingt ja ein bisschen so wie: „Wenn es schiefgeht, dann sind wir ja hoffentlich schon ausgestiegen“, oder?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, mein Rechtsbeistand hat mich zu Recht sozusagen daran erinnert, dass Details jetzt zur Kreditanalyse dann in den nichtöffentlichen Teil kämen. Ich persönlich würde es auch befürworten, wenn das für die Namen unserer Mitarbeiter gelten würde. Ansonsten ist es in der Tat so, dass die Laufzeit eines Kredites natürlich auch ein wichtiges Element ist bei der Risikoentscheidung. Das heißt: Bei einer kurzen Laufzeit - und wir sprechen hier über eine 364-Tage-Frist -, da können Sie relativ gut auch noch einwirken, vorausgesetzt, dass Sie normale Rahmenbedingungen haben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, dem Eindruck, dass da gezockt wurde, dem würden Sie vehement widersprechen.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich sehe überhaupt keinen Ansatz, dass hier, wie Sie so schön sagen, „gezockt“ wurde.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Dann bleiben wir mal bei diesem Begriff. Und zwar gibt es ja auch in Ihrem Hause Pressemeldungen, dass da auch mit Wirecard-Aktien durch Mitarbeiter gehandelt worden sei, obwohl Wirecard auf der Restricted List Ihres Hauses stand. Können Sie dazu etwas



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen? Was ist das für eine Liste? Wer entscheidet oder wonach wird entschieden, welche Werte da draufkommen und welche nicht?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, Sie beziehen sich da auf die Pressemitteilung\*, habe ich verstanden, diesbezüglich. Was ich dazu sagen kann, ist, dass während der Zeit, als die Wirecard-Aktie auf der Restricted List steht - und sie wird auf die Restricted List gesetzt, wenn wir davon überzeugt sind, dass wir\* insiderrelevante Informationen haben; Wirecard wurde am 22. Juni auf die Restricted List gesetzt - - Und in dieser Zeit, in der die Wirecard-Aktie auf der Restricted List war, hat es eine kleinere Zahl von Mitarbeiter/innen gegeben, die mit Wirecard-Aktien gehandelt haben. Über das sogenannte Zweitschriftverfahren haben wir davon Kenntnis gehabt. Es ist überprüft worden. Die Mitarbeiter/innen haben nach unserer Kenntnis keinen Zugang zu\* insiderrelevanten Informationen gehabt, sodass sich daraus auch kein Insiderverstoß oder ein Verstoß gegen Insiderregeln ergeben hat.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sagen Sie das Jahr noch? 22. Juni - welches Jahr?

**Zeuge Klaus Michalak:** 2020. Entschuldigung, natürlich hätte ich das dazusagen sollen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und vorher gab es keine Möglichkeiten, da irgendwie Insiderinformationen zu erlangen, -

**Zeuge Klaus Michalak:** Die haben wir nicht gesehen, nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - im Rahmen 2018, 2019?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, die haben wir nicht gesehen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, das wundert mich jetzt, dass es im Rahmen einer intensiven Kreditprüfung, die ich jetzt doch mal unterstelle bei so einem hohen Engagement, auch wenn es für Sie vielleicht nur mittelhoch ist - aber mittelhoch ist ja auch schon jetzt zumindest nicht

niedrig - - dass man dann vielleicht auch sagt: Da erlangen Mitarbeiter Insiderinformationen, die dann vielleicht auch persönlich vergoldet werden könnten. Also frage ich Sie konkret: Hätte nicht schon 2018 spätestens diese Aktie auf diese Liste gehört?

**Zeuge Klaus Michalak:** Aus meiner Sicht ist dadurch, dass Wirecard ein gelistetes Unternehmen ist, also zunächst TechDAX, dann DAX, sozusagen das Unternehmen selber verpflichtet, uns darauf hinzuweisen, wenn wir Informationen bekommen sollten, die sozusagen nicht öffentlich zugänglich sind. Und insofern lässt sich daraus nicht ableiten, dass wir insiderrelevante Informationen haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Sie haben doch im Rahmen einer Kreditprüfung auch Unterlagen, die jetzt nicht öffentlich zugänglich sind, oder? Ich meine, sonst müssten wir ja gar nicht über irgendwelche eingestuften Unterlagen oder nichtöffentlichen Teil und so reden, wenn das alles so öffentlich wäre, was Sie da an Informationen haben.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, das Unternehmen ist uns verpflichtet sozusagen, wenn sie - - uns zu informieren, wenn sie uns insiderrelevante Informationen kommunizieren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nach Informationen des Nachrichtenportals „ThePioneer“ haben zwei Mitarbeiter eine Abmahnung erhalten in Bezug auf diese Themen. Ist das richtig?

**Zeuge Klaus Michalak:** Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es um interne Richtlinien oder Regularien ging. Und die Mitarbeiter/innen, die gegen diese Regularien verstoßen haben, da haben wir auch personalrechtliche Maßnahmen ergriffen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Stimmt die Meldung oder nicht? Also, zwei Abmahnungen gab es. Oder gab es noch was anderes?

**Zeuge Klaus Michalak:** Es gab zu den personalrechtlichen Maßnahmen auch Abmahnungen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, es gab zwei Abmahnungen plus zusätzlich noch andere Maßnahmen.

**Zeuge Klaus Michalak:** So ist es. Also, es gab neben Abmahnungen auch zusätzliche, andere Maßnahmen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und die wären?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ermahnungen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ermahnungen, gut. Also keine Kündigungen zum Beispiel?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und die Meldungen, die es gab dazu, die besagten, dass die Umsätze zwischen 20 und 2 000 Euro sich bewegt haben und in einem Fall auch bis zu 7 000 Euro. Ist das so auch zutreffend?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, da kann ich jetzt, muss ich sagen - - Aus meiner Erinnerung kann ich das jetzt nicht genau sagen, wie die Beträge waren. Nageln Sie mich nicht fest darauf.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. Okay. - Aber ich habe Sie so verstanden, dass die Mitarbeiter, die da betroffen waren - - Wie viele Mitarbeiter waren das? Sieben? Oder - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, nageln Sie mich jetzt nicht auf die Zahl fest. Wenn das von Relevanz ist, würde ich vorschlagen, wenn Sie da noch mal eine Information bei uns abfordern, liefern wir das gerne nach.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut.

**Zeuge Klaus Michalak:** Aber das kann ich Ihnen jetzt aus dem Hut nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Aber Sie können ausschließen, dass die Mitarbeiter, die da beteiligt waren, an Kreditentscheidungen mit der Wirecard mitgewirkt haben.

**Zeuge Klaus Michalak:** Zu dem Zeitpunkt, am 22., hat es sozusagen keine Kreditentscheidung zu Wirecard gegeben. Die Kreditentscheidungen sind vorher gefallen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Stimmt, da stand es ja noch nicht auf der Liste; genau. Das hatten wir ja schon. Also, ob im Zeitraum 2018, 2019 mit Wirecard-Aktien gehandelt wurde, können Sie gar nicht sagen, in Ihrem Hause.

**Zeuge Klaus Michalak:** Da wir sozusagen Wirecard nicht auf der Restricted List hatten, kann ich Ihnen das jetzt nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm, okay. Ja, finde ich erstaunlich, dass das - - also mindestens erstaunlich, dass das nicht draufstand. - Haben Sie selbst mal Wirecard-Aktien gehabt?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Welche Gespräche hatten Sie, also „Sie“ jetzt in dem Fall Sie persönlich, aber auch Vertreter Ihrer Bank, mit der BaFin oder mit Ministerien oder mit Vorständen von Wirecard im Zuge der Verhandlungen über den Kredit bzw. die Kreditverlängerung, also im Untersuchungszeitraum des Untersuchungsausschusses?

**Zeuge Klaus Michalak:** Mit der BaFin gab es konkret zu Wirecard einen ersten Austausch, ich glaube, um den 23. herum.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie bitte Monat und Jahr - -

**Zeuge Klaus Michalak:** 23. Juni 2020. Sie haben natürlich recht. Entschuldigung. Dann war das - - Der zweite Punkt war: Zu den Ministerien gab es im Zusammenhang mit der Kreditentscheidung keinerlei Austausch. Das Dritte war, welchen Austausch wir auf der Geschäftsführungsebene mit dem Wirecard-Vorstand hatten. Habe ich das richtig in Erinnerung, als dritten Teil?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Da ist, glaube ich, im Herbst - ich kann es jetzt nicht genau sagen, wann - - Im Herbst hat es ein Gespräch von meinem Kollegen Markus Scheer - Herr Scheer ist der Marktvorstand\*, der auch für Wirecard zuständig war - mit dem damaligen Finanzvorstand, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, mit Wirecard gegeben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie die Namen immer dazusagen, bitte. Also, Sie - - Herbst, da müsste das Jahr bitte noch und dann noch der CFO - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, im Herbst 2019 -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm.

**Zeuge Klaus Michalak:** - jetzt muss ich mich mal am Riemen reißen hier -, im Herbst 2019. Und wer der Finanzvorstand zu dem Zeitpunkt war, kann ich Ihnen nicht genau sagen. Kann ich aber bei Bedarf auch nachliefern.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. Nee, das wissen wir schon. - Noch mal zu dem Treffen mit der BaFin - habe ich das jetzt richtig verstanden? - 23. Juni 2020.

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber im Zuge von irgendwelchen Kreditentscheidungen ist da gar nicht -

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - mit der BaFin gesprochen worden, auch nicht mit Ministerien.

**Zeuge Klaus Michalak:** Nicht meines Wissens, nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Und dann, als es um das Thema Insolvenz von Wirecard ging, da fingen dann die Gespräche mit BaFin und Ministerien an.

**Zeuge Klaus Michalak:** Es - sage ich mal, wenn ich das so salopp formulieren darf -, das Drama,

nahm ja seinen Lauf mit der Information, dass das Testat nicht erteilt wird. Und da haben wir es natürlich auch als Verpflichtung gesehen, sowohl unsere Aufsichtsbehörde, also die BaFin, zu informieren als auch unseren Aufsichtsrat zu informieren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie da ein bisschen was zu erzählen, also einmal zu dem 23. Juni 2020, was da mit der BaFin besprochen wurde, und welche weiteren Gespräche es dann nach diesen Testatproblemen mit BaFin und Ministerien gab?

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm. - Also, meiner Erinnerung nach haben wir der BaFin geschildert, welches Engagement wir mit Wirecard haben in dem Zusammenhang. Und wenn ich es recht erinnere, hat die BaFin das zur Kenntnis genommen. Das ist das Ressort, was uns betreut und damit natürlich auch für die Stabilität der IPEX verantwortlich ist.

Mit dem Aufsichtsrat haben wir die Information - - oder dem Aufsichtsrat haben wir die Information auch am 23. weitergegeben und ähnlich die Schilderung sozusagen, wie unsere Forderung gegenüber Wirecard ist und auch wie die Besicherungssituation ist. - Beantwortet das Ihre Frage?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nicht so ganz, also teilweise.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, Entschuldigung.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich wollte jetzt nur wissen, was es noch für weitere Gespräche - - Sie haben sich auch mit Staatssekretären zum Beispiel ausgetauscht, wenn ich richtig informiert bin. Das können Sie ja noch vertiefen.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich weiß jetzt nicht, welches Gespräch Sie meinen. Es gab ein Telefonat meiner Erinnerung nach mit Staatssekretär Dr. Kukies zum Thema Wirecard, und an dem haben, meiner Erinnerung nach, teilgenommen: Dr. Bräunig, Vorstand oder Vorstandsvorsitzender KfW, Dr. Nagel, damals Vorstand KfW und im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ressort zuständig für die IPEX und auch Aufsichtsratsvorsitzender der IPEX, meine Kollegin, die Frau Schneider, und ich habe daran teilgenommen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wann war das Telefonat?

**Zeuge Klaus Michalak:** Müsste auch sozusagen in dieser - - Also, ich kann es Ihnen jetzt datumsmäßig nicht genau sagen. Müsste auch in dieser Zeit gewesen sein, um den 23. herum.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm.

**Zeuge Klaus Michalak:** Juni 2020, Entschuldigung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Als die Kreditverlängerung entschieden wurde, da gab es ja im - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Zeuge Klaus Michalak:** Am 23.06. war das Telefonat, -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielen Dank, ja.

**Zeuge Klaus Michalak:** - 2020.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Als über die Verlängerung entschieden wurde, da war ja dem vorgegangen ein Konsortialkredit, an dem Sie nicht beteiligt waren, -

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - in recht hoher Größe, mit einer Kreditlinie von 1,75 Milliarden Euro. Und das hatten wir gestern intensiv hier diskutiert, was da auch Gründe für Banken waren, da mitzumachen oder auch nicht mitzumachen. Und da gab es auch die BayernLB, die dort nicht mitgemacht hat. War Ihnen das in irgendeiner Weise bewusst bei der Verlängerung, dass bei dieser - - Oder waren Sie da auch angefragt, ob Sie diesem Konsortium beitreten wollen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, kann ich nicht sagen, ob - - Also, mir persönlich - - Ich kann mich nicht erinnern, ob mir bewusst war, dass die BayernLB nicht mitgemacht hat oder wie auch immer die Situation war. Und ich kann auch nicht genau sagen, ob wir angefragt worden sind, da mitzumachen oder auch nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Könnten Sie noch was zu Geldwäscheverdachtsmeldungen durch KfW IPEX in Bezug auf Wirecard sagen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, mache ich gerne. Die Geldwäscheverdachtsmeldung haben wir abgegeben, als der Insolvenzantrag gestellt wurde seitens der Wirecard und damit sozusagen auch ein virulenter Betrugsverdacht im Raum stand.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Bei Ihrem Befassen mit diesem Wirecard-Skandal haben Sie auch intern recherchiert. Und die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat ja auch Anfangsverdacht der Untreue gegen Mitarbeiter Ihrer Bank eingeleitet. Haben Sie auch irgendwie Strafanzeige erstattet, oder sind die Informationen falsch, oder - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Wir haben Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft München erstattet.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Gegen einen Mitarbeiter oder gegen viele?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, jetzt habe ich die Straf- - die Anzeige jetzt nicht formuliert, aber ich würde mal annehmen, dass sie sozusagen gegen Wirecard und Wirecard-Management erstattet wurde.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. Dann geht es gleich in der zweiten Runde weiter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. Danke schön, Matthias Hauer. - Als Nächstes hat der Kollege Dr. Toncar für die FDP-Fraktion das Wort.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vielen Dank. - Herr Michalak, haben Sie eigentlich jemals mit Herrn



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesminister Scholz über das Thema Wirecard-Engagement der IPEX gesprochen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Zu keinem Zeitpunkt. Okay. - Schildern Sie uns doch bitte mal die interne Diskussion auf Ebene Geschäftsführung oder auch zwischen Ihnen und Frau Schneider über die Prolongation, die sich im Frühjahr 2019 abgespielt hat.

**Zeuge Klaus Michalak:** Wie eigentlich üblich sozusagen - so war es auch insbesondere bei Wirecard und der Prolongation -, gibt es eine sehr intensive und ausführliche Diskussion in der Geschäftsführung über die Risiken und auch die, sage ich mal, positiven Aspekte. Und so, erinnere ich auch, war die Diskussion bei Wirecard.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hatten Sie damals Bedenken geäußert, ob es klug sein könnte, mit Wirecard weiterzuarbeiten?

**Zeuge Klaus Michalak:** Es war eine Abwägung sozusagen zwischen den Risikosignalen, die es ja gegeben hat, auf der einen Seite und den mitigierenden Signalen auf der anderen Seite. Also, das ist sehr ausführlich diskutiert worden und auch abgewogen worden und in die Kreditentscheidung der Geschäftsführung eingeflossen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm. - Vielleicht können wir Ihnen eine Sache mal vorhalten. Das darf ich nicht zitieren, aber zeigen dürfen wir es Ihnen.

(Abg. Dr. Florian Toncar  
(FDP) wendet sich an einen  
Mitarbeiter)

- Steht da eine MAT-Nummer drauf? Nee, ne? - Doch, da unten. - Ja, tut mir leid, wir haben das nur elektronisch bekommen. Sie sehen, wie hoch die Sicherheitsvorkehrungen hier sind, dass da nichts passiert.

(Dem Zeugen werden Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Der Zeuge

und sein Rechtsbeistand  
nehmen Einblick)

Eine E-Mail, die Sie geschrieben haben, 2019, in der Phase, über die wir gerade sprechen. Vielleicht finde ich hier sogar noch eine Nummer. - Ja, das ist Tagebuchnummer 39/20, MAT A IPEX-1.02 USB Vertraulich. Stiller Vorhalt ist zulässig, aber zitieren darf ich es nicht.

Wenn Sie sich das noch mal anschauen: Können Sie vielleicht noch ein bisschen spezifizieren, welche Haltung Sie damals eingenommen haben, als Sie diese - - Sie haben ja angesprochen: Es gab verschiedene Signale. Aber da haben Sie ja schon, ich sage mal, ein bisschen was erkennen lassen, wie Sie in dem Moment, wo Sie das geschrieben haben, auch gedacht haben über das ganze Exposure.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, also, ich denke, es war keine einfache Entscheidung der Prolongation. Das ist so. Also, es hat die Warnsignale gegeben, und die Warnsignale haben wir aufgegriffen, logischerweise. Und wenn es dann tatsächlich sozusagen zu der Entscheidung der Verlängerung kommt, dann muss man sich mit den Pros und Kons auseinandersetzen, und das haben wir getan, sehr ausführlich und sehr detailliert.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm. - Hatte die Frau Schneider dieselbe Haltung wie Sie, oder war sie kritischer, oder war sie aufgeschlossener gegenüber einer Verlängerung des Ganzen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich erinnere - - Jetzt im Detail habe ich das natürlich alles nicht so parat, aber ich erinnere, dass wir eigentlich eine sehr ähnliche Entscheidung in der Gesamtgeschäftsführung hatten. Wir haben die kritischen Punkte gesehen und haben sozusagen das dann gemeinsam abgewogen. Ich kann da nicht erkennen, dass es da große Unterschiede in der Diskussion gab.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm. - Warum wurde der Aufsichtsrat nicht beteiligt?

**Zeuge Klaus Michalak:** Er war nicht zuständig.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und das lag woran?

**Zeuge Klaus Michalak:** An der Kompetenzordnung.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und wer entscheidet, ob der Aufsichtsrat beteiligt wird?

**Zeuge Klaus Michalak:** Da gibt es eine klare Regelung der Kompetenzordnung, die Teil der Risikostrategie und Geschäftsordnung ist, die dann natürlich auch jeweils - - Die Einhaltung wird auch jeweils überprüft, extern und intern.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Hatte die Nichtbefassung des Aufsichtsrats mit dem internen Rating zu tun, den Sie dem Kredit gegeben haben?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das Rating hat auch einen Einfluss sozusagen auf die Kompetenzstufen, ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Mhm. - Ist es zutreffend, dass sich das Rating verbessert hat, und zwar von der Stufe M9 auf M8, intern?

**Zeuge Klaus Michalak:** Während der Kreditlaufzeit hat sich das Rating nicht verändert, sondern war die ganze Zeit auf M8. Das ist ein interner Begriff sozusagen unseres Ratings; wir haben da verschiedene Ratingstufen. Es hat sozusagen vor der Erstkreditentscheidung ein Rating-Update gegeben, bei der das Rating auf M9 gegangen ist, auf Basis von, wenn ich es recht erinnere, veröffentlichten Zahlen. Dieses Rating-Update hat auch wiederum, wenn ich es recht erinnere, stattgefunden, bevor ein Kundengespräch, was aber vorher schon vereinbart war, stattgefunden hat. Und bei diesem Kundengespräch sind - das, was ohnehin geplant war - zusätzliche Informationen gekommen, und die sind meines Wissens dann ins Rating eingeflossen, sodass dann auch wieder die ursprüngliche Ratingklasse von M8 erreicht wurde, die auch vorher da war.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Also - - Aber gut. Aber ist es zutreffend, dass M8 die letzte Stufe ist, die die Geschäftsführung ohne Beteiligung des Aufsichtsrats entscheiden darf?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das kommt in der Kombination sozusagen aufs Volumen an. Jetzt muss ich gerade noch mal hören, was mein Rechtsbeistand - -

(Der Zeuge wendet sich an seinen Rechtsbeistand)

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, bitte, na klar.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, da wäre die Anregung, dass wir das in dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung machen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und zwar? Darf ich den Grund erfahren?

(RA Dr. Christian Rosinus:  
Bankgeheimnis!)

- Bitte?

(RA Dr. Christian Rosinus:  
Das fällt unter das Bankgeheimnis!)

- Bankgeheimnis zugunsten der Wirecard AG, oder was meinen Sie? - Nee, nee, das geht hier bei der Frage, ob M8 oder M9 den Aufsichtsrat ins Spiel bringt, nicht um das Bankgeheimnis, sondern es geht um die Frage: Was ist die interne Governance? Da werde ich wirklich empfindlich, weil das ist - - Das scheint mir wirklich ein vorgeschobener Punkt zu sein. Es geht um die interne Governance, ab welchem Punkt der Aufsichtsrat und ab welchem Punkt die Geschäftsführung alleine handeln darf.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dem schließe ich mich an. Ich bitte um Antwort.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, also, dann antworte ich gerne jetzt auf Ihre Frage. Interne Governance ist so die Kombination, wenn ich jetzt Ihre Frage richtig in Erinnerung habe - - ist eine Kombination zwischen Volumen und Rating, und bei einem M9-Rating wäre der Kreditausschuss involviert gewesen, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat der Aufsichtsrat diese Entscheidung mit M8 und seine Nichtbefassung denn für richtig befunden, oder gab es über die Nichtbefassung des Aufsichtsrats hinterher Diskussionen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich möchte noch mal betonen, dass wir unsere Prozesse - ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, auch wenn ich mich da wiederhole - - Unsere Kreditprozesse, auch unsere Ratingprozesse sind sozusagen Prozesse, die überprüft werden, und zwar ständig, extern wie intern. Und dementsprechend sind, glaube ich, die Prozesse an sich auch belastbar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gab es einen Konflikt mit dem Aufsichtsrat oder im Aufsichtsrat über die Frage, ob diese Prolongation im Aufsichtsrat hätte behandelt werden müssen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich kann mich nicht über eine Konfliktsituation - - Ich kann mich nicht an eine Konfliktsituation erinnern. Natürlich hat sich der Aufsichtsrat detailliert berichten lassen, wie die Abwicklung sozusagen des Wirecard-Engagements gelaufen ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm. - Ja, können Sie sich noch mal die E-Mail anschauen, die wir Ihnen auf dem Rechner noch mal vorgelegt haben? Sie stammt von Frau Schneider, stammt auch aus der Phase 2019, als die Diskussion noch offen war. Es ist eine E-Mail vom 17.04., Tagebuchnummer 39/20, MAT A IPEX-1.02. Das ist eine E-Mail, aus der ja schon auch erkennbar wird, wie Frau Schneider das damals gesehen hat. Wie beurteilen Sie das?

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Notebook)

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, also, ich glaube, dass die Warnsignale sozusagen ernst zu nehmen waren - das ist so -, und die haben wir auch ernst genommen. Und insofern kann man sich auch da eine Entscheidung nicht leicht machen, sondern muss da sozusagen intensiv drüber diskutieren und das in die Entscheidung einfließen lassen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber wenn Sie jetzt noch mal betonen - - Ich habe Ihnen eine Einschätzung von Ihnen vorgelegt und eine von Frau Schneider, die - das darf man, glaube ich, so sagen, weil es ja generisch ist - zeigen, dass Sie sich der Problematik bewusst waren. Das haben Sie ja auch gerade mündlich noch mal bestätigt, dass es da Warnsignale gegeben hat. Wie erklärt sich denn dann, dass Sie diesen Kredit erst intern auf M8 behandeln, dann flackert das so ein bisschen auf M9, und dann geht er wieder auf M8? Also, was muss denn eigentlich passieren, dass Sie einen Kredit in den Aufsichtsrat geben, wenn das, obwohl Sie intern diesen Vorlauf hatten, kein Fall für den Aufsichtsrat ist?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, ich glaube, da muss man zeitlich differenzieren, Herr Toncar. Ich glaube, dass das Rating „Flackern“, wie Sie es so schön genannt haben - - das war meiner Erinnerung nach im Juni 2018, während die intensive Befassung mit den Risikosignalen waren ja später, ja? Also, deswegen muss man, glaube ich, da sozusagen eine zeitliche Differenzierung machen in der Betrachtung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann als Nächster - er macht sich bereit - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Mich würde noch mal interessieren - vielleicht habe ich auch nicht aufgepasst - - Aber kennen Sie weitere Vorstände, Aufsichtsräte der Wirecard, und hatten Sie mit denen mal zu tun? Also, jenseits von Herrn Braun.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich persönlich kenne weder Herrn Braun noch andere ehemalige Vorstände oder Aufsichtsräte der Wirecard.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Sie haben vorhin mit Bezug auf die Beauftragung des KPMG-Sondergutachtens gesagt, dass Sie das positiv bewertet haben. Können Sie da Ihre Beweggründe oder Ihre Überlegungen noch mal erläutern?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich finde es grundsätzlich immer gut, wenn unklare Sachverhalte - ich will es mal so formulieren - im Raum stehen und man unabhängige Dritte, denen dann auch eine Kompetenzvermutung zugeordnet wird, dann um Klärung bittet. Das finde ich grundsätzlich immer gut.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das finde ich auch. Die Frage - - Also, man kann das natürlich auch ein bisschen anders „framen“. Man könnte natürlich auch sagen: Sie haben - also, die sitzen die Straße hier runter - einen der vier großen Wirtschaftsprüfer, und der Aufsichtsrat sieht sich genötigt, einen Wettbewerber zu beauftragen, um fundamentale Unklarheiten in der Bilanzierung ausräumen zu lassen. Deswegen - ja - ist es mit Sicherheit - - kann man das mit Sicherheit bewerten, dass es positiv ist, diese Dinge auszuräumen. Aber muss Sie denn als Kreditgeber nicht das zugrundeliegende Ereignis eigentlich beunruhigen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich glaube, das, was die Diskussion seinerzeit auch insgesamt, sage ich mal, ausgelöst hat, war, wenn ich mich recht erinnere, dass es ja sozusagen diesen Widerspruch gab zwischen - auf der einen Seite - den uneingeschränkten Testaten, die dastanden, und den Vorwürfen, die sozusagen im Raum standen. Und in dem Zusammenhang zu versuchen, mit einer unabhängigen Untersuchung das noch mal sozusagen klarzustellen, halte ich grundsätzlich für richtig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, also es ist interessant, weil wir haben heute Morgen mit Herrn Sewing über dieses KPMG-Gutachten gesprochen. Und bei der Deutschen Bank hat es dazu geführt, dass man einen 150-Millionen-Euro-Kredit an die Beteiligungsgesellschaft von Herrn Dr. Braun, die mit Wirecard-Aktien besichert war, gekündigt hat, nicht verlängert hat, weil man bei der Deutschen Bank das offenbar als - - Da haben alle Alarmglocken geläutet, und eine Wirecard-Aktie hat man nicht mehr als Sicherheit akzeptiert. Deswegen habe ich an der Stelle noch mal so nachgefragt.

Mit der MB Beteiligungsgesellschaft hatten Sie keine geschäftlichen Beziehungen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ist Ihnen - und auch das spielte bei den Vorwürfen, die im Raum standen, immer wieder eine Rolle; und auch das ist ja das, wo am Ende, im Endeffekt, es auch im KPMG-Gutachten, was Sie dann eben nicht feststellen konnten - - dieser „manager magazin“-Artikel bekannt: „Das 250-Millionen-Euro-Rätsel“?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, es gab ja viele Publikationen. Ich erinnere jetzt diesen konkreten Artikel nicht; aber ich habe ihn wahrscheinlich gelesen, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das sind - - also, weil dieser Artikel hat, damals zumindest, bei der Commerzbank - und das war -

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - ja auch einer der ersten Artikel, der hier so in Deutschland erschienen ist - - Es ging sozusagen um die Frage, dass es da ein sehr volatiles Verhältnis von EBITDA und operativen Cashflows gab, und das hat dann die Wirecard alles immer - - Das ging im vierten Quartal immer durch die Decke und so. Das hat man dann alles irgendwie mit Weihnachten in China erklärt. Aber das Interessante ist - was ich damit nur sagen will -: Dieser Artikel hatte bei der Commerzbank zumindest dazu geführt, dass man den sich angeschaut hat, bei der Wirecard Nachfragen gestellt hat. Deswegen meine Frage: Wie regelmäßig standen Sie im Austausch mit der Wirecard, wie regelmäßig?

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm. Also, genau die Frequenz kann ich Ihnen jetzt nicht sagen; aber ich habe auch den Kreditakten entnommen, dass da ein intensiver Austausch war, und zwar jetzt nicht nur bezogen auf die Kundenbetreuung im engeren Sinne, sondern auch, um offene Fragen zu klären. Und insbesondere wenn dort kritische Berichte waren, dann hat es relativ zügig sozusagen von den Mitarbeitern, wenn ich das richtig erinnere, eine entsprechende Kontaktaufnahme mit Wirecard gegeben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und wenn Sie sich das ja angeschaut haben: Die konnte Wirecard dann immer zur Zufriedenheit ausräumen, die Bedenken?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nach meinem Kenntnisstand und das, was ich sozusagen auch aus den internen Gesprächen entnommen habe, hat das Management immer sehr schnell reagiert und auch plausible Antworten gegeben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das haben wir auch schon festgestellt. Das Interessante ist natürlich - - Also, es ist insofern sehr spannend, unser Gespräch, weil es zumindest aus meiner Sicht sehr deutlich macht, wie man mit vergleichbaren Informationen zu diametral unterschiedlichen Interpretationen und Entscheidungen kommen kann. Wir haben eine Vorlage - - Wir haben gestern hier - - hatten den zuständigen Risiko-Vorstand der BayernLB, und wir haben hier eine Analyse von der BayernLB, wo die entschieden haben, aus dem Konsortialkredit auszusteigen, in 2018. Und die haben zum Beispiel auch diese Short-Selling-Attacken und die Ermittlungen hier gewürdigt und haben das aber gewürdigt als starke Verwundbarkeit des Geschäftsmodells mit Blick auf Ruf und Integrität und immer wieder kritische Presseartikel. Das ist sozusagen gleich der allererste Kritikpunkt. Und der dritte Punkt, der angeführt wird, ist Compliance, Zweifel an der Compliance bei der Wirecard. Und der vorletzte Satz hier lautet:

Trotz bestehender Dementi von Wirecard und mehrerer Kundentermine sind für uns das Geschäftsmodell und die Bilanzstruktur nicht vollständig zu durchdringen.

Das waren die Abwägungen der BayernLB. Jetzt kann man natürlich sagen: Okay, die haben natürlich vielleicht auch Glück gehabt. Die waren vielleicht irgendwie einfach sehr risikoavers und sind voll auf diese Dinge eingestiegen. - Da könnte man auch sagen: Na ja, dann könnte man nie mehr einen Kredit vergeben. - Aber ich würde es mal umdrehen: Waren Sie der Meinung oder können Sie das nachvollziehen, dass bei Ihrer Kreditvergabe Sie das Geschäftsmodell und die

Bilanzstruktur vollständig durchdrungen hatten? Also, Sie als Bank.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich glaube, ich bin insofern dankbar für die Frage, weil ich zu den Beurteilungen von anderen natürlich keine Stellung nehmen kann, Herr Dr. Zimmermann. Bei unserer Bewertung habe ich den Eindruck, dass unsere Analysten - es sind sehr gute Leute -, dass die sich sehr intensiv und kritisch damit auseinandergesetzt haben. Wenn ich mich recht erinnere, ist sozusagen durchaus die Konzernstruktur kritisch bewertet worden in der Analyse, aber man hat auch positive Aspekte dem gegenübergestellt. Wie ich eingangs, glaube ich, schon erwähnte, war das Thema Benchmarking-Vergleich mit anderen Wettbewerbern von Wirecard ein wichtiger Punkt. Und was für uns, glaube ich, auch wichtig war, ist, dass wir ganz bewusst sozusagen auf eine Laufzeit von 12 Monaten gegangen sind, auch um sozusagen da eine bessere Beobachtung zu haben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das mit dem Benchmarking, das ist dann am Ende natürlich - - Also, wie soll ich sagen? Das ist ja einmal das klassische „den Instrumentenkasten durch“. Ich frage mich nur die ganze Zeit - - Weil das Ding ist mit dem Benchmarking - - Das Spannende ist ja, dass andere, die ein identisches Business gemacht haben, viel niedrigere Margen hatten. Und sozusagen jetzt kann man da sagen: Die haben irgendwie - - Das ist sozusagen - - Die haben irgendein USP, die machen irgendwas. Aber die waren ja durchaus in einem sozusagen sehr niedrigen Margengeschäft drin, und die Frage ist ja: Wo kam das eigentlich her? Deswegen brauchen Sie nichts dazu zu sagen; aber sozusagen das ist - - Das fällt mir eben auf. Das wird alles gemacht, aber irgendwie kann ich die Rückschlüsse nicht so ganz verstehen, und die - - Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt dann - - Also, sagen wir mal, das KPMG-Sondergutachten, das ist ja nicht nur beauftragt worden, sondern das ist dann im April irgendwann auch vorgestellt worden. Was hat das bei - - Hat das irgendwas dann ausgelöst? Haben Sie geprüft: „Kommen wir da - - Können wir den Kredit irgendwie außerordentlich kündigen? Kommen wir raus?“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, es gibt für den Kredit sozusagen entsprechende vertragliche Kündigungsfristen und Kündigungsgründe. Die haben nur vorgelegen bei Waver\*-Anfragen. Und ansonsten ist meiner Erinnerung nach - - sind unsere Analysten unmittelbar nach Vorlage des KPMG-Berichtes durchgegangen und haben auch wieder die offenen Punkte des KPMG-Berichtes mit dem Kunden diskutiert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Hm. Ja, jetzt ist nur das Problem, dass in dem KPMG-Bericht sozusagen - - Das ist zwar noch ein bisschen freundlich ausgedrückt, aber der Verbleib von enormen Cashpositionen konnte von KPMG nicht aufgeklärt werden.

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und das ist ja sozusagen der Punkt, der am Ende das Kartenhaus zum Einsturz brachte.

**Zeuge Klaus Michalak:** So ist es.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber da muss ich noch mal fragen: Aber Ihre Analysten, was haben die - - Also, haben die sich mit den Erklärungen von Wirecard dann - in Anführungszeichen - „zufriedengegeben“? Weil das Ding ist: Wir schicken KPMG mit einer Riesentruppe für ein halbes Jahr los, und die sollen die Existenz von 1,7 Milliarden Euro klären. Und die sagen so ein bisschen freundlich nach einem halben Jahr: Wir konnten die Existenz nicht vollständig nachweisen, weil es erhebliche Prüfungshemmnisse gab. Sozusagen im Benchmarking würde ich jetzt mal sagen: Wenn ich - - Wenn das - - Also, ich meine: Klar, auch hier - - Wir kennen jetzt alle den Ausgang. Aber trotzdem muss man sagen: Was hätte denn noch passieren sollen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich glaube, das ist in der Tat sozusagen ein intensives Warnsignal gewesen. Ich glaube, da ist die Kombination sozusagen, dass das Testat für den Jahresabschluss unmittelbar anstand und auch bekanntgegeben werden sollte - - war für uns sozusagen die Erwartung, der Lackmüstest, ob die Erläuterungen von KPMG plausibel sind oder nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Als Nächstes hat das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr Michalak, ich möchte noch mal fragen, weil uns ja verschiedene Banken hier darstellen, dass eben kein Kündigungsgrund vorgelegen hätte für die Kreditlinien. Aber es gibt ja auch den Rechtsbegriff des Material Adverse Change, das heißt, wenn sich wirklich Vermögensverhältnisse etc. grundsätzlich ändern. Könnten Sie noch mal darstellen aus Ihrer Sicht, warum das hier nicht einschlägig wäre?

**Zeuge Klaus Michalak:** Vielen Dank, Herr De Masi. - Kann ich Ihnen jetzt sozusagen aus dem Stegreif nicht sagen. Die Material-Adverse-Change-Klausel wird in der Regel sozusagen angewandt bei Angeboten, Kreditangeboten, die Ihnen gemacht werden, und wenn dann signifikante Marktveränderungen sozusagen Platz greifen. Ob das jetzt hier in dem konkreten Fall rechtlich ein Ansatz gewesen wäre, muss ich sagen, kann ich Ihnen jetzt so aus dem Stegreif nicht sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie uns diese Information bitte nachreichen, damit wir uns entsprechend noch einmal damit befassen können, ob bezüglich dieser Klausel eine Prüfung in Ihrem Haus stattgefunden hat und zu welchem Ergebnis sie gekommen ist?

Ich würde gerne fortfahren, weil es für mich eine Unklarheit gab. Sie haben vorhin gesagt in Reaktion auf einen Kollegen - ich kann nicht mehr zuordnen, wer es war -, dass die Anzeige, die erstattet wurde, sich gegen das Wirecard-Management gerichtet hätte. Aber es gibt doch Ermittlungen wegen Untreue gegen Mitarbeiter Ihrer Bank. Sind Sie also im Sinne der Anzeige auch tätig geworden gegen Ihre eigenen Mitarbeiter?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, wir haben gegen die - - Also, noch mal: Ich weiß jetzt nicht genau, wie unsere Anzeige, Strafanzeige, formuliert ist; aber ich würde annehmen, gegen Wirecard und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard-Management, aber nicht gegen eigene Mitarbeiter.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wurde untersucht, ob jetzt im Zusammenhang mit den Untreuevorwürfen vielleicht auch Verstöße gegen Insiderhandel und Ähnliches bei Ihren Mitarbeitern vorliegen, also Wertpapiergeschäfte, um ein Beispiel zu nennen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, wir haben erstens mal, was den Prozess anbelangt, die Sonderprüfung der Revision vorgenommen. Und was die Behandlung oder den Handel mit Wirecard-Aktien anbelangt, haben wir den geschilderten Prozess der Restricted List, und dort sind wir den Fällen nachgegangen, die über dieses Kontrollsystem virulent wurden, und haben keine Insiderhandel feststellen können.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Der Kollege Toncar hatte Ihnen vorhin, ich glaube, zwei E-Mails, waren es, vorgelegt. Ich glaube, eine ist aus dem März 2019, also Ihre, und dort - - Ich darf es ja jetzt nicht zitieren, aber um erst mal hier den Kontext darzustellen: Es wird Ihre Befürchtung sichtbar, dass es in der Zukunft eben weitere Probleme geben könne und dass es vielleicht gut wäre, zu einem günstigen Zeitpunkt sich zu trennen von - - oder das Engagement zurückzuführen, um sozusagen, ich sage mal, auf Grundlage guter Nachrichtenlage auch ein Stück weit Ihre wirtschaftliche Position dort wieder zu verbessern. Das ist doch nicht vereinbar, sage ich mal, dann mit einer Entscheidung, dieses Engagement fortzusetzen. Deswegen: Könnten Sie einfach noch einmal darstellen, wie Sie diesen Widerspruch zusammenbekommen zwischen dem, was Ihre Bank dann veranlasst hat, und auch diesen sehr klaren Erwartungen, dass in der Zukunft man die Gelegenheit nutzen sollte, sich auch nicht mehr so stark an Wirecard zu binden?

**Zeuge Klaus Michalak:** Gut. Grundsätzlich kann man in der Engagements- und auch Portfoliobetreuung immer darüber nachdenken, sozusagen sich von Engagements oder Teilen des Engagements zu trennen. Ich kann nur noch mal wiederholen, dass bei der Entscheidung - und darauf referenzieren Sie ja, glaube ich, Herr De Masi - über

die Prolongation eine intensive Diskussion, wirklich intensive Diskussion in der Geschäftsführung auch stattgefunden hat und eine intensive Abwägung sozusagen der ... (akustisch unverständlich) - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Darf ich da kurz einhaken? Hat eine solche intensive Diskussion auch mit Vertretern von Aufsichtsbehörden oder aus dem politischen Raum stattgefunden?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das können Sie ausschließen zu jedem Zeitpunkt.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, meines Wissens kann ich das ausschließen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Könnte ich Sie noch fragen, weil Sie davon gesprochen hatten, dass grundsätzlich unabhängige Untersuchung zu begrüßen sei - das bezog sich, glaube ich, der Kontext der Äußerung, auf KPMG, aber auch für Ihr Haus -: Wollen Sie mal darstellen, warum es so wichtig war in Ihrem Haus, auch bei der Untersuchung bestimmter Vorwürfe an Freshfields festzuhalten?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, die Auswahl von - - Sie beziehen sich wahrscheinlich da auf die Auswahl von Freshfields als Rechtsbeistand?

(Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE) nickt)

- Okay. - Meines Wissens hat es eine intensive Befassung sozusagen der Juristen des KfW-Konzerns mit dem Thema gegeben, und sie haben sich ausführlich erläutern lassen - und das war, glaube ich, auch vor einer Entscheidung, Freshfields mit dem Mandat zu befassen -, sie haben sich ausführlich von Freshfields erläutern lassen, wie sie mit den seinerzeitigen Vorwürfen umgegangen sind. Und auf der Basis hielten die Juristen eine Mandatierung von Freshfields für vertretbar, und das schien mir auch plausibel.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Dann will ich nur ankündigen - ich bin jetzt gerade über die Zeit geschrammt -, dass ich nach jetzigem Ermessen nur noch zu diesem Komplex Fragen habe, die dann aber in Geheimeinstufung gestellt werden müssten, und sonst keine weiteren mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr De Masi. - Dann hat als Nächstes Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Morgen, Herr Michalak! - Ich habe auch nur einmal eine Frage. Ich glaube, Herr Zimmermann hatte danach gefragt, was die Absicherung oder in dem Fall die Nichtabsicherung des Kredits angeht. Herr Sewing hat uns da gestern recht ausführlich auch noch mal über das Risikomanagement bei der Deutschen Bank erzählt und dass das Pricing und Risikorendite sich des Kredits alleine - - nie alleine betrachtet wird, sondern dann CDS und andere Instrumente sozusagen auch herangezogen werden, was ja bei der Deutschen Bank auch offenbar der Fall gewesen ist. Können Sie mal sagen, auch gerne grundsätzlich, wie das bei Ihnen gehandhabt wird und warum es hier dazu nicht kam?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, Herr Dr. Bayaz, ich hatte eingangs versucht, so ein bisschen zu schildern, wie wir mit den Engagements umgehen. Das heißt, wir nutzen Absicherungen. Wir nutzen in der Regel keine CDS, aber wir nutzen Absicherungsmöglichkeiten, wenn wir entweder sozusagen in dem konkreten Engagement Gründe dafür sehen oder wenn wir Limitherausforderungen haben. Also, wir haben Limite für bestimmte Industrien, für Länder, -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus Michalak:** - und wenn es sozusagen dort offenkundig wird, dass unser zukünftiger Handlungsspielraum eingeschränkt wird, dann versuchen wir, den Handlungsspielraum über Absicherungen zu erhalten.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch mal sagen, weil Sie sich ja auch

von Ihrem Engagement - - oder Sie haben sich ja davon getrennt und haben es an Investoren verkauft für 10 Prozent, was, glaube ich, marktüblich, also vom Nominalwert marktüblich zum damaligen Zeitpunkt zumindest, war. Was hat Sie das Engagement jetzt insgesamt gekostet?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, es waren - es ist jetzt nicht so ein großer Unterschied - aber 10,9 Prozent; dementsprechend habe ich gesagt: knapp 90 Millionen. Aber die tatsächliche Abschreibung waren dann eben 89,1 Millionen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben ja Ihren Kredit inklusive möglichen Schadensersatzansprüchen verkauft. Ich nehme an, das ist üblich, dass das so geschieht. Haben Sie das vorher eingehend geprüft und sind zum Entschluss gekommen: „Da ist nichts mehr zu holen“, und sind auch so zu dieser Entscheidung gekommen? Vielleicht können Sie das noch mal erläutern, wie es dazu kam.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, wir haben einmal versucht, natürlich auf Basis der verfügbaren Informationen eine Abschätzung zu machen, was sozusagen an Erlös zu erwarten ist aus einer Insolvenzmasse - das ist natürlich nur rudimentär möglich, aber um da eine grobe Einschätzung zu haben -, und haben auch uns beraten lassen, welche Möglichkeiten bestehen, Dritte in der Situation zu verklagen, und haben in Abwägung der Situation uns entschieden, eine Auktion zu machen. Und bei der Auktion haben wir sozusagen Banken, die ein Interesse signalisiert hatten, da mitzumachen, dann im Abschluss der Auktion das Engagement verkauft.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus den Unterlagen geht auch hervor - was ich vorbildlich finde -, dass Sie sofort danach auch eine Sonderprüfung in der internen Revision angesetzt haben, um den Fall, sage ich mal, aufzuarbeiten. Und ich würde da gerne raus zitieren. Das ist auch aus Material, was das Wirtschaftsministerium uns zur Verfügung gestellt hat; deswegen darf ich das hier machen. Da heißt es:

Diese Kennzeichnung des Engagements im Kreditantrag spricht von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einer „zweckgebundenen Finanzierung für Unternehmen der Exportwirtschaft aus Deutschland“, was sachlich unrichtig ist.

Da wollte ich Sie fragen: Wie kam es zu dieser falschen Einschätzung?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich glaube, wir haben es kurz schon eben gestreift. - Ja, ich wollte nur sagen - - Sorry, wenn ich mich da sozusagen wiederhole. Also, es ist - - Ich kann Ihnen nicht sagen, wie es dazu kam, dass dieser falsche Haken gesetzt worden ist, wenn ich das mal so ein bisschen salopp formulieren darf. Ich habe mir die Unterlagen noch mal angeschaut, und es ist wichtig - und deswegen kann ich auch die Bewertung der Revision nachvollziehen -, dass in der Entscheidungsunterlage der Sachverhalt richtig dargestellt worden ist, und zwar auch, was die, sage ich mal, Zielrichtung der IPEX bei der Kundenbeziehung ist. Dieser Haken führt sozusagen dazu, dass wir daraus dann statistische Auswertungen machen - das heißt also: in welchen Bereichen sind wir im Portfolio oder in einem bestimmten Geschäftsjahr tätig gewesen? -, hat aber keinen Einfluss gehabt auf die Kreditentscheidung.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die KfW, also als - - Grundsätzlich ist ja auch - - treibt ja das Thema ESG auch immer voran. Hat das in dem Kontext Wirecard irgendwo mal eine Rolle gespielt - weil sie ja durchaus aus einer Vergangenheit von Glücksspiel und Co. kommen -, dass man möglicherweise gesagt hat: „Das ist eigentlich nichts für die KfW“?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, die, sage ich mal, Historie sozusagen des Kundenfokus, den Wirecard hatte, ist natürlich Thema gewesen. Aber Wirecard hatte sich zumindest in der Wahrnehmung, muss man immer leider Gottes sagen, nicht nur technisch signifikant weiterentwickelt, sondern auch in der Marktposition und auch insbesondere in der Gewinnung von Kunden. Da war eine ganze Liste von sehr renommierten Kunden, die Wirecard gewinnen konnte.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte noch mal auf das Leerverkaufsverbot zu sprechen kommen. Sie sagten: Das war positiv anzumerken.

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich vermute, was Sie damit meinen; aber sagen Sie es noch mal in Ihren Worten. Was war daran positiv? Positiv in welcher Hinsicht?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, die Frage, die aus meiner Sicht zu stellen ist, ist, wie glaubwürdig die Vorwürfe waren, die ja nun wirklich immer wieder sozusagen in den Medien, insbesondere von der „Financial Times“, dokumentiert worden sind. Und wenn man zum Beispiel ein Indiz hat über ein Leerverkaufsverbot, wenn staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Journalisten wegen Marktmanipulation stattfinden, dann ist das natürlich ein Indiz. Das ist nicht das einzige Indiz, was uns in der Kreditentscheidung sozusagen beeinflusst hat; aber es ist ein Indiz in einer Kette von positiven Aspekten.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Fanden Sie, dass das Engagement - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Dann muss ich in der nächsten Runde noch mal ran.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar, wunderbar. - Gut, dann lege ich kurz meine Verhandlungsführung nieder. Ich bin kurz sozusagen aus dem Panel weg für sieben Minuten und übergebe an meinen Kollegen Jörn König als meinen Stellvertreter hier im Ausschuss, der auch ein paar Fragen hätte. Bitte schön.

**Jörn König (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Michalak, dass Sie heute uns hier zur Verfügung stehen. Ja, ich habe - - Ich muss noch mal zurückkommen auf die Sachen, die Herr Toncar und Herr De Masi ja schon angesprochen haben. Die Kreditverlängerung im Jahr



## Nur zur dienstlichen Verwendung

2019 und der ganze Vorlauf, der schon seit Frühjahr sich sozusagen angebahnt hat - - oder die Entscheidung wurde ja vorbereitet. Sie sagten, es gab eine große Diskussion, kritische Punkte und Ähnliches. Aber laut Ihren Unterlagen der Konzernrevision hatten Sie ja die Möglichkeit, alle halbe Jahr Sicherheiten nachzufordern. Warum haben Sie das denn nicht gemacht oder überhaupt erwogen? Jedenfalls ist das aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, grundsätzlich ist es so, dass in der Dokumentation meines Wissens die Möglichkeit bestand, Garantien von Wirecard-Tochtergesellschaften nachzufordern. Üblicherweise ist in so einer Konstellation die materielle Sicherheit von solchen Konzerngarantien nicht sehr hoch zu bewerten, sondern das Entscheidende ist, dass man, wenn die Kreditbeziehung zur Holding ist, dass man sozusagen durch Kreditaufnahmen der Töchter, die strukturell bei Wirecard nicht vorgesehen war - - aber dass man durch Kreditaufnahme der Töchter nicht in eine sogenannte Nachrangigkeit kommt. Ich möchte mich beim Ausschuss entschuldigen für dieses Bankchinesisch; aber das heißt: Wenn es nun zu einer Verwertung kommt, dann ist sozusagen der erstrangige Gläubiger - - wird eher bedient. Und das ist die Möglichkeit, wenn man sich die Garantien nachfordern kann, also, wenn man die Garantie erhält, sozusagen dann wieder auf Augenhöhe mit potenziellen Schuldner\* zu kommen.

**Jörn König (AfD):** Und weil die Sicherheiten nachrangig gewesen wären, haben Sie sie nicht gefordert?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, weil für uns nicht erkennbar war, dass die Töchter in großem Maße eigene Kredite aufnehmen. Deswegen war dieses Instrument sozusagen nur auf gleich - - Augenhöhe mit den Gläubigern der Töchter zu kommen, nicht notwendig.

**Jörn König (AfD):** Gut, und hätten Sie nicht Sicherheiten von der Wirecard Holding einfordern können?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das, was im Kreditvertrag vorgesehen war als potenzielle Nachbesicherung, war die Stellung von Sicherheiten der Töchter.

**Jörn König (AfD):** Okay. Gut. - Dann habe ich noch eine Frage zu - - man könnte es fast Bankchinesisch „Fristenkongruenz“ nennen. In den Unterlagen ist es so: Die Entscheidung zur Kreditverlängerung, zur einmaligen Kreditverlängerung fiel im Jahr 2019, September 2019. Aus den Unterlagen ging hervor, dass Sie immer Sicherheiten fordern konnten Dezember und dann immer halbjährlich, sprich: dann im Mai, Juni jeweils. A) Wie kommt es zu dieser Divergenz in den Entscheidungszeiträumen? Und b) Eigentlich hätte doch im Mai, Juni 2020 dann wieder eine Diskussion bei Ihnen stattfinden müssen, ob „wir denn nicht Sicherheiten einfordern“, und davon ist aber in den Unterlagen nichts zu finden. Also - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, noch mal: Das, was im Kreditvertrag, Herr König, nach meiner Erinnerung vorgesehen war, war die Nachbesicherung durch Garantien der Töchter, die materiell - und ich glaube, das hat sich auch im Nachhinein gezeigt - eigentlich keinen großen Wert haben, -

**Jörn König (AfD):** Okay.

**Zeuge Klaus Michalak:** - also unabhängig jetzt von Wirecard, im Konzernverbund; es sei denn, dass es sozusagen Kreditaufnahmen der Töchter gibt. Es ist natürlich richtig, dass man, sage ich mal, im Endstadium das hätte versuchen können. Materiell hätte es, glaube ich, keinen Unterschied gemacht. Und da, sage ich mal, nach der Information von EY, dass sie das Testat verweigern, hat ohnehin das Unglück seinen Lauf genommen.

**Jörn König (AfD):** Ja, aber dann haben Sie sich, ehrlich gesagt, so ein bisschen in Ihr Schicksal ja geschickt -

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, ich - -

**Jörn König (AfD):** - oder halt reingefunden, also - - Sie sagten auch, nach der Vorlage des KPMG-Berichts irgendwann im April 2020, Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben dann angefangen, mit dem Kunden zu diskutieren. Also, Sie hatten die Möglichkeit ja eigentlich, Sicherheiten zu ziehen. Jetzt sagen Sie, das ist nur nachrangig. Jetzt zwei Fragen: A) Warum war das im Kreditvertrag so? Können Sie sich daran erinnern, dass man nicht auf Sicherheiten der Wirecard Holding zurückgreifen konnte im Zweifelsfalle? Und b) Warum haben Sie es halt mit dem Kunden nur diskutiert und haben in diesen Diskussionen vielleicht nicht mal die eine oder andere Sicherheit eingefordert?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, bei der - - Ich war bei den Diskussionen über den Kreditvertrag ursprünglich nicht dabei; auch bei der Verlängerung, bei der Diskussion war ich nicht dabei. Insofern kann ich jetzt die Details der Diskussionen nicht sozusagen hier bestätigen.

Aber was, glaube ich, wichtig ist in der Einwertung, ist, dass es für Unternehmen dieser - zumindest mal wahrgenommenen - Kategorie durchaus marktüblich ist, dass unbesicherte Engagements vergeben werden, und das ist für uns auch dann sozusagen eine Frage der Laufzeit in der Kombination. Das heißt, wenn Sie eine Zwölfmonatslaufzeit haben bei einem DAX-Unternehmen, was in dieser Risikoklasse kategorisiert wird, dann ist es durchaus marktüblich. Und, wie gesagt, die Sicherheiten, die dann vereinbart worden sind, das ist rein technische Sache, um sozusagen eine mögliche Nachrangigkeit zu verhindern.

**Jörn König (AfD):** Okay. Gut. - Dann habe ich noch mal eine Verständnisfrage: In der Innenrevision stand, dass es halt geringe Feststellungen gab und zwei mittlere Feststellungen. Dann hatten Sie den Terminus „wesentliche Feststellungen“ noch verwendet. Sind das die drei Stufen? Und können Sie kurz skizzieren, was passiert wäre? Oder was sind die Konsequenzen bei einer wesentlichen Feststellung?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, es gibt noch eine vierte Stufe, eine schwerwiegende Feststellung.

**Jörn König (AfD):** Okay.

**Zeuge Klaus Michalak:** Aber sobald eine Feststellung wesentlich ist, dann sind schon signifikante, also in so einem Bericht signifikante Verstöße, zum Beispiel durch - - in Kreditprozessen oder sonstigen Regelungen, zu erwarten.

**Jörn König (AfD):** Also war es die zweitniedrigste Stufe, -

**Zeuge Klaus Michalak:** Exakt.

**Jörn König (AfD):** - und damit gibt es, ich sage mal, einen erhobenen Zeigefinger, und dann ist gut.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, und ich glaube, wenn ich mich recht erinnere, hat dann die Revision auch noch mal gesagt, dass diese Dinge keinen materiellen Einfluss hatten, wenn ich mich recht erinnere.

**Jörn König (AfD):** Okay, vielen Dank.

**Zeuge Klaus Michalak:** Danke Ihnen, Herr König.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann trete ich wieder in die Sitzung ein und schaue: Wer möchte? - Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion, bitte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Herr Michalak, vielen Dank, dass Sie zur Verfügung stehen. - Ich möchte noch mal ans Grundsätzliche herangehen. Wir sehen den größten Finanzskandal, und die Staatsbank IPEX hat das mitfinanziert und letzten Endes damit das Betrugsmodell von Wirecard mit ermöglicht. Und deswegen müssen Sie natürlich verstehen, dass wir die Prüfung als Untersuchungsausschuss in den Vordergrund stellen müssen, ob die Sorgfaltspflicht nach dem Kreditwesengesetz hier eingehalten wurde und wer Verantwortung trägt.

Jetzt nehmen Sie die Verantwortung für den Vorstand und sagen: Der Aufsichtsrat hat damit nichts zu tun. - Ich muss sagen: Ich nehme Ihnen das nicht ab. Aber dazu komme ich noch.

Ich habe mich befasst mit der Kreditvergabe im Volumen von 100 Millionen Euro, und ich muss



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen: Ich bin über den Bericht Ihrer Innenrevision ziemlich fassungslos; denn es gibt und es gab doch diese Warnsignale. Ich trage Ihnen mal vor, was die BayernLB 2018 veröffentlicht hat, warum sie ausgestiegen ist. Dort heißt es: der Verdacht für unseriöse Geschäftspraktiken bei Wirecard, Bilanzundurchsichtigkeit bei Wirecard, Kursmanipulation bei Wirecard, Geldwäsche oder Betrug aus seriösen Quellen und dann natürlich, dass trotz Dementi von Wirecard und mehrerer Kundentermine für das Geschäftsmodell und die Bilanzstruktur niemand vollständig durchdrungen hat.

Das heißt also, hier ist eine klare Betrachtung, Analyse des Geschäftsmodells und der Zuverlässigkeit, und das hat die IPEX kaltgelassen, Herr Michalak.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, Herr Michelbach, ich kann natürlich sozusagen für andere nicht sprechen, und üblicherweise teilen wir unter den Banken natürlich auch nicht unsere internen Einwertungen. Aber vielleicht aus IPEX-Sicht muss ich wirklich noch mal betonen, dass für mich auch persönlich wichtig ist, dass wir eine Struktur unserer Kreditprozesse haben, die nicht nur bei Wirecard angemessen angewandt und durchlaufen wird, sondern generell. Und das ist sozusagen für den Bankbetrieb extrem wichtig, und das wird von internen wie externen Prüfern immer wieder überprüft. Und das, glaube ich, hat sich auch grundsätzlich, muss man sagen, bewährt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Sie haben ja auch Warnsignale über den Journalisten McCrum, „Financial Times“, gehabt. Hat das bei Ihnen zu forensischen Betrachtungen im Risikomanagement geführt?

**Zeuge Klaus Michalak:** Wir haben intensiv sozusagen über die Vorwürfe, die aufgestellt worden sind, diskutiert, und in der Entscheidung war natürlich auch wichtig, dass immer wieder externe Sachverständige auch hinzugezogen worden sind. Also, ich will zum Beispiel da referenzieren auf die Anwaltskanzlei in Singapur, Rajah & Tann, die eine Prüfung des Asiengeschäftes, des Third-Party-Acquiring-Geschäftes, wie es so

schön geheißsen hat - - überprüft hat, der - - Eine Zusammenfassung des Berichtes wurde nach meiner Erinnerung von Wirecard veröffentlicht, zusammen mit einem Statement von Rajah & Tann, dass das der Richtigkeit entspricht. Und es gab dann - Dr. Michelbach, ich hoffe, ich erinnere mich richtig - eine Korrektur auf der Vermögensseite von 2,5 Millionen sozusagen aus den Erkenntnissen dieser Kanzlei, und das ist natürlich auch eine, sage ich mal, Bestätigung von externen renommierten Fachleuten. Und danach ist - - Wir haben auch die Information erhalten, dass EY diesen Bericht eingesehen hat, und danach ist sozusagen der Jahresabschluss uneingeschränkt testiert worden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. EY sagt das sehr differenziert, dass in der Bilanz zum Ausdruck kam, dass die Finanzdienstleistung in Europa keinerlei Ertrag erwirtschaftet hat und dass nur in den drei asiatischen Regionalgesellschaften Singapur, Dubai Erträge stattgefunden - - Hat das nicht doch ein Fragezeichen aufgeworfen: ein Geschäftsmodell, das nur in entfernten Gebieten Gewinne ausweist?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich muss sagen: Die deutsche Industrie insgesamt lebt davon, dass sie sozusagen international sehr aktiv tätig ist. Wichtig ist, dass wir - - Für uns war wichtig, dass wir gesehen haben, dass auch unabhängige Dritte sich die Sachen intensiv angeschaut haben und dann ein entsprechendes Ergebnis da war.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, das war so: Quasi die Lemminge, die anderen, haben finanziert, die Staatsbank IPEX scheinbar auch mit. Aber es gab ja - - 2019 gab es ja dann auch schon zum Beispiel die Aufsichtsrätin Frau Kleingarn bei Wirecard, die dann sehr schnell wieder wegen völlig unzulänglicher Compliance-Zustände ausgestiegen ist. Die Frau ist in Frankfurt per Ortsgespräch am Telefon erreichbar. Hätte man bei IPEX mal dort angerufen, warum sie ausgestiegen ist, was sie bewegt hat, warum die Compliance-Zustände so gravierend sind! Können Sie sich vorstellen, dass man so was, wenn man 100 Millionen gibt, mal auch als Risikomanagement vornehmen sollte?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich kann nicht beurteilen, ob die ehemalige Aufsichtsrätin in der Lage gewesen wäre, Auskünfte zu geben. Was die Compliance-Situation und Kontrollsituation bei Wirecard anbelangt, war sozusagen meine Befürchtung, dass wie bei vielen erfolgreichen Unternehmen, die sehr schnell und aktiv wachsen, die Kontrollorganisationen nicht in dem Maße mitwachsen, wie es erforderlich ist. Daraufhin haben wir mit Wirecard gesprochen, wie ihr Compliance-System aufgebaut ist. Und Wirecard hat selbst gesagt, dass sie für die Zukunft, für das weitere Wachstum ihren Compliance- und Revisionsbereich stärken wollen und McKinsey dafür einen Auftrag erteilt haben, sozusagen eine Analyse zu machen und Vorschläge zu machen, wie man fürs weitere Wachstum den Compliance- und Revisionsbereich stärken kann.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wurde Ihnen zu dieser Verlängerung Ihres Kredites 2019 ohne zusätzliche Absicherung im Bereich Compliance etwas vorgelegt von Wirecard?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ob jetzt konkret dazu was vorgelegt worden ist, kann ich jetzt, Herr Dr. Michelbach, nicht erinnern. Ich weiß aber - - Ich erinnere mich aber, dass wir sozusagen das thematisiert haben und auch ganz bewusst da noch mal nachgefragt haben, mit dem Kunden das Gespräch gesucht haben. Und dann gab es, wie gesagt, auch die Aussage, dass - und das war ja wohl auch tatsächlich so - McKinsey beauftragt worden ist, eine Analyse zu machen und Vorschläge für ein stärkeres Compliance und Revisionsstruktur für das zukünftige Wachstum zu implementieren.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber das Ergebnis dieser Beauftragung hat nicht vorgelegen bei der IPEX?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das Ergebnis hat zu dem Zeitpunkt nicht vorgelegen, ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ist das deshalb der Grund, warum auch die Staatsanwaltschaft Frankfurt gegen Ihr Haus wegen Untreue ermittelt?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich kann bestätigen, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt wegen Untreue Ermittlungen aufgenommen hat. Ich möchte zu dem Verfahren sozusagen nicht weiter Stellung nehmen, auch auf Bitten von der Staatsanwaltschaft Frankfurt, um die Ermittlungen hier nicht zu behindern oder zu gefährden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, das möchte ich natürlich auch nicht. Aber ich habe natürlich dann jetzt auch Fragen zu dieser Verlängerung des Kredits. Wir haben zu diesem Zeitpunkt auch letzten Endes schon die Sonderprüfung, beauftragt durch die Bankenaufsicht BaFin, bei der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung. Jetzt ist es so, dass bei Ihnen die Besonderheit besteht, dass zwei Staatssekretäre im Aufsichtsrat sind: Staatssekretär Nussbaum aus dem BWI, Staatssekretär Kukies aus dem BMF, und denen war ja diese Beauftragung der BaFin bewusst. Und Sie sagen: „Der Aufsichtsrat war nicht befasst, und die haben sich auch um nix gekümmert“, sozusagen, obwohl der Herr Kukies ja Verwaltungsratsvorsitzender der BaFin - - und der praktisch die Rechtsaufsicht für die BaFin hat.

**Zeuge Klaus Michalak:** Herr Dr. Michelbach, ich erinnere jetzt nicht, dass ich gesagt hätte, die hätten sich um nichts gekümmert, die Staatssekretäre, sondern der Aufsichtsrat war mit der Kreditentscheidung Wirecard weder bei der Erstentscheidung noch bei der Verlängerungsentscheidung zuständig.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Fragen wir mal andersrum: Also, Sie ziehen sich auf die Regularien zurück: Der Aufsichtsrat musste nicht befasst werden. - Das kann so sein. Aber so, wie ich die beiden Staatssekretäre und ihre Aufsichtsmandatsführung hier kenne, haben die doch sicher mal rückgefragt: „Was ist da? Bei der BaFin läuft da was“ usw., „Was ist da mit diesem Wirecard-Kredit von 100 Millionen bei unserer IPEX-Bank?“. Haben die da nie nachgefragt, oder haben sie eine solche - - Wir werden ja den Herrn Kukies und Herrn Nussbaum auch noch haben. Haben die da nie nachgefragt, oder was war da?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Nachdem wir den Aufsichtsrat informiert haben über die, ja, man muss sagen, dramatischen Entwicklungen bei Wirecard - das war insbesondere, als die Testatsverweigerung publik war -, hat der Aufsichtsrat insgesamt natürlich sozusagen weitere Informationen bekommen und auch eingefordert.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Zu welchem Zeitpunkt?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das war - mal gucken, damit ich Ihnen nichts Falsches sage, Herr Dr. Michelbach - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Wir haben am 19.06. die Aufsichtsratsmitglieder zum Kreditengagement Wirecard informiert.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, da hat die Chefin Ihres Aufsichtsgremiums, zu diesem Zeitpunkt, gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium hier eine Meldung gegeben: Es gibt keinen Anpassungsbedarf bei Vorlageregularien und Vorlagepraxis der KfW IPEX bei dem Wirecard-Kredit. - Also, das Bundeswirtschaftsministerium, in der Form wahrscheinlich der Aufsichtsrat Nussbaum, hat ja eine Anforderung gestellt, und da sagten Sie: Es gibt keinen Anpassungsbedarf zu dem Zeitpunkt.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, am 19.06., als wir den Aufsichtsrat informierten, war Aufsichtsratsvorsitzender noch Herr Dr. Nagel, der dann später ausgeschieden ist, und Frau Dr. -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, nicht er; die Frau Dr. Hengster.

**Zeuge Klaus Michalak:** - Hengster hat dann übernommen. Was die - - Ich nehme an, Herr Dr. Michelbach, Ihre Frage bezieht sich darauf, ob wir Anforderungen - - oder ob wir Anpassungsbedarf bei unserer Kompetenzstruktur sehen. Und da kann ich sagen, dass die Kompetenzstruktur aus unserer Sicht absolut marktüblich ist und dass die Kompetenzstruktur genehmigt wird jeweils - - also, die Kompetenzstruktur genehmigt wird vom

Vorstand, von der Gesellschafterversammlung, vom Aufsichtsrat und auch der Aufsicht zur Kenntnis gebracht wird, was für mich sozusagen dann auch noch mal eine zusätzliche Bestätigung ist der marktgerechten Kompetenzstruktur, die wir haben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Also, wenn ich das so hernehme, dann ist erst im Juni 2020 gewissermaßen der Aufsichtsrat oder das Aufsichtsgremium mit der Sachlage befasst worden, vorher nicht.

**Zeuge Klaus Michalak:** So ist es.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber einzelne Personen des Aufsichtsrats wurden vorher auch nicht befasst -

**Zeuge Klaus Michalak:** Nicht dass ich wüsste.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - oder keine Gespräche über den Wirecard-Kredit geführt.

**Zeuge Klaus Michalak:** Entschuldigen Sie, können Sie es noch mal wiederholen, das Letzte?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wurden mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats, insbesondere mit den beiden Staatssekretären, vor dem betreffenden Juni-2020-Termin Gespräche zum Wirecard-Engagement von IPEX geführt?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich habe keine Gespräche geführt, und mir sind auch keine Gespräche bekannt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wie können Sie sich das erklären, dass wir gestern gehört haben vom Herrn Zielke von der Commerzbank, vom Herrn Chromik von der Commerzbank, von Herrn Sewing von der Deutschen Bank, dass der Staatssekretär, Ihr Aufsichtsratsmitglied, sogar Mitglied des Präsidialausschusses der IPEX-Bank, der Herr Dr. Kukies, laufend Gespräche über das Wirecard-Engagement bei Wirecard wie bei diesen Banken geführt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hat, und dort, wo er im Aufsichtsrat und im Präsidialausschuss ist, hat er kein Gespräch geführt? Ist das nachvollziehbar?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich kann, Herr Dr. Michelbach, nicht sagen, ob und welche Gespräche Herr Dr. Kukies mit Kollegen von anderen Banken geführt hat. Es hat ein Gespräch sozusagen zu dem Thema Wirecard mit Herrn Dr. Kukies gegeben, worauf Sie eben schon angesprochen hatten, und dieses Gespräch, da habe ich die Rolle von Herrn Dr. Kukies wahrgenommen als für die Finanzmarktthemen zuständigen Staatssekretär im Finanzministerium und nicht als Aufsichtsrat der KfW IPEX-Bank.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wie? Sie können die Person teilen zwischen Aufsichtsrat und Staatssekretär im BMF? Also, das erklärt sich mir nicht ganz.

**Zeuge Klaus Michalak:** Für mich ist die Frage sozusagen: Es war ein Gespräch, was stattgefunden hat, nach meiner Erinnerung, mit Dr. Kukies, Dr. Bräunig, Dr. Nagel, Frau Schneider und mir. Und die Thematik, die diskutiert worden ist: Da ging es nicht um das Engagement der - - oder nicht primär um das Engagement bei der IPEX-Bank, sondern es ging darum sozusagen, ob die vermutete Kompetenz, Fachkompetenz und technische Kompetenz, Innovationskompetenz von Wirecard - „die vermutete“, muss man ja leider sagen - im Bereich von elektronischen, digitalen Zahlungsdienstleistungen, ob die und unter welchen Bedingungen in Deutschland gehalten werden könnte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wie erklären Sie sich, dass die IPEX gewissermaßen um die 90 Millionen verloren hat, während jetzt zum Beispiel die Deutsche Bank, die ja ein viel größeres Engagement hatte, nur 18 Millionen letzten Endes in den Sand gesetzt hat? Waren die da im Kontrollmechanismus, im Risikomanagement stärker aufgestellt wie unsere IPEX-Bank, oder wie sehen Sie das?

**Zeuge Klaus Michalak:** Herr Dr. Michelbach, ich kann da keine Stellung zu nehmen, wie die Port-

foliostrategien und generellen Absicherungsstrategien von Wettbewerbern sind. Ich kann Ihnen nur sagen, wie bei uns die Prozesse laufen und wie wir mit Engagements umgehen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Dann noch mal auch zu dem Thema, dass hier das Geschäftsmodell bei Wirecard ja eine Rolle gespielt hat. Die haben gewissermaßen ja eine Vision vorgetragen, sind ohne Prüfung in den DAX aufgenommen worden, wurden nie geprüft bei der Deutschen Börse, hatte ja alles wöchentliche Pressemitteilungen, dass sie so die ganze Welt kaufen können, einschließlich bei Alipay eingestiegen sind usw. in China. Also, all diese Dinge, die praktisch einfach Lügen waren, sind die bei Ihnen nie aufgefallen? Weil da gab es ja bei Investoren auch, wie zum Beispiel Greenvale, eine Nachfrage und sagen: „Was macht ihr da? Da ist doch alles“, wie die sagen, „Fake News. Das stimmt doch alles nicht, was die da verlautbaren in ihren Pressemitteilungen.“ Ist das bei Ihnen irgendwann mal angekommen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, Herr Dr. Michelbach, wir haben die Warnsignale, die es gegeben hat - und da hat es ja doch einige gegeben -, die haben wir nicht nur aufgenommen, sondern sehr ernst genommen. Und so, wie das bei einer Kreditentscheidung ist: Die muss man dann abwägen mit den mitigierenden Signalen, die man hat, und das haben wir sehr ausführlich und sehr gewissenhaft gemacht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Die Programme der KfW und auch der Tochter IPEX werden ja von uns auch - ich war selbst mal Ausschussvorsitzender des ERP-Sondervermögens - natürlich der Staatsbank gegeben, um spezielle Programme für die Wirtschaftsförderung letzten Endes auszureichen. Jetzt haben Sie ja eine zweckgebundene Finanzierung für Unternehmen der Exportwirtschaft aus Deutschland heraus als Begründung genommen. Da haben Sie gesagt jetzt: Ja, da ist schlicht der falsche Haken gesetzt worden. - Aber das ist doch letzten Endes ein grober Verstoß gegen das von uns vorgesehene Programm für die Exportwirtschaft. Die Exportindustrie, die ärgert sich doch,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn also ein Zahlungsdienstleister für Glücksspiel und Pornogeschäfte letzten Endes mit ihnen in das Programm gemeinsam hineinkommt. Können Sie sich vorstellen, dass da eigentlich Vertrauensverlust entstanden ist oder entsteht?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich glaube, dass generell, Herr Dr. Michelbach, durch diesen Skandal Vertrauensverlust in Deutschland entstanden ist. Das würde ich auf jeden Fall bestätigen. Die Finanzierung von Wirecard oder für Wirecard hat keinerlei Zugang zu irgendwelchen Förderprogrammen der KfW gehabt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber dass das keine Exportunternehmung war, das können Sie jetzt heute einräumen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Da habe ich überhaupt gar kein Problem, das mit einzuräumen. Sondern die Frage der Zuordnung zu den einzelnen Zielgruppen, die wir als Kunden haben, die war - so wie auch richtigerweise von der Revision angemerkt - nicht richtig. Es gibt eine andere Zielgruppe, nämlich „Digitalisierung und Innovation“, und da hätte Wirecard sozusagen zugeordnet werden müssen. Und das ist auch in den Kreditvorlagen entsprechend dargestellt worden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Können Sie - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Es war also eine technische Zuordnung.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank.

**Zeuge Klaus Michalak:** Gerne.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar, danke. - Ich möchte das jetzt doch mal genau wissen, weil es ist schön, wenn ein Staatssekretär Kukies sehr vernetzt ist und im Aufsichtsrat, im Bundesfinanzministerium, überall aktiv ist. Ich möchte von Ihnen jetzt genau wissen - - Noch mal: Am 19.06.2020 haben Sie den Aufsichtsrat informiert, oder ist der Aufsichtsrat auf Sie zugekommen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Am 19.06. haben wir den Aufsichtsrat informiert, weil wir sozusagen den erheblichen Einfluss auf die Vermögenssituation der Gesellschaft gesehen haben durch die Nichterteilung, die angekündigte Nichterteilung des Testates. Deswegen haben wir es als Geschäftsführung als unsere Pflicht gesehen, den Aufsichtsrat zu informieren.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Jetzt nochmals: Wenn ich auch gestern noch mal Revue passieren lassen: Da wurde eingeräumt, auch auf eine Anfrage von Herrn Schäffler - aber auch Herr Zielke hat das dann aufgrund seines Kalenders und Sekretariats rekonstruiert -: Am 19. Juni, am 20. Juni, am 25. Juni, und, er hat sogar, glaube ich, noch eingeräumt, vielleicht noch mal etwas später hat sich Herr Zielke mit Herrn Kukies - das ist auch bestätigt worden durch eine Anfrage der Bundesregierung - zum Fall Wirecard mit der Commerzbank unterhalten. Da ist sogar der Kontakt weitergegeben worden an den Risk-Manager und Vorstandsmitglied Dr. Chromik. Jetzt möchte ich mal von Ihnen genau wissen: Zu welcher Uhrzeit - können Sie sich noch erinnern? - haben Sie den Aufsichtsrat informiert? Oder war es vielleicht so - vielleicht, kann ja sein, weil man läuft sich über den Weg; Sie kennen Herrn Kukies ja schon etwas länger, unterstelle ich mal -, dass es eine SMS, einen anderen Kontaktweg gab, in dem Dr. Kukies Ihnen mitgeteilt hat: „Informiert mal lieber den Aufsichtsrat. Bei Wirecard brennt die Hütte, und wir haben 100 Millionen Kreditlinie“? Weil ich kann und will mir gar nicht vorstellen, dass im Zuge dieser Vernetzung nicht der Aufsichtsrat, zumindest Teile der Mitglieder - - Und nochmals, auch für die Öffentlichkeit - ich stelle dann noch mal fest, um das noch mal zu unterstreichen -: Es sind zwei Mitglieder ja bei Ihnen im Aufsichtsrat.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Deswegen also: Zu welcher Uhrzeit - können Sie das erinnern? - haben Sie den Aufsichtsrat informiert, dass jetzt wohl Schwierigkeiten bei Wirecard anstehen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, das kann ich jetzt nicht genau erinnern. Das kann ich aber gerne nachliefern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Da würde ich drum bitten, weil das ist für mich schon wichtig, weil es könnte für mich sich da doch das Verdachtsmomentum aufdrängen, dass vielleicht vorher aus dem Aufsichtsrat gewunken wurde nach dem Motto: „Mensch, meine Gespräche jetzt“, und das hat sich gestern klar verdichtet mit anderen Vertretern der Kreditwirtschaft. Und am 05.11. haben wir ja auch die große Deutschland-Tournee von Herrn Kukies thematisiert: 50. Geburtstag Braun, dann noch mal zur BayernLB hin. Auch da muss und kann ich ja nur unterstellen, dass das Thema Wirecard vielleicht am Rande thematisiert wurde, sodass ich natürlich davon ausgehe. Und das muss aber separat geprüft werden, ob nicht ein Aufsichtsratsmitglied Ihrer Bank schon viel früher Kenntnis hatte von der Schieflage, der erheblichen Schieflage, dem Bedenken anderer Banken. Und dann erwarte ich tatsächlich keine Chinese Wall, sondern man nimmt ja einen Aufsichtsrat aufgrund seiner Erfahrung, aufgrund seiner Vernetzung, aufgrund seiner Kenntnisse, aufgrund vieler Kontakte, die er hat.

Und dann stellt sich für mich - deswegen frage ich das noch mal - deutlichst die Frage - also, es sind ja Herr Kukies und Herr Ulrich Nussbaum vom Bundeswirtschaftsministerium, die Mitglied im Aufsichtsrat sind -: Können Sie sich vielleicht nicht doch erinnern, dass es einen Hinweis von Dr. Kukies gab oder einem anderen Mitglied des Aufsichtsrates an die Geschäftsleitung der KfW-Bank - kann ja auch ein anderer Kollege gewesen sein -: „Nehmt das Thema jetzt mal auf und bringt es offiziell in den Aufsichtsrat“? Weil der Kollege Dr. Toncar hat ja ausgeführt - ich fand den Ausdruck sehr schön, begrifflich - dieses Aufflackern zwischen M8 und M9. Ich habe eher den Eindruck: Man hat versucht, um dieses Kreditengagement - das ist mein Eindruck; korrigieren Sie mich, wenn der Eindruck falsch ist - eigentlich den Aufsichtsrat rauszuhalten. Und vielleicht hat dann irgendwann der Aufsichtsrat gesagt: Verdammt noch mal, die Hütte wird zu

heiß. Macht es offiziell, und bringt es rein! - Deswegen nochmals: Können Sie sich vielleicht doch daran erinnern?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also erstens mal: Ich sehe überhaupt gar keinen Ansatz, dass hier die Intention war, den Aufsichtsrat rauszuhalten. Zweitens - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das würden Sie klar so sehen: Das war nicht die Intention, den Auf-

**Zeuge Klaus Michalak:** Exakt, exakt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gut.

**Zeuge Klaus Michalak:** Und ich erinnere definitiv keinen wie auch immer gearteten Hinweis. Am 19. war die Situation glasklar. Es war für alle Marktteilnehmer klar, dass das Testat nicht erteilt wird, und das ist das Risikosignal. Dafür braucht man auch keinen zusätzlichen Hinweis.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also kein Gespräch, und es gab auch anderweitig keinen Hinweis von einem Aufsichtsratsmitglied - namentlich meine ich natürlich die beiden, die sehr gut vernetzt sind und hier noch besser vernetzt Dr. Kukies - - dass der Ihnen vorher auch auf einem anderen Wege - auch das haben wir gelernt; es muss ja nicht nur ein Telefonat oder ein Gespräch sein, das kann auch eine SMS, das kann eine WhatsApp sein - - Sind Sie in irgendeiner Weise kommunikativ, auf irgendeinem Kommunikationskanal durch Dr. Kukies gebeten worden, aufgrund seiner Kenntnis den Aufsichtsrat der KfW IPEX zu informieren?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich definitiv nicht, und ich habe auch keine Kenntnis davon, dass jemand anders in der IPEX informiert worden sei.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Gut. - Dann könnten Sie mich vielleicht noch mal informieren, weil das würde das Bild für mich abrunden - vielleicht habe ich es jetzt aber auch aufgrund des mangelnden Schlafes überhört -: Wann würde denn ein Aufsichtsrat bei Ihnen im Vorwege schon in ein Kreditgeschäft welcher Art



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch immer - - Ab welcher Höhe oder mit welchem Risiko muss es dann besichert sein? Wann wird denn bei Ihnen ein Aufsichtsrat informiert?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, wir haben, glaube ich, wie jede andere Gesellschaft auch, natürlich eine gleiche Information der Aufsichtsräte zu verschiedenen Themen. Und was die Kreditentscheidung anbelangt, gibt es die klare Kompetenzstruktur, und danach ist der Aufsichtsrat zuständig oder er ist nicht zuständig für eine Entscheidung. Im Kreditausschuss übrigens wird die gefällt. Es gibt einen intensiveren Austausch verantwortungsbedingt mit dem Leiter des Prüfungsausschusses. Da finden auch sozusagen stärkere Sitzungen - - also, gibt es noch eine stärkere Sitzungsfrequenz. Und dann finden auch sozusagen Kreditausschusssitzungen, sage ich mal, zwischen den Aufsichtsrats-/Ausschusssitzungen statt. Aber generell ist es so, dass - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ganz kurze Frage nur noch dazwischen, weil meine Fragezeit läuft jetzt auch ab.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, pardon.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe noch zehn Sekunden. Kurze Frage, ja oder nein: Erwarten Sie von einem Aufsichtsrat, der bei Ihnen in der KfW im Aufsichtsrat sitzt, wenn er Kenntnis von Vorgängen hat, die Ihr Kreditportfolio angehen, dass er Sie informiert?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich würde von einem Aufsichtsrat verlangen, wenn er über das Kreditengagement Kenntnis hat und über Informationen verfügt, die er weitergeben kann, dass er die Informationen auch weitergibt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, wu- -

**Zeuge Klaus Michalak:** Im konkreten Fall hat der Aufsichtsrat aber erst am 19. überhaupt davon Kenntnis gehabt, dass wir ein Wirecard-Engagement hatten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, danke. - Dann hat als Nächstes der Kollege von der SPD-Fraktion, Dr. Zimmermann, das Wort.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Herr Vorsitzender, angesichts unserer Schlusszeit, die wir uns heute ja selbst gesetzt haben, würden wir auf weitere Fragen verzichten, da wir glauben, dass Sie alles schon aufgedeckt haben. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gerne. - Ich kündige auch schon an, dass ich keine weiteren sonst auch in einer etwaigen Runde hätte. - Dann gehe ich weiter im Text zur FDP-Fraktion. Dr. Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Noch eine Frage, nämlich: Als dann am 19. ja rauskam, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit die Gelder nicht existieren, haben Sie ja auch noch mal eine E-Mail geschrieben an den Aufsichtsrat. Mich würde noch mal interessieren: Aus Ihrer Erinnerung, wie hat man denn in der IPEX damals die Wahrscheinlichkeit, also am 19., 20., 21. Juni, eingeschätzt, dass das tatsächlich zu einem Insolvenzverfahren über die Wirecard kommen würde?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, jetzt ist natürlich sozusagen die Zeit zwischen 19. und dem tatsächlichen Antrag der Insolvenz nicht so wahn-sinnig lang.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** 25., ja, genau.

**Zeuge Klaus Michalak:** Genau. - Also, ich glaube - - Meine persönliche Einschätzung, die kann ich, glaube ich, noch halbwegs abrufen. Meine persönliche Einschätzung war, dass sozusagen damit natürlich eine Informationsbombe geplatzt ist, was bedeutete, dass das Vermögen, das vermutete Vermögen von 1,9 Milliarden nicht da war. Ich konnte sicherlich nicht sofort beurteilen, ob das sozusagen zur unmittelbaren Insolvenz führen würde; aber dass das nachhaltige Auswirkungen auf das wirtschaftliche Überleben hat, war klar, was uns auch dazu geführt hat, dass wir den Aufsichtsrat informiert haben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar. - Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann schaue ich zum Kollegen Fabio De Masi.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich muss jetzt versuchen, das eben ohne Einstufung der Sitzung zu vollziehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir hatten den Vorschlag, weil auch die CDU hätte noch einen Vorhalt, dass wir das dann gleich noch mal, wenn wir mit der normalen Runde durch sind, hier dann versuchen, ob wir damit dann - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich hatte mit Kollegen Hauer besprochen, dass wir es gerne ohne -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jetzt, jetzt doch. Okay. Gut, versuchen wir es.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - die Umrüstarbeiten versuchen würden. Ich gebe mir Mühe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, dann sage ich aber auch noch mal ganz kurz, Herr De Masi, weil das ist meine Pflicht: Also, Sie kriegen jetzt noch mal Vorhalte aus Dingen, die Sie in der Öffentlichkeit hier nicht zitieren dürfen. Das heißt, Sie können sich auf ein Ja, auf ein Nein, „Ist mir bekannt“, „Sehe ich auch so“, wie auch immer beschränken. Aber bitte: Zitieren Sie nicht, oder nennen Sie keine Namen oder Inhalte aus den Vorhalten, die Ihnen jetzt von den Kollegen dann gemacht werden. Dann könnten wir diese Geschichte zusammen über die Bühne bringen.

**Zeuge Klaus Michalak:** Danke für den Hinweis, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, das heißt, Sie kriegen jetzt einen Vorhalt, zu dem Sie sich inhaltlich, was dort drinsteht, bitte zurückhalten.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein  
Rechtsbeistand nehmen  
Einblick)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nehmen Sie sich gerne die Zeit, erst mal zu lesen und - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/CSU):  
Das ist aber großzügig von  
Herrn de Masi!)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** So bin ich. - Sie sehen ja an diesem Schriftstück, was ich Ihnen vorgehalten habe, dass es auch, ich sage mal, im Raum des Ministeriums erhebliche Bedenken gab gegen die Mandatierung von Freshfields für die Untersuchung. Wollen Sie denn bewerten, was die dort gerade gelesen haben?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, es ist schwer, sozusagen jetzt mit Ja und Nein zu beantworten hinsichtlich der Bewertung. Ich könnte es bewerten, würde das aber dann im nichtöffentlichen Teil machen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie - ich versuche mal das, was wir vielleicht machen können - die Befürchtungen, die dort in diesem Schriftstück geäußert werden, nachvollziehen? Also, ist Ihnen erklärlich, dass man eine solche Befürchtung hegt?

**Zeuge Klaus Michalak:** Wenn ich den Kontext richtig verstehe und in Erinnerung habe, kann ich das vielleicht nachvollziehen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weil, ich sage mal, die rechtliche Vertretung einer Gesellschaft ist ja etwas anderes als die rechtliche Vertretung eines Aufsichtsrates. Die haben ja unterschiedliche Rollen zu erfüllen. Und ist es nicht bemerkenswert, dass man sich bei der Aufklärung oder Untersuchung dieser Vorwürfe so geklammert hat an eine Gesellschaft, die ja auch dem Vorstand zuarbeitet?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich würde sozusagen den Begriff „klammern“ definitiv nicht verwenden, definitiv nicht!

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber womit erklären Sie denn das gesteigerte Interesse, dass es ausgerechnet Freshfields sein musste?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Nach meinem Dafürhalten war es nicht sozusagen bezogen auf die Gesellschaft, sondern es war die Frage, dass die Maßnahmen nicht ohne Zustimmung der Ermittlungsbehörden eingeleitet werden sollten. Es fällt schwer, Herr De Masi. Ich glaube, ich weiß, worauf Sie hinauswollen, aber es ist jetzt für mich schwer, sozusagen im öffentlichen Teil das zu erläutern. Wie gesagt, das mache ich sehr gerne, meine Sichtweise, im nichtöffentlichen Teil - - aber deswegen eiere ich so ein bisschen rum.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, ich denke noch mal drüber nach, und ich verständige mich dann mit den Kollegen, -

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - ob das noch erforderlich wird oder nicht. - Ich möchte noch einen Sachverhalt gerne ansprechen. Der befindet sich auch in dem Ordner; den müsste ich jetzt noch mal raussuchen. Da geht es im Prinzip um die Begründung der Ermittlung, die es jetzt gibt, der Untersuchung. Und ich finde, da nehme ich einen gewissen Kontrast wahr zu Ihrer Darstellung bisher, dass es zwar sehr große Sorgen gegeben habe, aber man letztlich eben sich dann anders entschieden habe, weil hier eine Formulierung verwendet wird, die darauf hinweist.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Mein Mitarbeiter zeigt Ihnen dort ein Zitat, eine Formulierung, ein Wort, das mit E losgeht. So viel darf ich wahrscheinlich sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ein Vokal, gut.

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ist das nicht ein gewisser Widerspruch zu den von Ihnen hier dargelegten Entscheidungsmaßstäben? Weil das klingt ja sehr ernst, was dort steht.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, es klingt sehr ernst. Und wenn sich das so bestätigen würde, dann wäre es sicherlich ein Widerspruch.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt, Sie gehen davon aus, dass es sich nicht bestätigen wird in diesen Untersuchungen.

**Zeuge Klaus Michalak:** Meine Sichtweise - und wir haben ja auch intern sozusagen die Angelegenheit aufgearbeitet, schon schlicht und einfach im eigenen Interesse - ist ganz klar, dass das so ist, wie ich das geschildert habe. Das ist meine Wahrnehmung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Sie werden verstehen, dass ich das auch sehr ernst nehme. Ich habe übrigens als Student mal einen Bildungskredit der KfW gehabt. Den habe ich schön abgestottert und zurückgezahlt. Deswegen nehme ich das - - So wie Ihre Bank das damals gegenüber mir ernst genommen hat, nehme ich das jetzt auch sehr ernst. - Aber vielen Dank erst mal.

**Zeuge Klaus Michalak:** Die Mutter der IPEX wird es freuen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann schaue ich zum Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, es war noch mal bei mir - - Das Leerverkaufsverbot war noch mal offen. Sie sagten: Das war positiv für den Kredit. Haben Sie sich mit dieser Entscheidung denn näher befasst, die die BaFin getroffen hat, wie es zu dieser Entscheidung kam? Weil es wäre ein sehr außergewöhnlicher Vorgang, dass ein Einzelwert vom Handel - - nicht vom Handel ausgesetzt wird, sondern Leerverkäufe verboten werden.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich persönlich habe mich nicht näher damit befasst. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die BaFin sozusagen Details zu ihrer Entscheidung veröffentlicht. Insofern: Ich habe mich nicht damit näher befasst.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie sagt, das Marktvertrauen in Deutschland sei in Gefahr gewesen, wenn jetzt so - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Haben Sie das auch empfunden?

**Zeuge Klaus Michalak:** Da wir im Aktienbereich als Institut nicht tätig sind, bin ich sozusagen beim Aktienmarkt oder, wie man in Neudeutsch so schön sagt, Equity-Markt auch nicht so nah dran.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Aber eine offizielle Stellungnahme oder eine Position innerhalb der Bank dazu, auch von Ihren Spezialisten, gab es dazu auch nicht. Sie haben das zur Kenntnis genommen, die Entscheidung, und das war's. Oder gab es da irgendwie eine Aufarbeitung oder - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, es ist eingeflossen sozusagen, Herr Bayaz, in unsere Kreditentscheidung, wo wir gesagt haben: Wenn so eine Entscheidung für ein Leerverkaufsverbot besteht, was ja auch in Kombination mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu sehen ist, wegen Marktmanipulation, dann kann man das sicherlich auch interpretieren als Fragezeichen an die entsprechenden Informationen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Gut. Sie haben da sehr stark drauf vertraut, höre ich da raus.

**Zeuge Klaus Michalak:** Es war, ich muss sagen, Herr Bayaz, wirklich ein Indiz unter vielen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Habe ich verstanden. - Erinnern Sie sich, als Ende April das KPMG-Sondergutachten veröffentlicht wurde? Zu welcher Diskussion oder Reaktion hat das bei Ihnen in der Bank geführt?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, das KPMG-Gutachten ist natürlich erwartet worden. Und ich glaube, Herr Dr. Zimmermann hat sich schon bezogen auf sozusagen die Formulierung in dem Gutachten. Wenn ich mich recht erinnere, haben die Kollegen noch am gleichen Tag oder am Tag später mit Wirecard Kontakt aufgenommen, um sozusagen diese Formulierung auch zu hinterfragen. Und in der Diskussion - es war ja auch die - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Die Formulierung, die Wirecard an den Markt kommuniziert hat, meinen Sie jetzt gerade?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, die Formulierung sozusagen aus der Quintessenz des Berichtes.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Okay.

**Zeuge Klaus Michalak:** Und es war ja auch die Veröffentlichung des Testates sozusagen in Aussicht gestellt, kurzfristig. Das heißt, das war in einem zeitlichen Kontext, sodass die eigentlich plausiblen Erklärungen dann eben zu verifizieren gewesen wären durch das Testat, was dann bekanntlich nicht stattgefunden hat.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und wissen Sie, welche Reaktionen, welche Antworten Sie bekommen haben, als Ihre Kollegen sich an Wirecard gewandt haben?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das kann ich jetzt sozusagen aus dem Gedächtnis nicht mehr detailliert sagen; aber es waren, sage ich mal, wenn ich mich recht erinnere, plausible Erläuterungen. Aber darauf sozusagen alleine sich zu verlassen, war sicherlich nicht das Thema, sondern das wurde im Kontext gesehen mit der anstehenden Veröffentlichung des Jahresabschlusses und des Testates oder eben auch nicht.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Allerletzte Frage. Ich hatte Sie vorhin kurz drauf angesprochen: Sie hatten Ihren Kredit verkauft und damit auch das Klagerecht abgetreten. Trotzdem, unabhängig davon, stellt sich ja die Frage, ob Sie eine Klage gegen beispielsweise die Wirtschaftsprüfer in Erwägung ziehen. Wird so was geprüft oder vorbereitet? Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Der Verkauf der Forderungen ist inklusive des Rechts, gegen EY zu klagen - - hat ja stattgefunden. Und wir haben vorher auch geprüft, welche Möglichkeiten und welche Erfolgsaussichten und welche, sage ich mal, auch Entschädigungsaussichten wir gegen EY gehabt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hätten, und haben das sozusagen mit in die Entscheidung einfließen lassen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die KfW bezieht ja sicherlich auch Beratungsdienstleistungen jeglicher Art, auch von EY.

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das spezifisch -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, Beratungsdienstleistungen aktuell nicht oder nur in sehr beschränkten - - in dem gesetzlich beschränkten Rahmen, weil EY zurzeit der Wirtschaftsprüfer ist.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine weiteren Fragen. Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich jetzt noch mal in die Runde: Gibt es jetzt noch Bedarf im öffentlichen Teil? - Auch die CDU hat angekündigt, im nichtöffentlichen Teil noch fragen zu wollen. Gibt es noch Fragen im öffentlichen Teil?

(Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD) meldet sich zu Wort)

- Bitte.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Sehe ich das richtig: Die Union möchte in eine eingestufte Sitzung noch mal gehen?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Wir haben seitens der Union und seitens der Linken noch Fragen für den eingestuften Teil, die jetzt nicht hier abzuhandeln waren.

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist überwiegend mein Wunsch! Geht auf meine Kappe!)

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Also, ich wollte eventuell nur eine Frage stellen. Die Frage be-

zieht sich ja so ein bisschen darauf, was sozusagen - - Das sind ja wahrscheinlich Dinge, wo es Ihnen im Wesentlichen darum geht, dass die jetzt nicht in einer öffentlichen Sitzung verhandelt werden. Die Frage ist: Müssen die in einer VS-Vertraulich eingestuften Sitzung behandelt werden? Weil möglicherweise könnten wir hier einfach die Nichtöffentlichkeit herstellen und dann darüber reden. - Das nur als ein Verfahrensvorschlag. Keine Ahnung, ob das - - Und das Protokoll könnte im Nachgang eingestuft werden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Da werden wir uns eben mal abstimmen.

(Der Vorsitzende berät sich mit RD Dr. Frank Raue (BT))

Der ist praktisch aber nicht anwendbar, weil ich habe eben den Hinweis bekommen: Die Vorlage vom Kollegen De Masi ist auf jeden Fall VS-Vertraulich, und dann greifen eben die besonderen Ansprüche. Insoweit müssen wir das so tun, und dann würde ich vorschlagen, dass wir dann die Dinge eben, wie vorgeschlagen vom Kollegen Matthias Hauer, mit in die nichtöffentliche, Geheim tagende Sitzung nehmen. Das heißt, das haben wir auf jeden Fall schon mal.

Dann fürs Protokoll: Ich frage ein letztes Mal: Gibt es von den Kollegen für die öffentliche - - Herr Schäffler, bitte schön.

**Frank Schäffler** (FDP): Ich habe noch eine Frage: Sie hatten ja vorhin gesagt, dass es ein Zweitschriftverfahren gibt für die Mitarbeiter, die Aktiengeschäfte machen. Seit wann gibt es dieses Zweitschriftverfahren?

**Zeuge Klaus Michalak:** Herr Dr. Schäffler, das kann ich Ihnen aus dem Hut nicht sagen, aber es - -

**Frank Schäffler** (FDP): Ohne Doktor bitte, also - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Sorry, hätte ich Ihnen zugehört.

**Frank Schäffler** (FDP): Danke, ich mir auch.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Aber Herr Schäffler, kann ich Ihnen aus dem Hut nicht sagen. Aber das gibt es schon länger; aber kann ich nachliefern, seit wann es das gibt.

**Frank Schäffler (FDP):** Gab es nicht irgendwelche Bedenken bei Ihnen? Weil Sie haben Wirecard ja sehr, sehr spät erst auf diese Liste gestellt, am 23.06. Am 25. hat Wirecard Insolvenz angemeldet. Kommt es Ihnen nicht ein bisschen komisch vor? Ich sage mal, das hat doch auch ein Reputationsrisiko, das Ganze. Also, Sie können doch nicht nur davon ausgehen, ob es hier Insiderinformationen eventuell gibt, sondern es hat doch auch einen Reputationsschaden für die IPEX und für die gesamte KfW, wenn Mitarbeiter in Aktien investieren, mit denen Sie ökonomisch zu tun haben.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich glaube, es ist wichtig in dem Zusammenhang, Herr Schäffler, dass wir versuchen - ich muss jetzt leider Gottes wegen des Mikros Ihnen den Rücken zudrehen -

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, alles gut. Sprechen Sie ins Mikro.

**Zeuge Klaus Michalak:** - - dass wir sozusagen Systeme haben, in denen wir die Insidertransaktionen auch entsprechend identifizieren können. Und dementsprechend haben wir Insiderinformationen gesehen zum 22. Juni 2020 und haben dann das Engagement auch auf die Liste gesetzt. Grundsätzlich sozusagen haben wir aber kein Handelsverbot mit, sage ich mal, Aktien von Kunden.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, ja, das habe ich verstanden. Aber gedenken Sie denn, das zu ändern? Also, ich sage mal, das schadet doch dem gesamten Unternehmen, wenn Mitarbeiter, die mit der Kreditvergabe zu tun haben, gleichzeitig in diesen Aktien handeln. Ich sage mal: Das können Sie doch nicht einfach so laufen lassen jetzt.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, richtig ist, Herr Schäffler, dass wir unsere Systeme sozusagen ständig überarbeiten, und auch der Teil ist zurzeit in der Überprüfung.

**Frank Schäffler (FDP):** Wissen Sie, ob das bei der KfW auch existiert, dieses Zweitschriftverfahren?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das kann ich nicht sagen. Zu der KfW kann ich keine Stellung nehmen.

**Frank Schäffler (FDP):** Ist Ihnen ein Schreiben von Herrn Nussbaum und Herrn Kukies als Doppelkopfschreiben an die Geschäftsführung bekannt?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, es ist mir ein Schreiben als Doppelkopfschreiben bekannt.

**Frank Schäffler (FDP):** Und was ist der Inhalt dieses Schreibens?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich habe das jetzt nicht mehr parat. Geben Sie mir ein Stichwort, dann komme ich da vielleicht besser rein.

**Frank Schäffler (FDP):** Ich kann es Ihnen auch vorlesen. Das ist MAT A BMWi-11.20, Blatt 249. Ich könnte es Ihnen auch vorlegen, oder?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Vielleicht können wir die Zeit kurz anhalten, dann können wir das - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, das ist ja doch ein ungewöhnlicher Vorgang, dass zwei Staatssekretäre einen Brief an die Geschäftsführung schreiben. Was ist denn der Inhalt gewesen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich glaube, das sind Briefe, die die beiden Herren in ihrer Funktion als Aufsichtsräte geschrieben haben. Und dass Aufsichtsräte im Rahmen ihrer Funktion sozusagen Informationsbedarf haben und diesen Informationsbedarf abfragen, sowohl beim Vorsitzenden der Geschäftsführung als auch vom Aufsichtsrat, halte ich nicht für ungewöhnlich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Frank Schäffler (FDP):** Hat es das in der Vergangenheit schon mal gegeben, in dieser Form?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, in dieser Form, als - wie Sie so schön formuliert haben, wenn ich Sie da zitieren darf - „Doppelkopfschreiben“, erinnere ich das nicht. Aber ich glaube schon, dass es Anfragen von Aufsichtsratsmitgliedern, auch einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern gegeben hat.

**Frank Schäffler (FDP):** Was war denn die Konsequenz dieses Doppelkopfschreibens?

**Zeuge Klaus Michalak:** Jetzt muss ich mal fragen - ich weiß nicht, wie die Vertraulichkeitssituation dabei ist -, damit ich sozusagen da auch mich entsprechend verhalte.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Frank Schäffler (FDP):** Das ist doch - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Bitte?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und auch fürs Protokoll: Können Sie drauf antworten, ist offen. Wir haben kein VS-Vertraulich etc. drauf.

**Zeuge Klaus Michalak:** Okay. - Entschuldigung, Herr Schäffler, würden Sie Ihre Frage noch mal wiederholen?

**Frank Schäffler (FDP):** Was die Konsequenz dieses Schreibens war.

**Zeuge Klaus Michalak:** Okay. - Also, wir haben sozusagen natürlich schon im Eigeninteresse die Vorgänge untersucht und haben überprüft, ob und welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Daraus war sozusagen der Revisionsbericht, den wir angefordert haben, natürlich ein Teil davon.

**Frank Schäffler (FDP):** Und welche Konsequenz hat der Aufsichtsrat gezogen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Der Aufsichtsrat hat eine unabhängige Kanzlei beauftragt mit der Prüfung der Umstände der Wirecard-Genehmigung.

**Frank Schäffler (FDP):** Und wer ist diese Kanzlei? Können Sie da den Namen nennen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich in die Auswahl der Kanzlei nicht eingebunden bin.

**Frank Schäffler (FDP):** Gibt es da schon ein Ergebnis?

**Zeuge Klaus Michalak:** Soweit mir bekannt ist, gibt es noch kein Ergebnis.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay, vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr Schäffler. - Kollege De Masi.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, ich würde es versuchen, bis an den Rand dessen zu gehen, was hier geht. Ich habe jetzt noch mal drüber nachgedacht, wie ich es vielleicht hinkomme. Ich versuche es.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde da jetzt - - Sonst verlieren wir doch mehr Zeit, als wir verlören, im Konjunktiv - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich versuche es schnell.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich gucke noch mal Kollegen Hauer an: Will er denn auch versuchen - - Weil wenn Kollege Hauer jetzt natürlich sagt - - Wir haben uns ja dem Kollegen De Masi angeschlossen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, gerade, bei Herrn Kollegen De Masi ging es darum, dass es da wohl problematischer ist. Insofern: Wenn er es versucht, werde ich es auch hinkriegen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, alles klar. Dann auf ein Neues!

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich hatte das vorhin auch angeboten, dass ich es ohnehin auch im öffentlichen Teil versuche.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Versuchen wir noch mal diesen Ritt auf der Rasierklinge mit den Vorbemerkungen, die Ihnen sicherlich noch Erinnerung sind. Herr De Masi, das war Ihr Aufschlag.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, Herr Vorsitzender.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Ich habe das so verstanden, dass bei der Frage der Auswahl der Gesellschaft, die diese Vorwürfe untersuchen soll, der Frage, ob es eine externe Untersuchung gibt oder eine interne durch die Gesellschaftsjuristen, auch eine Rolle spielt, dass man in dem einen Fall - - die Staatsanwaltschaft nicht auf die Untersuchungsergebnisse zugreifen kann. Würden Sie diese Interpretation teilen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das ist jetzt, ich sage mal, insofern Spekulation, weil das jetzt nicht meine Äußerung ist und nicht meine Wahrnehmung ist. Also, insofern - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber es wird in Ihrem Haus offenbar doch darüber nachgedacht, wie man vermeidet, dass ein staatliches Ermittlungsorgan Untersuchungsergebnissen habhaft wird, und Sie sind eine öffentliche Bank.

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm. Also, ich kann nur sagen, dass wir intensive Kooperationsbereitschaft mit den Untersuchungsbehörden zugesagt haben und auch praktizieren. Und ich habe den Eindruck, dass diese - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber wenn man intensiv kooperationsbereit ist, dann macht man sich doch keine Gedanken darüber, wie die Staatsanwaltschaft nicht auf Untersuchungsergebnisse zugreifen kann. Dann hat man doch Interesse daran, dass die Staatsanwaltschaft alles bekommt, was sie für ihre Arbeit braucht.

**Zeuge Klaus Michalak:** Und die Staatsanwaltschaft hat auch alles von uns bekommen, was sie abgefordert hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich weiß jetzt nicht, ob wir in der Diskussion im nichtöffentlichen Teil weiterkämen. Aber ich glaube, es ist hinreichend verstanden, mit was wir es hier zu tun haben, und ich finde das empörend.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann gehe ich zum Kollegen Hauer. Bitte schön, Ihr Ritt auf der Rasierklinge sozusagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, ich würde Ihnen gerne auch ein Dokument vorlegen, und zwar handelt es sich dabei um die Tagebuchnummer 31/20\_VS-Vertraulich. Da würde ich Sie bitten, dass Sie sich - das ist auch genau so aufgerufen - Seite 2 den letzten Absatz - und der geht dann auf Seite 3 zu Ende - einmal kurz durchlesen, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir stoppen mal die Zeit.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie können die Zeit auch laufen lassen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, ich brauche für diese eine Frage, glaube ich, keine 21 Minuten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, dann lassen wir laufen.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie uns eine Einschätzung zu diesem gelesenen Absatz mitteilen und welchen Einfluss die darin getroffenen Erwägungen auf die Kreditentscheidung hatten?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich glaube, Sie beziehen sich auf das Thema der Vertriebsleitplanken, ja? Jetzt gucke ich gerade noch mal zu meinem - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Versuchen Sie es abstrakt, also zumindest jetzt, und dann auf die Frage - die war ja sehr gut von dem Kollegen Hauer - - einfach auf die Frage zu antworten, ohne Namen, Dinge - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, worum es geht, ist im Prinzip sozusagen, dass eine Genehmigung einer Vorgabe, die für vertriebliche Organisations- oder aus betrieblichen Zwecken gemacht wird und wofür es einen Prozess gibt, wie die Geschäftsführung, der Vertriebsgeschäftsführer einzuschalten ist. Und das ist auch passiert.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Die Vorgaben, die Sie sich für den Vertrieb machen, wie verbindlich werden die denn eingehalten? Oder wer entscheidet dann darüber, ob die dann vielleicht im Einzelfall doch mal nicht eingehalten werden dürfen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich glaube, der Prozess ist eingehalten worden, weil hier dann der Geschäftsführer eingeschaltet worden ist, um eine Entscheidung zu treffen, so wie es vorgesehen ist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, die Geschäftsführung würde dann über Ausnahmen entscheiden, wie das hier passiert ist.

**Zeuge Klaus Michalak:** Genau. Das heißt also: Der Geschäftsführer ist einzuschalten, und der Geschäftsführer entscheidet dann.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und was waren die Erwägungen des Geschäftsführers, hier im Ausnahmefall abweichend vorzugehen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Klaus Michalak:** Aber das ist sozusagen - - Deswegen habe ich es versucht - - Ich habe eben so ein bisschen gestockt, weil Sie gesagt haben: Da wird die Ausnahme genehmigt. - Und es ist eben kein Ausnahmefall, sondern es ist der normale Prozess. Das heißt also: Wenn ich eine entsprechende Akquisition vorantreiben will, dann muss ich in dieser Konstellation den Geschäftsführer fragen. Und das ist auch gemacht worden. Deswegen habe ich eben - Sie haben es vielleicht gemerkt oder auch nicht - so ein bisschen geögert, als Sie gesagt haben: Der genehmigt dann die Ausnahme. - Sondern es ist der Prozess, wie sozusagen damit voranmarschiert wird.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut.

**Zeuge Klaus Michalak:** Das war, was Herr Rosinus mir noch sagte. Aber Sie haben vielleicht auch eben mein Zögern gesehen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, vielen Dank.

(Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE) meldet sich zu Wort)

- Dann, bitte schön, Kollege De Masi noch mal.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich habe noch eine kleine ergänzende Nachfrage, weil - - Ich weiß nicht, ob ich in der Reihe dran bin. Sie müssen - - Sie können erst mal immer das, was Sie tun wollen, tun.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir haben ja jetzt eigentlich gesagt: Im Öffentlichen wollen wir nicht mehr. Wir wären jetzt in die Nichtöffentliche übergegangen. Aber wenn das dann die allerletzte im Öffentlichen ist und wir dann unseren Zeitplan, den wir jetzt auch schon annähernd um eine Stunde verrissen haben, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ja, ich beeile mich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - einhalten, weil wir irgendwann heute alle, glaube ich, noch was vorhaben, ist das in Ordnung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, gut. - Also, noch einmal zu dieser Unterlage, die ich Ihnen eben vorgehalten habe: Ich will mich dahin gehend korrigieren, nicht inhaltlich, was hier den Vorgang betrifft, sondern dass ich jetzt auch noch mal sehe, dass diese E-Mail ja eher, ich sage mal, einen Vorgang, die Weiterleitung eines Vorgangs bezeichnet, wo eben Bezug genommen wird auf Einschätzungen auch des eigenen rechtlichen Beistands. Aber es ist ja auch - - kommt ja aus einem Ministerium und geht an einen Staatssekretär. Und deswegen will ich einfach fragen, ob Sie Kenntnis davon haben, dass eine solche Auffassung, wonach man vielleicht durch die Auswahl einer Gesellschaft Einfluss darauf nehmen kann, ob die Staatsanwaltschaft Zugriff hat auf Untersuchungsergebnisse - - ob solche Erwägungen in Ihrem Haus eine Rolle gespielt haben oder ob das jetzt die Erwägung eines Ministeriums ist.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, das ist mir jetzt sehr, sehr abstrakt. Da, muss ich sagen, kann ich jetzt im Moment so abstrakt nicht drauf antworten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, haben Sie Kenntnis davon, dass es solche Erwägungen bei Ihnen gab?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Weil wenn Sie keine Kenntnis davon haben, dann können das ja nur die Erwägungen des Ministeriums sein.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich glaube, was Herr Rosinus sagt, ist: Es ist ja, glaube ich, auch für Sie ein wichtiges Thema, und - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, Herr Rosinus sagt lieber nichts, sondern er berät Sie rechtlich. Weil wenn das so wäre, müsste ich jetzt - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Genau. Was Herr Rosinus mir als Rat gegeben hat - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Er hat Sie rechtlich beraten, gehe ich von aus. Okay.

**Zeuge Klaus Michalak:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Was er mir als rechtlichen Rat gegeben hat, Herr De Masi, ist: Es ist in der Tat für mich schwer, jetzt so abstrakt sozusagen darauf zu antworten. Deswegen wäre es wahrscheinlich im Interesse sozusagen der Sache besser, wenn wir das im nichtöffentlichen Teil machen würden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut, dann bleibt mir nichts anderes übrig, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann ist das so. - Ich habe jetzt festgestellt: Im öffentlichen Teil gibt es keine Fragen mehr. Wir haben jetzt noch den nichtöffentlichen Teil. Das heißt, da werde ich gleich noch Ausführungen zu machen.

Jetzt müssen wir aber, weil Sie entsprechend schon Vorhalte bekommen haben, die als Vertraulich eingestuft sind, ein Schweigegebot hier beschließen. Der Anwalt wird Ihnen sagen: „Das tut nicht weh“; aber wir müssen das formal so tun.

Deswegen sage ich: Herr Michalak, Herr Rosinus, Sie hatten Einblick in eine VS-Vertraulich eingestufte Unterlage, jetzt in mehrere. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung, frage aber im umgekehrten Sinne: Erhebt sich Widerspruch, dass wir hier ein Schweigegebot entsprechend abstimmen? Also, ist jemand dagegen von den Kollegen hier im Untersuchungsausschuss? - Das stelle ich nicht fest. Das heißt, wir haben einstimmig dafür votiert. Ich höre und sehe also keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen, und ich stelle fürs Protokoll fest: Der Ausschuss macht dem Zeugen und seinem Rechtsbeistand Herrn Rosinus die Geheimhaltung der als Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihnen durch die Vernehmung in dieser Sitzung zur Kenntnis gekommen sind.

So, ich hatte jetzt mehrmals in die Runde geguckt; deswegen ist mein Nacken wieder relativ



## Nur zur dienstlichen Verwendung

locker. Also, es besteht weiterhin kein Bedürfnis mehr, entsprechend in öffentlicher Sitzung zu tagen. Wir haben die eingestufte Sitzung. Das ist Wunsch, jetzt noch mal, um das zu klären, von Herrn De Masi. Das heißt: Ich bitte Sie, sich mit Ihrem Rechtsbeistand wiederum in den Aufenthaltsräumen bereitzuhalten, damit wir eben die Befragung später im nichtöffentlichen Sitzungsmodus fortsetzen können. Das heißt für uns alle, auch für die Öffentlichkeit: Wir haben jetzt gleich den nächsten Zeugen und räumen im Anschluss dann, wenn alle Zeugen gehört sind - es ist ja nur noch einer - entsprechend in der nichtöffentlichen Sitzung ab.

So, dann sehen wir uns nachher wieder, und wir müssen jetzt - das ist auch so vereinbart, weil ich möchte mich weder der Körper- -

**Zeuge Klaus Michalak:** Entschuldigung, Herr Vorsitzender, hier sind noch Unterlagen, die uns gezeigt worden sind.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Da bitte ich dann Kollegen De Masi - oder wer auch immer die vorgelegt hat -, die dann auch ein- -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich vermisse nix.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. So, dann müssen wir jetzt so tun - das haben wir auch heute Morgen um 8 so besprochen - - Wir haben nur einen Stenografen. Was heißt „einen“? Ich bin glücklich, dass wir einen haben. Der arbeitet jetzt tatsächlich seit annähernd drei Stunden durch, und ich glaube, der braucht jetzt auch mal eine Pause. - Dann machen wir so um halb 12 - dicker Daumen - weiter. Und Sie erholen sich jetzt und machen sich locker.

(Unterbrechung von  
11.25 Uhr bis 11.33 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Dr. Wolfgang Fink

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann sehe ich: Die beiden Kollegen haben auch schon Platz genommen. Dr. Wolfgang Fink ist im Sitzungssaal. Herr Fink, ich heiße Sie auch recht herzlich willkommen und hoffe, Sie hatten eine gute Anreise.

(Der Zeuge nickt)

- Wunderbar. - Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Frau Dr. Livonius Platz genommen. Wir kennen uns ja schon von heute früh sozusagen; auch wenig Schlaf. Insoweit hatten Sie eine kürzere Anreise, unterstelle ich. Also, seien auch Sie herzlich willkommen.

Wie Sie noch von heute wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen selbst steht jedoch kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant aber natürlich eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit ihm beantragen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Nein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, wunderbar. - Herr Fink, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür vielen Dank an dieser Stelle, auch vom Ausschuss, weil das spart uns immer doch in der Menge der Zeugen eine große Menge an Zeit.

Werden Ihnen - und deswegen beschränke ich mich jetzt auf die technischen Hinweise - in der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, die in öffentlicher Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würden, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die Möglichkeit, über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Nein, habe ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Dann möchte ich - das klappt ja schon ganz gut - Sie auch darauf hinweisen, immer das Mikrofon einzuschalten, weil neben dem Stenografischen Protokoll auch immer ein Tonprotokoll mitgeschnitten wird und ansonsten Ihre Aussage zumindest in der Tonalität verloren geht. Also, insoweit: Das haben Sie.

Herr Fink, ich würde Sie dann zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja, das will ich gerne tun. Mein Name ist Wolfgang Fink. Ich bin 54 Jahre alt, und mein Dienstsitz ist Frankfurt am Main.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. Danke schön. - Herr Fink, Sie können, wenn Sie das nunmehr wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Lassen Sie mich einleitend sagen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Zusammenbruch von Wirecard ist der schwerwiegendste Fall von potenziellem Bilanzbetrug in Deutschland in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte. Ein DAX-Unternehmen brach in kürzester Zeit zusammen, und Anleger,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gläubiger und Marktteilnehmer sind verständlicherweise über das Ausmaß der Enthüllungen schockiert.

Goldman Sachs ist eine weltweit führende Investmentbank, seit über 30 Jahren auch auf dem deutschen Markt tätig. Derartige Vorkommnisse verpflichten dazu, die Geschehnisse auf dem hiesigen Kapitalmarkt zu hinterfragen, um die Integrität des Marktes zu erhalten. Hierfür ist die Vertrauenswürdigkeit von Bilanzen von essenzieller Bedeutung. Die Verlässlichkeit testierter Abschlüsse ist und bleibt entscheidende Grundlage unserer Wirtschaftsordnung.

Ich werde Ihnen die Berührungspunkte zwischen Goldman Sachs und Wirecard darlegen. Diese waren recht begrenzt, und ich befürchte, daher nur einen geringen Beitrag zur Arbeit dieses Untersuchungsausschusses leisten zu können.

Sollte ich mich übrigens in meinen Äußerungen unverständlich ausdrücken, werde ich die entsprechenden Punkte gerne noch erläutern.

Erlauben Sie an dieser Stelle aber zunächst einen Überblick über die Geschäftsfelder, in denen Goldman Sachs hauptsächlich tätig ist. Anschließend werde ich kurz erläutern, welche Beziehungen Goldman Sachs zu Wirecard und zu Herrn Staatssekretär Dr. Jörg Kukies nach seinem Ausscheiden bei Goldman Sachs hatte.

Unser Geschäft bei Goldman Sachs ist in zwei Hauptbereiche gegliedert. Das Erste ist das Investmentbanking. Dieser Bereich umfasst die Beratung unserer Klienten, also Unternehmenskunden, Finanzinstitutionen und der öffentlichen Hand. Wir beraten diese in den Bereichen Corporate Finance und M & A, also bei Zusammenschlüssen, Akquisitionen und Restrukturierungen. Hierzu gehört auch das Finanzierungsgeschäft mit diesen Kunden, zum Beispiel durch Börsengänge, Anleiheemissionen und Umplatzierungen. Dieses Beratungsgeschäft ist wegen der Vertraulichkeit der Mandate strikt abgeschirmt von den übrigen Aktivitäten der Bank.

Der zweite Bereich ist das Handelsgeschäft, das in der Global Markets Division stattfindet. Wir

handeln hier in Aktien, Anleihen, Derivaten und Rohstoffen. Dieser Bereich gibt vornehmlich institutionellen Anlegern die Möglichkeit, auch große Transaktionen kurzfristig umzusetzen, zum Beispiel großvolumige An- und Verkäufe von Aktien, wie Wirecard-Aktien.

Wir handeln hier auch selbst mit unseren Kunden oder für diese Kunden an Börsen. Dafür halten wir oft erhebliche Handelspositionen in Einzeltiteln, zum Beispiel als Inventar oder als Absicherung zu Derivategeschäften. So helfen wir unseren Kunden bei der Umsetzung ihrer Anlagestrategien. Dies bezeichnen wir als „Market Making“, und es ist der Kern unseres Global-Markets-Geschäfts.

Neben diesen beiden Geschäftsfeldern sind wir mit der Goldman Sachs Asset Management LP ein großer Vermögensverwalter für institutionelle Anleger und für vermögende Privatkunden. Zudem treten wir auch als Investor und Kreditgeber auf. In den USA sind wir seit einigen Jahren auch im breiteren Endkundengeschäft tätig.

Bevor ich auf die Beziehung von Goldman Sachs zu Wirecard eingehe, möchte ich einen nach meiner Ansicht wichtigen Punkt voranstellen: Ich leite seit 2014 das deutsche Geschäft von Goldman Sachs, bis April 2018 mit dem heutigen Staatssekretär Dr. Jörg Kukies in gemeinsamer Verantwortung. Im Rahmen meiner Aufgaben komme ich naturgemäß mit zahlreichen Führungspersonen von Unternehmen in Kontakt, so auch mit Herrn Dr. Braun in seiner damaligen Funktion als Vorstandsvorsitzender von Wirecard. Dabei war ich nicht zwangsläufig persönlich an sämtlichen Geschäftskontakten zwischen Goldman Sachs und Wirecard bzw. deren Tochterunternehmen beteiligt oder hatte Kenntnis darüber.

Im Zuge der Vorbereitungen auf die heutige Sitzung habe ich mir einen Überblick über die unterschiedlichen Geschäftskontakte zwischen Goldman Sachs und Wirecard verschafft; jedoch sind mir nicht sämtliche Einzelheiten aus eigener Wahrnehmung bekannt. Die Treffen, über die ich berichte, liegen zum Teil schon einige Zeit zurück. So stehen meine Schilderungen alle unter



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Vorbehalt, dass ich nach bestem Wissen aus meiner Erfahrung berichte.

Erlauben Sie mir nun, die Beziehungen zwischen Goldman Sachs und Wirecard kurz zu beschreiben. Um zunächst auf den historischen Zusammenhang einzugehen: Wie diesem Untersuchungsausschuss bekannt ist, galt Wirecard über viele Jahre hinweg als eines der erfolgreichsten Unternehmen in Deutschland. Als Mitglied zuerst des TechDAX und dann des DAX 30 wurde Wirecard als ein führendes Technologieunternehmen in Deutschland von vielen gelobt und bewundert. Die Wertpapiere des Unternehmens weckten erhebliches Interesse von deutschen und internationalen institutionellen Anlegern und damit auch von Kunden unseres Handelsbereichs.

Natürlich hat auch unsere unabhängige Research-Abteilung die Aktien von Wirecard analysiert, nämlich als solche eines Technologieunternehmens. Sie bewertete diese Aktien auf der Grundlage der damals öffentlich zugänglichen Geschäftszahlen und der interessanten Branche lange als aussichtsreiche Investition, wies aber auch auf die kritischen Presseberichte und die sich daraus ergebenden Unsicherheiten hin.

Ebenso galt der damalige Wirecard-Vorstandsvorsitzende Dr. Markus Braun zu dieser Zeit weithin als einer der erfolgreichsten Technologieunternehmer des Landes und war bei zahlreichen bedeutenden Technologie- und Investorenkonferenzen zu Gast, auch bei Goldman Sachs. Sein Ruf wurde durch das viele Jahre andauernde, schnelle Wachstum des Geschäfts und durch die ausgewiesenen Finanzergebnisse von Wirecard gestützt. Daher waren Wirecard und auch Dr. Braun persönlich potenziell interessante Geschäftspartner für Goldman Sachs, insbesondere in den Bereichen „Investmentbanking“ und „Private Wealth Management“.

So führte ich, wie andere Banker von Goldman Sachs, mit Führungspersonen von Wirecard mehrere Sondierungsgespräche. Diese betrafen potenzielle Mandate zur Beratung und Unterstützung von Wirecard im Rahmen möglicher Akquisitions-

und Finanzierungsprojekte. Ebenso gingen Kollegen unserer Private-Wealth-Management-Abteilung auf Dr. Markus Braun als Privatanleger zu. Sie loteten so die Möglichkeit aus, ihn oder seine Familienmitglieder als Privatkunden zu gewinnen. Keines dieser Sondierungsgespräche, weder mit Wirecard noch mit Dr. Braun als Privatperson, führte zu einem Mandat oder einer formalisierten Geschäftsbeziehung mit Goldman Sachs.

Sollte dies für den Untersuchungsausschuss hilfreich sein, erläutere ich Ihnen gerne diese Gespräche während der Fragerunde, natürlich soweit ich mich an Einzelheiten erinnern kann.

Der wichtigste Punkt ist jedoch, dass sich aus keinem dieser Gespräche eine Mandatierung von Goldman Sachs durch Wirecard zur Arbeit an etwaigen Transaktionen oder zur Bereitstellung von Finanzmitteln ergab. Auch wurden weder Dr. Braun noch seine Verwandten Kunden der Vermögensverwaltung von Goldman Sachs.

Goldman Sachs vergab insbesondere auch keine Kredite an Wirecard, auch nicht als Mitglied von Kreditkonsortien. Dies ist auch darin begründet, dass dieses Geschäft bei uns besonders auf unsere Unternehmenskunden im Investmentbanking zugeschnitten ist. Wirecard wurde aber nie unser Klient in diesem Bereich. Auch an der Platzierung der Anleihe von 2019 der Wirecard war Goldman Sachs nicht beteiligt.

In diesem Sinne unterhielt Goldman Sachs somit keine Geschäftsbeziehungen zu Wirecard oder Dr. Braun und erhielt dementsprechend auch keine Vergütung für geleistete Dienste. Um genau zu sein: Es gibt hier eine begrenzte Ausnahme. Eine eingeschränkte wirtschaftliche Beziehung zwischen Goldman Sachs und Wirecard bestand in Einlagenkonten bei unserer im Vereinigten Königreich ansässigen verbundenen Bank. Diese wurde für zwei Wirecard-Tochterunternehmen unterhalten: für die Wirecard Bank AG und die Wirecard Card Solutions Limited. Diese Konten existierten seit 2017 bzw. seit 2018 bis zum Sommer 2020.

Einer der Gründe, warum es in den Jahren 2018 bis 2020 zu keinen Geschäftsabschlüssen oder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Geschäftsbeziehungen mit Wirecard kam, war unsere interne Reaktion auf Medienberichte über finanzielle Unregelmäßigkeiten bei Wirecard. Es war Goldman Sachs nicht möglich, die erhobenen Vorwürfe zu prüfen oder gar auszuräumen. Wir wollten jedoch Wirecard oder Dr. Braun nicht als Kunden akzeptieren, bis Wirecard die durch die Meldungen aufgeworfenen Fragen überzeugend beantwortet haben würde.

Ich möchte nun zu den Handelstätigkeiten von Goldman Sachs in Bezug auf Wirecard-Wertpapiere kommen. Zunächst: Der Handel mit Wertpapieren eines Unternehmens setzt keine Geschäftsbeziehungen mit diesem Unternehmen selbst voraus. Der Handel findet mit den Gegenparteien und Anlegern statt. Angesichts der Stellung von Wirecard als DAX-30-Unternehmen, das für zahlreiche Anleger von großem Interesse war, handelte Goldman Sachs ab 2019 recht aktiv mit Aktien und Anleihen des Unternehmens. Wir gehören in Europa zu den größten Aktienhändlern und handeln natürlich auch in allen anderen DAX-Werten. Bei derartigen Aktivitäten unserer Global-Markets-Abteilung ist es Teil des normalen Geschäfts, dass für uns Handelspositionen entstehen, wenn wir für unsere Kunden Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte ermöglichen.

Für unsere Positionen im Zusammenhang solcher Geschäfte müssen ab bestimmten Schwellenwerten Stimmrechtsmeldungen nach dem Wertpapierhandelsgesetz abgegeben werden. Diese folgen sehr technischen Regeln des Wertpapierhandelsgesetzes, die wiederum europäische Regelungen umsetzen. Sie bilden nicht ab, ob wir wirtschaftlich eher eine Kauf- oder eine Verkaufsposition haben, da schon diese beiden Arten von Positionen nicht gegeneinander aufgerechnet werden und einige Positionen für die Goldman-Sachs-Gruppe doppelt zählen. So führen diese Stimmrechtsmeldungen mitunter zu Missverständnissen. Wichtig ist, dass diese Art von Handelsaktivitäten Teil unseres kundenbezogenen Geschäfts sind und dazu dienen, Anlagestrategien unserer Kunden umsetzen zu können. Goldman Sachs hielt also die gemeldeten Wirecard-Aktienpositionen und -Finanzierungsinstru-

mente nicht etwa als langfristige strategische Anlage, sondern als Teil der Handelsaktivitäten für Kunden.

Der Vollständigkeit halber möchte ich an dieser Stelle klarstellen, dass die Wertpapieranalyse-Abteilung Goldman Sachs Investment Research eine unabhängige Einheit innerhalb von Goldman Sachs bildet und damit von den Handelstätigkeiten von Goldman Sachs getrennt ist. Diese Trennung wurde bei Goldman Sachs 2002 zum Ausschluss von Interessenkonflikten eingeführt und erfüllt auch die neueren gesetzlichen Vorgaben an die Unabhängigkeit der Wertpapieranalyse, wie dies etwa nach der im Rahmen der MiFID-Regelungen erlassenen europäischen Verordnung gefordert wird.

Dieser Untersuchungsausschuss ist an der Rolle der Bundesregierung und der deutschen Aufsichtsbehörden im Fall Wirecard interessiert. Ich möchte daher hier feststellen, dass ich nach meiner Erinnerung im Zeitraum der hiesigen Untersuchung keine Gespräche mit Amtsträgern der Regierung oder Vertretern der deutschen Aufsichtsbehörden zu Wirecard geführt habe.

Nach meiner Erinnerung habe ich solche Gespräche zu Wirecard auch nicht mit Herrn Staatssekretär Dr. Jörg Kukies geführt, meinem ehemaligen Co-Vorsitzenden von Goldman Sachs in Deutschland, seit er im März 2018 zum Staatssekretär im Bundesfinanzministerium ernannt wurde. Wir beide waren ab Ende 2014 bis zu seinem Ausscheiden im März 2018 gemeinsam Co-Vorsitzende des Vorstands der damaligen Goldman Sachs AG, der heutigen Goldman Sachs Bank Europe SE, und haben auch darüber hinaus das Goldman-Sachs-Geschäft in Deutschland und in Österreich geleitet. Herr Kukies leitete unseren Handelsbereich im Global-Markets-Geschäft in Deutschland; ich war insbesondere für das Investmentbanking und Beratungsgeschäft zuständig.

Die in unseren Sondierungen mit Wirecard besprochenen möglichen Investmentbanking-Aktivitäten fielen nicht in den Zuständigkeitsbereich von Herrn Kukies. Dementsprechend war er meines Wissens nach an diesen nicht beteiligt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Lassen Sie mich daher zusammenfassen, dass Goldman Sachs Wirecard keine Finanzierung gewährt hat. Es bestanden auch keine Beratungsmandate. Wir führten lediglich im Vereinigten Königreich Einlagenkonten für zwei Wirecard-Tochterunternehmen. Goldman Sachs veröffentlichte Stimmrechtspositionen bezogen auf die Wirecard-Aktie. Diese dienten der Umsetzung von Handelsstrategien unserer Kunden und reflektierten deren gestiegenes Interesse an der Aktie. Zu dem Gesamtkomplex Wirecard hatte ich keinen Kontakt mit Amtsträgern der Bundesregierung oder der BaFin. Das Gleiche gilt meines Wissens nach für andere Mitarbeiter von Goldman Sachs.

Ich hoffe, der von mir gegebene Überblick ist für den Untersuchungsausschuss hilfreich, und ich bin nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Fink. - Dann würde ich erst mal mit den allgemeinen Fragen beginnen, die sich sehr bewährt haben, und damit nehme ich den Kollegen auch ein bisschen sozusagen da - - oder schenke ihnen Zeit. - Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Mit wem haben Sie dazu gesprochen? Sind im Zuge, als bekannt wurde, dass Sie hier als Zeuge geladen worden sind, vielleicht andere noch auf Sie zugezogen und wollten Sie aufschlauern oder informieren? Wie war das?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Vorsitzender, ich möchte das wie folgt beantworten: Ich habe mich - - Ich berichte hier aus meiner persönlichen Wahrnehmung und Erinnerung. Darüber hinaus habe ich Informationen aufgrund meiner Funktion der Leitung des Goldman-Sachs-Geschäfts in Deutschland und in Österreich, und ich habe mich mit Kollegen, internen Kollegen, und mit meinem Rechtsbeistand auf diese Sitzung, seit ich weiß, dass ich hier vorgeladen bin, vorbereitet. Seit ich von meiner Vorladung weiß, gibt es meines Wissens nach keine Kontakte, die ich mit beispielsweise Vertretern anderer Banken zu diesem Untersuchungsausschuss oder zu den Themen hier erläutert hätte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Es ist jetzt auch niemand über Dritte an Sie herangetreten sozusagen und da noch - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Dritte an mich herangetreten sind in diesem Zusammenhang.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Sie hatten das ja eben erläutert - insoweit kann ich auf die Frage verzichten -, Ihr Aufgabengebiet als Vorstandsvorsitzender. Deswegen komme ich gleich zu inhaltlichen Dinge.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Frank Schäffler, FDP, auf Drucksache 19/21639 geht hervor, dass Sie am 04.11.2019 ein Treffen zwischen Staatssekretär Jörg Kukies und Vertretern von Goldman Sachs, unter anderem auch Ihnen, hatten, dass das stattfand. Können Sie dies bestätigen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Vorsitzender, da darf ich wie folgt antworten: Grundsätzlich gibt es von mir und anderen Führungspersonen bei Goldman Sachs regelmäßigen Austausch mit Vertretern von Regierungen und Aufsichtsbehörden. Dies ist auch der Fall für die Bundesregierung und deren Vertreter bzw. deutschen Aufsichtsbehörden. Die Themen dieser Erläuterungen beziehen sich häufig auf makroökonomische, makropolitische Fragestellungen, insbesondere in den letzten Monaten und Jahren der für uns sehr wichtige und entscheidende Brexit und dessen Konsequenzen. Es gab eben in diesem Zusammenhang Austausch und Treffen mit der Bundesregierung.

Zu dem von Ihnen angesprochenen Treffen im November 2019 ist nach meiner Erinnerung eine entsprechende - - ein Kollege von mir oder Kollegen von mir und ich in Berlin gewesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, insoweit ist das von Bedeutung für mich, weil am nächsten Tag Herr Kukies außerordentlich reisetätig war. Aus demselben Schreiben lässt sich entnehmen, dass die Wirecard AG zu diesem Treffen am 04.11. kein Thema gewesen sein soll. War das so,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder ist doch innerhalb dieses Gesprächs auch die Wirecard AG Thema gewesen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Vorsitzender, ich möchte das wie folgt beantworten: Wie ich in meinem Eingangsstatement sagte, kann ich mich nach bester Erinnerung und bestem Wissen nicht daran erinnern, dass der Themenkomplex Wirecard mit Amtsträgern der Bundesregierung oder auch Herrn Dr. Jörg Kukies besprochen wurde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, ich versuche, mir das dann vorzustellen: Also, am nächsten Tag, um das mal aufzuklären, ist Herr Kukies ganz fleißig - Wolfgang Schmidt als Kollege hatte das dann noch so bestätigt -, ist dann morgens nach Aschheim gefahren, hat dort zum 50. Dr. Markus Braun gratuliert und sicherlich, denke ich mal, auch mit ihm über dies und jenes gesprochen - das werden wir ihn sicherlich persönlich noch mal fragen -, ist dann danach, weil man das ja auch ökonomisch so macht, zur Bayerischen Landesbank gefahren, die auch mal Konsortialmitglied bei einem größeren Konsortialkredit in Höhe von 1,75 Milliarden, selbst aufzeichnend, glaube ich, knapp 200 oder 175 Millionen hatte - - und ist dann anschließend weiter nach Frankfurt und hat sich dort mit Herrn Zielke getroffen und mit der Commerzbank unterhalten, die ja ebenfalls rund 200 Millionen Euro als Konsortialführer, glaube ich, innerhalb dieses Konsortiums an die Wirecard ausgeliehen hat.

So weit stelle ich mir das - - Ich meine, Sie waren zusammen in der Geschäftsführung - - Also, ich könnte mir vorstellen: Da sagt man doch mal: Mensch, ich muss morgen nach Aschheim zum Markus Braun, dann bin ich bei der Bayerischen Landesbank. - Also, mir fällt das immer schwer, das dann so zu glauben, dass ausgerechnet da, wenn man in diesem Rahmen ist, diese berühmte Chinese Wall hält oder gehalten hat, weil für mich wäre das jetzt rein menschlich an dem Tag gewesen, zu sagen: „Ich bin morgen übrigens beim Markus Braun“, zumal der ja auch - und das haben Sie ja eben in Ihren Einlassungen beschrieben - eine Art potenzieller Kunde gewesen sein könnte. Vielleicht hat sich das ja auch - weil der

04.11., das war eh sehr trüchtig; da ist ja dann irgendwann das KPMG-Sondergutachten beauftragt worden - - Also, insoweit kann man ja auch sagen: Ja, Mensch, du bist bei Markus Braun. Puh, da habe ich ja Glück gehabt. - Ich spekuliere da jetzt, aber ich versuche, mir das jetzt natürlich mal so vorzustellen. Dass man da so gar nicht drüber redet, wenn ein früherer Kollege, den Sie lange kennen, am nächsten Morgen - weil wahrscheinlich sind Sie ja auch nicht um sieben dann auseinandergeschieden, es sei denn, es war so; könnten Sie ja mal erzählen, wie lange dieses Gespräch dauerte - - dass man da nicht drüber spricht.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Vorsitzender, ich will dazu folgende Beobachtungen machen wollen: Erstens hatte ich im Eingangsstatement dargestellt, wie meine Beziehung zu Jörg Kukies oder zu Herrn Staatssekretär Kukies während seiner Zeit bei Goldman Sachs gestaltet war. Und dazu muss man erläutern, dass er im Bereich der Aufgabenteilung, die wir vorgenommen hatten, für den Bereich „Global Markets“ zuständig war. Dieser Bereich befasst sich vor allem mit institutionellen Anlegern, deutschen, internationalen institutionellen Anlegern. Ich war für den Bereich „Investmentbanking“ und bin heute noch für den Bereich „Investmentbanking“ zuständig, der sich vor allem mit Unternehmenskunden befasst, und dazu würde die Wirecard gehören, wenn sie unser Kunde geworden wäre. Insofern gab es im Rahmen der gemeinsamen Leitung des Geschäfts für mich wenig Veranlassung, mit Herrn Dr. Kukies über meinen ureigensten Bereich, nämlich das Beratungsgeschäft, zu sprechen. Er war, wie gesagt, für den anderen Bereich, „Handelsgeschäft“, zuständig.

Als er im März 2018 bei uns ausgeschieden ist und zum Staatssekretär ernannt wurde, gab es von mir, aus meiner Sicht, wenig Veranlassung, mit ihm über konkrete unternehmensspezifische Themen zu sprechen. Unsere Gespräche, wie auch mit anderen Amtsträgern der Regierung, waren vor allem Themen, die zum Beispiel die Bankenunion oder eben auch den von mir erwähnten Brexit betreffen. Unsere Treffen mit Führungspersönlichkeiten von Goldman Sachs



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und staatlichen Amtsträgern hatten genau diese Themen zum Ziel.

Das von Ihnen angesprochene Treffen im November 2019 ist nach meiner Erinnerung unter Teilnahme von Kollegen aus den USA abgelaufen. Hier bestand von meinen Kollegen, also Führungspersonen aus der Goldman-Sachs-Gruppe, ein Interesse an diesen makroökonomischen, makropolitischen Einschätzungen, aber weniger an einzelnen Geschäftsgängen in Deutschland oder Unternehmen in Deutschland.

Das würde ich erläuternd dazu sagen: Ich berichte natürlich hier aus der Erinnerung, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Natürlich.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** - und tue das nach bestem Wissen. Ich kann mich nicht erinnern, dass hier das Thema Wirecard, wie ich ja eingangs sagte, erläutert wurde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** War nur Herr Kukies als Vertreter der Regierung anwesend und dann die Vertreter, die Sie eben abstrakt formuliert hatten, von Goldman Sachs aus Nordamerika?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Nach meiner Erinnerung war Dr. Kukies anwesend. Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, ob ein weiterer Mitarbeiter seines Stabes zugegen war. Allerdings erinnere ich mich, dass die höchstrangige Person seitens des Finanzministeriums Herr Dr. Kukies war bei diesem Meeting.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gut. Also, aus anderen Ministerien - könnte ja sein, auch aus dem Wirtschaftsministerium oder - - war niemand da.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Können Sie sich jetzt innerhalb dieses Untersuchungszeitraumes - Sie hatten es ja eben gesagt: okay, wir müssen das aus der Erinnerung machen -, vielleicht idealerweise nach dem 04.11., noch an

weitere Treffen mit Staatssekretär Kukies erinnern, die dann vielleicht das Thema Wirecard zum Inhalt hatten? Denn wenn man Investmentbanking macht, dann, kann ich mir vorstellen, hat man mit dem Namen - der ist ja durchaus auch mit sehr viel Bewunderung verbunden - durchaus mal Interesse, zu wissen: Was ist denn mit diesem Highflyer Wirecard, der so als einziges deutsches Technologieunternehmen sozusagen, das auf dem Zukunftsmarkt spielt, verbunden ist? Also, insoweit: Gab es denn danach mal Gespräche? Weil - nochmals - Herr Kukies ist im Aufsichtsrat vieler Banken, er ist Staatssekretär, er ist ein Ex-Kollege. Ein gewisses Networking unterstelle ich da dann auch immer. Menschen werden ja auch heute wegen ihrer Zugänge, wegen ihrer - wie soll ich das mal sagen? - Kontakte in bestimmte Positionen berufen, weil man sich ja auch davon was verspricht. Also, insoweit die Frage: Danach, gab es da mal Gespräche zu Wirecard? Nicht mal konkret, wenn Sie mir jetzt nicht das Datum nennen können. Aber können Sie sich erinnern, dann mal nach diesem Treffen mit ihm darüber gesprochen zu haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Vorsitzender, wie ich schon sagte: Es gibt natürlich regelmäßig Austausch mit der Bundesregierung und Amtsträgern der Bundesregierung und auch Herrn Dr. Kukies. Allerdings, wie ich bereits erwähnt habe, sind dies Themen, wie beispielsweise der für uns und in meiner Rolle hochrelevante Brexit, die in den letzten Monaten bei diesen Treffen und bei diesen Gesprächen im Vordergrund standen. Man muss sehen, dass wir hier eine Herausforderung organisatorischer Art hatten mit entsprechenden Vermögenswerten und Menschen, die in einer Organisation aufgebaut werden mussten zum 31.12.2020. Das - und deswegen wollte ich das kurz erläutern - war das alles bestimmende Thema. Eine Befassung, eine Diskussion im Hinblick auf den Themenkomplex Wirecard weder mit Dr. Kukies noch mit Amtsträgern des Staates. Ich kann mich an so etwas nicht erinnern, wie ich ja in meinem Eingangsstatement ausgeführt habe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, auch nicht ganz kurz? Ich meine, das ist ja auch schon für



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eine renommierte Firma Ihrer Größe von Bedeutung, dass da auf einmal KPMG ein Sondergutachten erstellen soll mit Beauftragung, weil EY irgendwie 1,9 Milliarden nicht findet oder nicht nachhaltig nachweisen kann, ein Testat in Rede steht, Sie gleichzeitig, also nochmals, ja auch eigene Positionen für Anleger, aber auch andere Kunden Ihres Hauses - - Hat man das ja alles als selbstverständlich empfunden, weil Sie das eben als Ihr Business betrachten und auch führen, dass Sie Investmentbanking betreiben, was ja auch eben mit profunder Kenntnis - - Ich hoffe, dann bei Ihrem Investmentbanking verlassen Sie sich nicht nur auf Testate oder Abschlüsse, sondern machen sich ein eigenes Bild; Research geht raus. Haben Sie da wirklich nie darüber gesprochen oder über dieses Leerverkaufsverbot - wenn Sie dann sagen, Sie haben auch Banking zu verantworten -, was ja einmalig war, gegen oder für, wie man es interpretieren möchte im Nachhinein, die Wirecard erlassen wurde - - Also, selbst wenn man so sagt: Na ja, ich würde das eigentlich mal fachlich sehen wollen. Wie siehst du denn das Leerverkaufsverbot?

Also, ich treffe mich auch noch mit früheren Kollegen meiner Branche, im Versicherungsbereich, und dann spricht man sicherlich über Dinge, die abstrakt in der Presse oder so sehr konkret behandelt werden, und sagt: Sag mal, hast du das gehört? Hast du das gedacht? Kann ich mir gar nicht vorstellen. - Ich könnte mir sogar vorstellen, wenn ich jetzt auf Ihrem Stuhl säße: „BaFin ist ja irgendwo dein Bereich, Jörg, sozusagen, gehört zum Bundesfinanzministerium, die BaFin, wie die FIU. Was ist denn da los?“.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also, vielleicht darf ich da nur klarstellen: Die Handelspositionen, über die ich im Eingangsstatement berichtet habe, sind in unserem Handelsbereich entstanden. Der Großteil unseres europäischen Aktienhandels und damit auch unseres deutschen Aktienhandels wird von unserer Schwestergesellschaft, der Goldman Sachs International Limited\*, im Vereinigten Königreich abgewickelt. Von daher habe ich mich - - Im Rahmen der Vorbereitung habe ich natürlich Kenntnisse oder Informationen bekommen, aber ich habe keine Verantwortung in der Goldman

Sachs International Limited, und ich habe auch keine Funktion in unserem Handelsbereich. Von daher bin ich damit nicht wirklich im Detail befasst.

Das Leerverkaufsverbot, das Sie erwähnt haben, ist natürlich ein Eingriff in das Marktgeschehen. Aber auch hier betrifft das natürlich insbesondere die Handelsaktivitäten, wie gesagt, und zu den Handelsaktivitäten habe ich qua meiner Funktion keine detaillierte Kenntnis.

Aber ich komme zurück und darf das auch noch mal betonen: Auch zu den von Ihnen genannten Vorfällen, die uns natürlich aus der öffentlichen Berichterstattung bekannt wurden, habe ich keine Gespräche, an die ich mich erinnern kann, mit meinem früheren Kollegen Herrn Dr. Kukies geführt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Also, ich stelle mir das in einem Konzern, der jetzt so verbreitet und vernetzt, verteilt auf der Welt ist, doch so vor. Ich würde es tun, wenn ich jetzt einen Kollegen hätte, den ich kenne, und der ist in der Schweiz tätig, dass ich den mal anrufe, wenn ich weiß, man trifft sich öfters - was Sie ja auch als natürlich bezeichnen - mit Vertretern der Regierung, hier mit einem durchaus exponierten Ex-Kollegen Dr. Kukies. Ich kann mir jetzt vorstellen - - Das müssen Sie jetzt nicht mit Ja oder Nein beantworten; wenn Sie es wollen, würde ich mich freuen. Aber die Welt ist ja vernetzt und klein. Kann ja auch sein, dass Goldman Sachs Commerzbank-Aktien hält. Und da muss man ja auch wieder sagen - - Also, ich stelle mir das so vor: Da geht Herr Kukies, zu verantworten mit über 15 Prozent Beteiligung an der Commerzbank - - Jetzt könnte ich mir vorstellen - das weiß ich nicht -: Sie halten eine Position der Commerzbank. Und dann sitzen Sie in Berlin oder wo auch immer zusammen und sprechen - ich finde das ja auch spannend -: „Wie geht der Brexit?“ und über makroökonomische Dinge. Aber muss ich mir das wirklich so vorstellen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Vorsitzender, wenn ich da mal kurz klarstellen darf: Also, wir melden Aktienpositionen oder unsere Gruppe



## Nur zur dienstlichen Verwendung

meldet Aktienpositionen in verschiedensten Basiswerten. Ich kann nicht bestätigen, dass das zum Beispiel für die Commerzbank der Fall ist; zumindest habe ich keine Kenntnis darüber.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber wenn man den DAX abbilden wollen würde oder jetzt andere Werte, dann braucht man ja bestimmte Werte, um dann entsprechende Derivate oder entsprechende ETFs, ETCs, was man da machen möchte, abzubilden.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja, wie ich erläutert hatte, sind das natürlich kundenseitig, also von unseren Kunden, induzierte oder veranlasste Geschäfte. Und in welchen Werten unsere Kunden jetzt kaufen oder verkaufen oder entsprechende Positionen etablieren wollen, gut, das ist eine Frage des Handels. Wir sind einer der größten Aktienhändler in Europa, regelmäßig unter den Top drei. Wir handeln in Tausenden von Titeln und Instrumenten. Eine detaillierte Kenntnis dazu habe ich nicht.

Und, wie gesagt, die Gespräche zu Wirecard, die Sie angesprochen hatten, Herr Vorsitzender: Natürlich, nach dem Zusammenbruch der Wirecard und dem Schock, der damit ausgelöst wurde, auch am Finanzplatz, gab es viele Gespräche mit Marktteilnehmern über das, was da passiert ist. Ich hatte allerdings ausgeführt, dass ich mit den Regierungsvertretern und auch mit Herrn Dr. Kukies dazu nicht gesprochen habe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann meine letzte Frage, weil wir haben jetzt die BaFin abgeklappert, Herrn Kukies, Commerzbank: Uns liegt ein Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, auffindbar unter MAT A BaySTMI-2.04 DVD, Blatt 29, vor, aus welchem hervorgeht, dass Goldman Sachs International am 09.04.2019 eine Geldwäscheverdachtsmeldung an die FIU - ich habe sie eben schon zitiert -, auch eine der Geschäftsbereichsbehörden, die irgendwo in den Bereich vom Kollegen Kukies fällt im Finanzministerium, gegen ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Wirecard AG, also, hier die Geldwäscheverdachtsmeldung Ihrerseits, abgegeben - - wurde. Ist Ihnen diese Geldwäscheverdachtsmeldung bekannt?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also, wie Sie, Herr Vorsitzender, gerade gesagt haben, scheint diese Verdachtsmeldung durch unsere Schwester-gesellschaft Goldman Sachs International in London abgegeben worden zu sein. Wie gesagt oder wie ich erwähnt hatte: Ich habe in dieser Gesellschaft keine Funktion; -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Chinese Wall.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** - insofern ist mir diese Meldung auch nicht bekannt. Das tut mir leid, dass ich dazu dann nichts Konkretes sagen kann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, ja, mir auch. Aber ich wäre dann erst mal so weit durch, Dr. Fink. Danke, Dr. Fink. - Dann schaue ich zu den Kollegen. - Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Fink, vielen Dank, dass Sie uns Auskunft geben. - Ich habe das jetzt so Ihren Ausführungen entnommen, dass Sie keine Geschäftsbeziehung zu Herrn Dr. Braun hatten oder auch zu Wirecard, mal von diesen Einlagekonten und so abgesehen, aber an sich keine Geschäftsbeziehung. Und Grund dafür war, dass Sie sagen: Wirecard konnte ja diese Vorwürfe da nicht widerlegen, die im Raume standen. Und wenn man sich das jetzt auf der einen Seite anschaut, so nach dem Motto: So, für einen Kredit hat es nicht gereicht, aber als größter Einzelaktionär schon. Das ist ja auf den ersten Blick jetzt erst mal erstaunlich. Vielleicht können Sie das mal einordnen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich darf das vielleicht so beantworten: Erstens waren wir nicht der Einzelaktionär in Wirecard. Ich hatte versucht, auszuführen, dass wir, also verschiedene Goldman-Sachs-Gesellschaften, Stimmrechtsmeldungen nach dem Wertpapier-handelsgesetz und den dort einschlägigen Regelungen abgeben und melden. Dass Gesellschaften von Goldman Sachs einen Handelsbestand an Wirecard-Aktien haben - - Und wenn ich „Wirecard-Aktien“ sage, dann muss ich auch differenzieren zwischen Aktien und zwischen Instrumenten; und Instrumente können eben Rechte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf Aktien sein, es können Derivate sein. Und diese halten wir für unsere Kunden oder in der Ermöglichung oder Umsetzung von Kundengeschäften. Insofern möchte ich da nur differenzieren. Es gab kein prinzipielles strategisches, langfristiges Interesse der Goldman-Sachs-Gruppe an Wirecard. Das sind vorwiegend Handelspositionen oder aber auch Positionen aus unserem institutionellen Vermögensverwaltungsgeschäft, wo wir Fonds auflegen, Publikumsfonds beispielsweise, die dann eben zu entsprechenden Meldungen führen. - Das ist der eine Aspekt.

Der andere Aspekt, auf den ich gerne kurz eingehen würde, ist, dass wir keine Geschäftsbeziehungen oder Mandatsbeziehungen zu Wirecard unterhalten haben, wie ich sagte. Und wir hatten Sondierungsgespräche geführt, aber aufgrund der sich insbesondere im Laufe der Jahre 2018 und 2019 verdichtenden negativen Presseberichte hatten wir in unserer Beratungsabteilung, also im Investmentbanking, Kriterien formuliert, die erfüllt sein müssen, damit wir so eine Geschäftsbeziehung - - damit wir in eine solche Geschäftsbeziehung eintreten würden. Diesen Bedingungen ist vonseiten der Wirecard AG nicht entsprochen worden, weswegen es nicht zu einer Geschäftsbeziehung kam. Insofern haben wir keine Unternehmenstransaktionen oder Finanzierungen für die Wirecard durchgeführt und haben auch keine Kredite an die Wirecard vergeben. Wir vergeben im Rahmen unseres Investmentbanking-Geschäfts Kredite - das darf ich vielleicht erläuternd noch hinzufügen -, wenn wir eine Geschäftsbeziehung haben. Diese hatten wir zu Wirecard nicht; also haben wir auch keine Kredite vergeben oder an Kreditkonsortien teilgenommen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. Also Ihre Kreditabteilung hatte Bedenken. Auch die, die bei Ihnen investieren, hatten Bedenken; deshalb eben keine langfristige strategische Anlage, wie Sie geschildert haben. Und die Einzigen, die jetzt keine Bedenken hatten, das war dann die Research-Abteilung; aber die ist ja unabhängig, hatten Sie gesagt. Habe ich das richtig zusammengefasst?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, vielleicht darf ich da noch kurz klarstellen: Unsere Kreditabteilung, um zum ersten Punkt zu kommen, hat sich mit dem Fall Wirecard insofern nicht beschäftigt, weil es keine Geschäftsverbindung gab. Es gab also keine Kreditprüfung vorzunehmen. Wir sind nicht in eine Geschäftsbeziehung getreten; insofern gab es auch nichts zu prüfen für diese Abteilung.

Jetzt komme ich noch mal, wenn Sie mir erlauben, auf den Punkt Investment. Also, wie gesagt: Die Kunden unseres Handelsbereichs sind vorwiegend institutionelle Anleger, was - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und die waren ganz scharf auf die Aktie. Das ist ja dann die Schlussfolgerung.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Na ja, da darf ich vielleicht differenzieren: Es gibt klassische Investmentfonds, die Kunden von uns sind; es gibt Hedgefonds, die Kunden sind; es gibt klassische Pensionsfonds, also auch Versicherer beispielsweise, die unsere Kunden sind, Banken, Zentralbanken, Unternehmen etc. Diese institutionellen Anleger haben eigene Handelsstrategien. Die können Aktien bei uns kaufen oder Instrumente auf Aktien oder eben auch verkaufen. Die Richtung nehmen diese Kunden, die professionelle, institutionelle Anleger sind, vor. Wir setzen um. Wir setzen diese Kundenaufträge um, und in der Umsetzung dieser Kundenaufträge nehmen wir auch unter anderem die Gegenposition und sichern diese wieder ab. Ich will hier nicht zu technisch werden. Ich bin auch, wie gesagt, im Handelsgeschäft selbst nicht involviert. Also, insofern sind das keine Investments, sondern das sind Umsetzungen von Handelsstrategien.

Der letzte, wenn ich das noch ausführen darf, Punkt, Herr Abgeordneter, ist: Unsere Research-Abteilung - und das ist zutreffend - ist unabhängig; sie ist nach gesetzlichen Vorgaben unabhängig. Das gilt für eine physische, für eine organisatorische, für eine informationstechnische Trennung, die hier vorzunehmen ist. Unsere Research-Abteilung nimmt natürlich Beurteilungen von Aktien aufgrund der öffentlichen Informatio-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nen vor. Allerdings: Aufgrund ihrer Unabhängigkeit kann ich dazu, wie unsere Research-Abteilung am Ende zu ihren Einschätzungen und Beurteilungen kommt, nichts sagen und bitte um Verständnis dafür.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Allerdings werden Ihre Kunden, die ja ein großes Interesse an der Aktie hatten, vielleicht auch ein bisschen auf Ihre Research-Abteilung hören. Wenn die sagen: „Kursziel 130 Euro“ zum Beispiel, also im Mai 2020, nach dem KPMG-Sonderbericht, dann hat das ja Einfluss auf Ihre Kunden. Wie bewerten Sie diese Einschätzung aus Mai 2020?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also, Herr Abgeordneter, die konkrete Einschätzung unserer Wertpapieranalyse-Abteilung; Dazu, wie ich eben gerade ausgeführt hatte, kann ich nichts sagen.

Allerdings hatten Sie, wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, auch auf die Wirkung solcher Einschätzungen auf Anleger abgestellt. Und dazu möchte ich sagen, dass unsere Anleger institutionelle Anleger sind. Denen stehen eine ganze Reihe von Informationen zur Verfügung, wie sie ihre Einschätzungen, die sie dann im Rahmen von Transaktionen ausdrücken, erwerben, wie sie diese Einschätzungen bilden. Unser Research steht diesen qualifizierten Kunden von Goldman Sachs zur Verfügung. Aber inwieweit dann ein Research-Bericht unserer Wertpapieranalyse-Abteilung die Einschätzung bei einem institutionellen Großanleger beeinflusst oder nicht oder vielleicht verändert, kann ich im Detail von meiner Warte aus leider nicht beurteilen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das wird ja schon einen Einfluss haben, wenn Stimmrechtsmeldungen kommen, zum Beispiel, dass Goldman Sachs da intensiv investiert oder dass Goldman Sachs Research ein Kursziel von 130 Euro nennt. Und wenn dann noch dazukommt, dass es auch Rückhalt bei der BaFin gibt mit einem Leerverkaufsverbot, mit Entscheidungen, auch gegen Journalisten vorzugehen, dann sind das ja alles eher Aspekte, die auch ein positives Signal in den Markt setzen. Das würden Sie - -

(Der Zeuge nickt)

- Sie nicken. Würden Sie so mitgehen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Na ja, Herr Abgeordneter, ich muss ganz ehrlich - - Darf ich da noch mal nachfragen, was Ihre Frage ist an mich in dem Zusammenhang? Wie gesagt, ich darf einfach noch mal erklären: Ich bin selber der Anleger nicht. Diese Anleger nehmen - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, ich kann Ihnen meine Frage gerne konkreter machen: Welcher Rolle hat zum Beispiel das Leerverkaufsverbot der BaFin für Kunden Ihres Hauses gespielt bei der Anlagenentscheidung? Das ist doch eher ein Signal - Fragezeichen - „Rückhalt durch die BaFin für Wirecard“?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, die Einschätzungen unserer institutionellen Anleger, die mit unserem Handelsbereich arbeiten, die kann ich nicht beurteilen.

Zu dem Leerverkaufsverbot kann ich nur sagen: Ein Leerverkaufsverbot ist ein Eingriff in die Marktdynamik, ein durchaus schwerwiegender Eingriff in die Marktdynamik, und muss wohlüberlegt sein. Inwieweit das konkrete Verbot, also die Erhöhung von bestehenden Positionen, oder das Verbot der Etablierung neuer Positionen, einzelne unserer Kunden beeinträchtigt hat, das ist mir leider unmöglich zu beurteilen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. - Waren Sie persönlich mal in Wirecard investiert oder Derivate oder Ähnliches?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, dazu möchte ich kurz sagen, dass wir intern sehr detaillierte Regelungen haben, was unsere privaten Investitionen betrifft. Die unterliegen auch einem Genehmigungsprozess in jedem Einzelfall, und ein Investment in Einzelwerte ist mir persönlich untersagt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also kann man auch sagen - - aber Derivate zum Beispiel, die einen Bezug zu - - Ich meine jetzt keinen Indexfonds auf den DAX. Also, das meine ich jetzt nicht. Vielleicht können Sie da noch zwei Sätze etwas



## Nur zur dienstlichen Verwendung

breiter zu sagen, außer dass Sie jetzt keine Einzelaktie Wirecard hatten.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Nein, grundsätzlich, Herr Abgeordneter, ist es so: Unsere interne Regelung zu Investitionen oder privaten Investitionen unserer Mitarbeiter und natürlich auch mir unterliegen strikten Vorgaben. Im Hinblick auf meinen Tätigkeitsbereich gibt es detaillierte Einschränkungen. Im Großen und Ganzen kann ich in Werte, die mit dem deutschen Markt, Aktienmarkt, zu tun haben, oder auch entsprechende Derivate nicht investieren. Das wird mir regelmäßig untersagt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Der Staatssekretär Kukies, sind Sie mit dem befreundet?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich habe mit Jörg Kukies von, wie ich erwähnt hatte, 2014 bis März 2018 zusammengearbeitet. Ich habe Jörg Kukies als einen hochprofessionellen Kollegen, sehr versiert, kennengelernt, mit einem umfangreichen Arbeitspensum. Unsere Beziehung war allerdings vorwiegend beruflicher Natur.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Vorwiegend. Aber auch so ein bisschen freundschaftlich? Also, waren Sie schon mal mit dem ein Bier trinken oder einen Kaffee trinken, privat, und haben über die Kinder und, was weiß ich, Fußball - - was man so bespricht, privat?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich kann dazu nur sagen: Das war eine professionelle, berufliche Beziehung. Natürlich ist man sich als Kollege, der lange bei einer Bank zusammen mit einem anderen Kollegen arbeitet und auch eine Leitungsfunktion hat - - positiv und freundschaftlich verbunden. Allerdings waren unsere Kontakte fast ausschließlich beruflicher Natur.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Wie oft tauschen Sie sich so aus mit Herrn Kukies, so unabhängig jetzt von Wirecard?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Wie ich, Herr Abgeordneter, in meinem Eingangsstatement ja sagte, haben wir regelmäßigen Kontakt mit Amtsträgern, so auch mit Dr. Kukies, zu den Themen, die ich genannt hatte. Wie oft wir im Detail in den letzten Jahren gesprochen haben, das kann ich Ihnen nicht genau sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber so einmal am Tag ist ja regelmäßig oder einmal im Jahr ist regelmäßig. Da gibt es ja eine weite Spanne, was jetzt Regelmäßigkeiten angeht. Vielleicht so ungefähr.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Wie gesagt: Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie viele Gespräche wir geführt haben oder Kollegen von mir mit Herrn Dr. Kukies geführt haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Haben Sie persönlich sich in den letzten zwei Jahren mehr als 20-mal getroffen oder telefoniert oder weniger als 20-mal?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, wie gesagt: Das kann ich Ihnen so im Detail nicht sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich frage mal anders. Ich kenne das Spielchen ja schon von dem Staatssekretär Schmidt. Der hatte mir auch nicht sagen können, ob er mit Herrn Scholz jetzt zweimal über Wirecard gesprochen hat oder hundertmal. Meine ich schon. Dafür kannte er sehr gut den Kalender von Herrn Kukies, was der minutlich gemacht hat. Deshalb: Aber es ist schon mehr als fünfmal in den letzten zwei Jahren, dass Sie mit Herrn Kukies sich ausgetauscht haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also, wie gesagt: Ich habe jetzt keine detaillierte Aufstellung, wie oft ich mit Herrn Dr. Kukies gesprochen habe. Ich kann, wie gesagt, nur feststellen, dass ein regelmäßiger Austausch stattfindet, aber nicht nur von mir, sondern auch von Kollegen. Er tauscht sich ja in seiner Funktion auch regelmäßig mit Marktteilnehmern aus. Davon würde ich ausgehen. Eine Kenntnis, eine spezifische Kenntnis zu einzelnen Treffen, wie häufig die stattgefunden ha-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ben, liegt mir jetzt nicht vor. Kann ich keine präzise Aussage machen, und ich möchte korrekte Aussagen machen und nicht spekulieren.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, ich hätte jetzt schon eine höhere Erwartung an Ihr Erinnerungsvermögen gehabt, dass Sie schon sagen können, ob Sie jemanden fünfmal treffen oder vielleicht zwanzigmal oder noch häufiger innerhalb der letzten zwei Jahre. - Wir haben so eine Mitteilung bekommen auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Schäffler seitens der Bundesregierung. Da wurde dann als Treffen mitgeteilt der 04.11.2019; der ist schon erwähnt worden. Aber ich habe jetzt mal aus dem Wort „regelmäßig“ geschlossen, dass es schon mehr als ein Treffen war.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, Sie haben ja, glaube ich, auch Aufstellungen vorliegen von den Treffen, die das Finanzministerium mit Marktteilnehmern, unter anderem auch mit Goldman Sachs, hat. Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Stimmt, aber Sie stehen da ja nur einmal drauf. Deshalb frage ich ja Sie, -

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - was Sie persönlich - - weil ich will ja Ihre Wahrnehmung wissen. Und Sie können ja sagen, ob Sie ihn mehr als einmal getroffen haben in den letzten zwei Jahren.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Die Frage ist - - Ja, also, wie gesagt: Es gab immer wieder Treffen mit Vertretern des Finanzministeriums und auch mit Dr. Kukies. Allerdings kann ich Ihnen nicht genau sagen, in welchem Zeitraum ich jetzt wie viele Treffen gehabt habe. Das ist - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Genau will ich gar nicht, mir reicht schon so eine Spanne. So zwischen eins und fünf oder zwischen sechs und zwanzig. Jetzt seien Sie doch nicht so -

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich möchte in meinen Angaben, Herr Abgeordneter - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - schweigsam.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich möchte in meinen Angaben präzise sein. Und das Treffen, das in unserer Aussprache vorhin erwähnt wurde, das hatte ich ja bestätigt, dass das stattgefunden hat, im November 2019. Und wie gesagt: Es gab regelmäßige Treffen. Vielleicht darf ich dazu auch noch mal ausführen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, wenn Sie konkret irgendeine Zahl oder ein Datum sagen können, ja. Aber bitte sagen Sie jetzt nicht zum dritten Mal, Sie möchten so präzise sein, dass Sie jetzt nicht sagen können: zwei, fünf oder zwanzig oder - - Es hilft ja nicht weiter jetzt, Ihre Ausführungen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Es tut mir leid, wenn ich nicht weiterhelfen kann. Allerdings wollte ich einfach den Zusammenhang auch noch mal erläutern: Insbesondere das Thema Brexit hat doch dazu geführt - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut, das haben wir schon verstanden.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Nein, aber wenn ich da- -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich muss ein bisschen auf die Uhr schauen, weil wir uns auch intern ein Limit gesetzt haben. Ich muss ein bisschen dann vorankommen. - Können Sie denn ausschließen - - Also, Sie haben ja gesagt, Sie können sich nicht erinnern. Aber können Sie es denn ausschließen, dass Sie mit Herrn Kukies jemals über Wirecard gesprochen haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Wie ich ja in meinem Eingangsstatement gesagt habe: Nach meinem besten Wissen kann ich mich nicht erinnern, dass ich mit ihm zu diesem Thema gesprochen habe.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Das war aber nicht meine Frage. Meine Frage war, ob Sie es ausschließen können.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich beantworte die Frage nach meinem besten Wissen. Nach meinem besten Wissen habe ich diese Gespräche nicht geführt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber ausschließen können Sie es nicht. Also, es ist ja schön, dass Sie eine Frage beantworten, die ich nicht gestellt habe; aber meine Frage ist ja: Können Sie es ausschließen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich kann nur sagen, dass ich mich nicht erinnern kann, mit ihm jemals darüber gesprochen zu haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. - Dann würde mich interessieren, ob das Thema Compliance bei Wirecard für Sie irgendwann mal eine Rolle gespielt hat, das Thema, dass kein Prüfungsausschuss da war, dass der Aufsichtsrat recht klein war, dass, ja, die Compliance-Struktur - - ob das für Sie irgendwann bei Goldman Sachs mal eine Rolle gespielt hat.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich darf das so beantworten: Wir haben im Rahmen unseres Investmentbankings über mögliche Mandate für Wirecard gesprochen. Und in der Beurteilung, dass wir nur nach einer umfassenden Klärung der im Raum stehenden Vorwürfe von Wirecard überhaupt andenken würden, solche Mandate anzunehmen, haben wir vor allem die öffentliche Berichterstattung zu Wirecard herangezogen. Die Governance-Strukturen bei Wirecard selber waren zum damaligen Zeitpunkt kein Thema, da die vorgeschalteten Fragen, nämlich die umfassenden Vorwürfe, die gerade die „Financial Times“ damals in Richtung Asien geäußert hat, der wesentliche Bezugspunkt waren für unsere Einschätzung, in keine Geschäftsbeziehung mit Wirecard zu treten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Im Untersuchungszeitraum: Welche Treffen haben denn da zwischen Ihnen - also, „Ihnen“ heißt Goldman Sachs - und Vorständen von Wirecard genau stattgefunden? Vielleicht sind da ja die Aufzeichnungen besser als gegenüber Herrn Kukies.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Letzte Frage.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, das möchte ich so beantworten: Meiner Erinnerung nach fanden mehrere Sondierungen möglicher Geschäftsbeziehungen mit Wirecard statt, auch von meiner Seite und auch mit Dr. Braun, dem Vorstandsvorsitzenden, und anderen Mitarbeitern von Wirecard, durch mich und durch meine Kollegen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das hatten Sie ja schon gesagt. Nur: Wann waren die? Mit wem waren die?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich möchte das so beantworten: In dem Zeitraum 2017 bis 2020 fanden Gespräche oder Kontakte statt. Ich persönlich erinnere mich an drei Treffen mit Dr. Braun in diesem Zeitraum 2017 bis 2020. Kollegen von mir hatten ebenfalls Austausch mit ihm oder anderen Mitarbeitern. Die Details zu deren Treffen oder Häufigkeit habe ich allerdings nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ich habe gar nicht mehr viel, dann würde ich hier noch - - Sie sind sehr genau. Sie sagen ja: Ich kann mich nicht - -

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Haben Sie nicht die  
Befragung begonnen, Herr  
Vorsitzender?)

- Ja. Ich darf als Vorsitzender eröffnen, dann kommt die CDU/CSU,

(Frank Schäffler (FDP):  
Aber nicht in der ersten  
Runde!)

und dann bin ich am Ende. Ja, es ist wenig Schlaf. Sie haben recht.

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Kein Problem!)

Tut mir leid, es ist einfach wenig Schlaf heute. - Gut, dann hat jetzt - wer möchte? Herr Schäffler oder Herr Toncar? - der Kollege Schäffler das Wort, bitte schön, für die FDP-Fraktion. - Sehen Sie es mir nach, Entschuldigung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Frank Schäffler (FDP):** Wie oft haben Sie sich mit Herrn Kukies getroffen, seit er Staatssekretär ist?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, wie ich bereits gesagt habe: Ich habe regelmäßigen Austausch mit Herrn Dr. Kukies -

**Frank Schäffler (FDP):** Nee, wie oft haben Sie ihn getroffen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** - und mit anderen Amtsträgern. Wie oft ich mich mit ihm persönlich getroffen habe, kann ich nicht präzise sagen.

**Frank Schäffler (FDP):** Haben Sie sich mehr als einmal mit ihm getroffen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Wie gesagt: Ich kann bestätigen, dass ich mich an dem Termin, am 11. - - oder im November 2019 mit ihm getroffen habe. Wie häufig ich mich, abgesehen von diesem Termin, mit ihm getroffen habe, weiß ich nicht mehr genau. Sie müssen ja auch berücksichtigen, dass Herr Dr. Kukies Gast bei vielen Veranstaltungen war. Das ist mir im Detail nicht mehr nachkonstruierbar, auf wie vielen Veranstaltungen zum Beispiel ich war, auf denen auch Herr Dr. Kukies zugegen war.

**Frank Schäffler (FDP):** Können Sie das denn nachreichen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich habe keine detaillierte Kenntnis darüber.

**Frank Schäffler (FDP):** Haben Sie keinen Terminkalender, wo man nachschauen kann, wo Sie waren, um das abzustimmen, wo Herr Kukies war?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich habe natürlich einen Terminkalender. Allerdings: Wenn ich eine Veranstaltung besuche, führe ich regelmäßig kein Buch darüber, wer alles an dieser Veranstaltung teilnimmt.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber das ist ja für uns schon relevant. Also, Sie reden sich ja ein bisschen raus. Sie sagen: „Es sind mehrere Gespräche gelaufen“, aber sagen nicht, ob es mehr als ein

Termin war. Herr Kukies behauptet, er hätte sich nur einmal mit Ihnen getroffen. Und Sie sagen jetzt gerade: „Es gibt mehrere Termine“ oder können es nicht ausschließen. Was ist denn jetzt richtig?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter - -

**Frank Schäffler (FDP):** Sagen Sie jetzt hier vor dem Untersuchungsausschuss, dass Sie sich nur einmal getroffen haben mit Herrn Kukies?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich habe nur gesagt, dass ich - das ist noch mal präzisierend - nicht genau sagen kann, wie häufig ich mich mit Herrn Dr. Kukies getroffen habe. Und ich habe darauf hingewiesen, dass Dr. Kukies bei vielen Veranstaltungen zu Gast war, bei denen ich möglicherweise auch eingeladen war, und ich ihn dort getroffen habe.

**Frank Schäffler (FDP):** Also haben Sie sich mehrmals mit ihm getroffen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Das kann ich im Detail nicht mehr nachvollziehen.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber es wird doch viele Veranstaltungen geben, wo Sie gemeinsame Einladungen gehabt haben. Waren Sie denn mal gemeinsam auf einem Podium bei einer Veranstaltung?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Auch das, Herr Abgeordneter, kann ich im Detail nicht mehr nachvollziehen. Ich bin regelmäßig bei Veranstaltungen und auch auf Podien eingeladen. Inwieweit Dr. Kukies bei einem dieser Podien, am gleichen Podium, bei der gleichen Veranstaltung, gewesen ist, daran kann ich mich jetzt nicht erinnern.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber, ich sage mal, Sie sind doch - - Das ist der Staatssekretär im Finanzministerium, Ihr ehemaliger Co-Sprecher. Das ist doch nicht besonders glaubwürdig.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich habe im Rahmen der Rolle als Co-Vorsitzender mit Herrn Kukies natürlich eine Menge Austausch mit ihm gehabt, als Kollegen im Vorstand.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Nachdem er im März 2018 Staatssekretär wurde, hat sich sein Aufgabenfeld verändert, und meine Aufgaben sind weiter diejenigen gewesen im Rahmen meiner Verantwortung von Goldman Sachs. Von daher sind wir, wenn ich das so sagen darf, unterschiedliche Wege gegangen.

**Frank Schäffler (FDP):** Wir leben jetzt in Zeiten der Pandemie. Da machen wir ja viele Videokonferenzen. Hatten Sie mit Herrn Kukies eine Videokonferenz in den vergangenen - - seit dieser Zeit, seitdem er Staatssekretär ist?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, das möchte ich so beantworten: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich eine Videokonferenz mit Herrn Dr. Kukies hatte.

**Frank Schäffler (FDP):** Tauschen Sie sich mit Herrn Kukies per SMS aus?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, ich kann mich nicht erinnern, dass ich mich mit Herrn Dr. Kukies per SMS ausgetauscht habe.

**Frank Schäffler (FDP):** Tauschen Sie sich mit Herrn Kukies per WhatsApp aus?

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann soll er doch kurz nachschauen, Frank! Soll er doch mal am Handy nachschauen unter „Kontaktpersonen“! Dann sehen Sie es doch schnell in den SMS, ob sie drin ist! Dauert 30 Sekunden!)

- Genau. Also, ich kann bei mir nachschauen. Wir unterbrechen auch gerne die Zeit.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, natürlich habe ich die Kontaktdaten von Herrn Dr. Kukies. Und natürlich weiß ich, wie ich mit ihm in Kontakt treten kann.

**Frank Schäffler (FDP):** Das war nicht die Frage, sondern die Frage ist: Tauschen Sie sich mit ihm aus, per SMS -

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich sagte schon - -

**Frank Schäffler (FDP):** - oder WhatsApp oder -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Telegram.

**Frank Schäffler (FDP):** - Telegram, weiß ich nicht, oder was es noch so gibt an Messengerdiensten?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja, also, wie gesagt: Ich habe seine Kontakte und auch seine Telefon- und seine Mobiltelefonnummern und kann nicht daher - -

**Frank Schäffler (FDP):** Sie haben vorhin gesagt, Sie tauschen sich regelmäßig mit ihm aus. Und die Frage ist: Wie tauschen Sie sich mit ihm aus?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja, dazu möchte ich sagen, dass ich mich mit ihm über Telefon austausche.

**Frank Schäffler (FDP):** Und Sie haben ihm noch nie eine SMS geschrieben, und er hat Ihnen auch noch nie eine SMS geschrieben.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Das habe ich, Herr Abgeordneter, so ja auch nicht gesagt, und das würde ich auch nicht ausschließen.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, das frage ich.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also, ich möchte dazu sagen, dass ich mich mit ihm austausche. Das kann verschiedene Kommunikationsmittel, wie Telefon, SMS und Messengerdienste, beinhalten.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, und wie oft war das?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Dazu möchte ich sagen, Herr Abgeordneter, dass ich mich daran präzise nicht erinnern kann, wie häufig das war.

**Frank Schäffler (FDP):** Können Sie das nachliefern? Das lässt sich ja nachschauen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich bin mir nicht sicher, dass ich das rekonstruieren kann, wie häufig ich mich mit Herrn Dr. Kukies im Detail austausche.

**Frank Schäffler (FDP):** Gut. - Hatten Sie jemals Kontakt mit Jan Marsalek?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter - -

(Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die Zeit kurz stoppen. Ist das ein Geschäftsordnungsantrag? Sozusagen? - Bitte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wenn der Kollege Schäffler seine Ausführungen beendet hat, dann beantrage ich hier kurze Sitzungsunterbrechung, damit wir uns auch kurz über Beweisbeschlüsse und Ähnliches unterhalten können.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dem stimme ich so zu. Gibt es da Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann tun wir das so - Und - war ein bisschen auch verloren gegangen - Herr Kollege Schäffler hat noch mal das Wort.

**Frank Schäffler (FDP):** Vielleicht ganz kurz: Hatten Sie jemals Kontakt zu Jan Marsalek?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, es ist mir nicht einfallen, dass ich Herrn Marsalek je kennengelernt hatte oder Kontakt gehabt hatte.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay, vielen Dank. \*

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann, gemäß unserem Beschluss, unterbreche ich kurz die Sitzung. Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, bitte dann den Zeugen, mit Frau Livonius kurz den Saal zu verlassen, damit wir uns beraten können.

(Unterbrechung des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung,  
Öffentlich: 12.44 Uhr -  
Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung,  
Öffentlich: 13.02 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Dr. Wolfgang Fink**

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann begrüße ich noch mal Dr. Fink und Frau Dr. Livonius. - Wir haben uns jetzt beraten. Deswegen möchte ich Ihnen und dem Rechtsbeistand mitteilen, dass wir gemäß § 29 PUAG hier beschlossen haben, Beweismittelanträge zu stellen, die gegen Sie persönlich, aber auch gegen Goldman Sachs, also Ihren Arbeitgeber, gehen werden, auf Sicherung und Herausgabe sämtlicher Kalendereinträge im fraglichen Untersuchungszeitraum Ihres E-Mailverkehrs, etwaiger Messengerdienste oder Telefonate bezüglich des Kollegen Kukies. Wir haben die Erwartungshaltung als Ausschuss, dass entsprechend - das ließe sich ja dann feststellen - keine Löschungen oder etwaige Kürzungen, Streichungen jetzt noch vorgenommen werden.

Wir haben Ihnen das verkündet. Wir werden baldmöglichst diesen Beweismittelantrag stellen, und Sie werden ihn dann erhalten.

Gut. Dann fahren wir fort in der Sitzung, und das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion, an Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Nach dem Vorlauf hätte ich beinahe gefragt: „Kennen Sie eigentlich Jörg Kukies?“, aber ich möchte in eine andere Richtung gehen. Könnten Sie noch mal erläutern oder uns mal erläutern: Sie haben - - Also, erste Frage wäre: Hat Goldman eigentlich einen wirtschaftlichen Schaden erlitten durch die Insolvenz?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Dr. Zimmermann, die Frage würde ich so beantworten: Wie ich ja schon sagte, hatten wir eine doch sehr eingeschränkte Geschäftsbeziehung zu Wirecard. Und wenn ich für den Bereich „Investmentbanking, Beratung, Finanzierung“ - - Nachdem es dort, wie ich ja eingangs ausgeführt hatte, zu keinem Klienten- oder Mandantenverhältnis kam, hatten wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dort auch kein Engagement im Finanzierungs- oder Beratungsbereich. Von daher sind dort keine Gewinne oder Verluste entstanden.

Im Hinblick auf unsere Handelsaktivitäten kann ich nur feststellen, dass wir, wie ich ja schon sagte, sehr aktiv im Handel als einer der großen europäischen Aktienhändler in Wirecard waren. Inwieweit dort in den entsprechenden Positionen jetzt Gewinne oder Verluste entstanden sind, die wir für unsere Klienten abgewickelt haben, kann ich im Einzelnen nicht beurteilen, weil ich in diesem Geschäft keine Rolle oder Funktion habe.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm. - Was mich genau in sozusagen diesem Bereich noch mal interessieren würde, weil Sie ja Aktien, Finanzprodukte in den eigenen Büchern hatten - das haben Sie ja schon erläutert, was auch die entsprechenden Meldungen ausgelöst hat -: Wie wirkte, weil das war ja sehr volatil - - Wie wirkt sich das eigentlich auf die Frage „Besetzung des Aufsichtsrates“ aus?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Dr. Zimmermann, dürfte ich noch mal den Zusammenhang der Frage verstehen?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na, die Frage sozusagen, wenn Sie - - Es ist wirklich auch - - Ich bin zwar Kaufmann, aber das ist mir in dem Bereich nicht so bewusst. Sie haben mitunter einen erheblichen Anteil an Stimmrechten auf Ihren Büchern gehabt, und ich habe mich einfach nur gefragt: Löste das bei Ihnen die Möglichkeit aus, bzw. wurde auch vielleicht von Wirecard auf Sie zugegangen, was die Besetzung des Aufsichtsrates angeht?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, der Handel in Wirecard-Aktien und in Instrumenten erfolgt, wie ich erläutert hatte, für Kunden, für institutionelle Kunden, die eben entsprechende Positionen über uns umsetzen. Aus dieser Tätigkeit besteht keine Geschäftsbeziehung oder Beziehung mit dem Unternehmen selbst. Insofern findet dieser Handel unabhängig von dem Unternehmen bzw. seiner Governance und anderen Regelungen statt. Daher kann ich mir auch nicht vorstellen, dass es in diesem Zusammenhang

Kontakte gab, oder mir ist nicht bekannt, dass da irgendwelcher, wie Sie es ausgedrückt haben, Druck oder ähnliche Vorkommnisse passiert sind.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Dann würde ich Ihnen kurz eine E-Mail vorlegen. Die ist vom 19. Januar 2020; die wurde von Markus Braun an einen Herrn Martin Chávez - - Marty.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Kennen Sie Marty?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Dürfte ich mir kurz die E-Mail durchlesen?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, dürfen Sie, dürfen Sie.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Danke schön.

(Der Zeuge liest in den  
vorgelegten Unterlagen)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, ich kann das ja sozusagen für alle anderen kurz mal erläutern, was wir hier vorliegen haben. Da haben wir eine Mail, und da steht dann drin:

Wie besprochen ist Marty

- und das ist eben Herr Martin Chávez -

bereit, Vice Chairman (also Vize AR) bei wirecard zu werden, vorausgesetzt KPMG-Prüfung findet keine negativen Themen.

Er bräuchte jetzt ein kurzes Termsheet ..., damit er etwas Formales in der Hand hat ...

Hier mal grob die Eckpunkte, wie ich sie sehe:

- Position: Vice Chairman of the Supervisory Board

Das ist - - Der zweite Teil ist schön:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- Renumeration: in total EUR 2,5m/year, split between Supervisory Board remuneration and consultancy ...

Ja, dann geht es noch so ein bisschen weiter. - Darum geht es. Also, es geht um die Besetzung des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bei der Wirecard. Und ich frage Sie deshalb - also, jetzt haben Sie es gelesen -: Sie kennen Herrn Martin Chávez?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Marty Chávez oder Martin Chávez hat bei uns, in unserer New Yorker Gesellschaft, verschiedene Positionen bekleidet.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, also, er war Mitarbeiter der Firma Goldman und Sachs.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Das ist richtig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut. Und aus irgendeinem Grund ist offenbar Anfang 2020 oder vielleicht auch davor - das weiß man jetzt nicht so genau - Markus Braun auf die Idee gekommen, ihn zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Wirecard zu machen. Sie verstehen, dass wir uns deshalb fragen, wie es dazu kommt. Haben Sie da irgendeine Kenntnis?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also, Herr Dr. Zimmermann, wie ich gesagt habe: Martin Chávez hatte bei uns in New York Funktionen bekleidet. Ich will nur anfügen, dass diese E-Mail von einem gewissen Herrn Christian Angermayer kommt, der ja hier offensichtlich mit Herrn Braun darüber korrespondiert, dass ein Herr Chavez bei ihm Vice Chairman, also Vize-AR, werden sollte. Mir ist diese Kommunikation zwischen diesem Herrn Angermayer und Herrn Braun nicht bekannt. Mir ist auch die potenzielle Kommunikation zwischen einem Herrn Angermayer und einem Herrn Chávez, wie sie hier erwähnt wird - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Entschuldigung, so viel Zeit habe ich jetzt auch nicht. Das ist ja gerade der Clou, dass Sie das nicht wissen und ich es weiß. Deswegen frage ich Sie ja danach.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Und - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich wollte gerade ausführen, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** - dass die mir nicht bekannt ist.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist mir klar, dass Ihnen das nicht bekannt ist. Aber sozusagen - - Ich frage Sie: Hat es Auswirkungen, dass sie, sage ich mal, für Kunden viel Wirecard abgewickelt hat, auf Besetzung des Aufsichtsrates? Sie sagen: Nein, das können Sie sich nicht vorstellen. Ich lege Ihnen eine E-Mail vor, wo drüber verhandelt wird, dass ein Mitarbeiter von Goldman Vize-Aufsichtsrat werden soll. Das ist mal sozusagen der Bogen, den ich gerade spanne. Und jetzt wüsste ich einfach gerne, ob Ihnen dazu irgendwas bekannt ist, ob Sie wissen, ob Herr Chávez irgendwie mit Wirecard näher betraut war. Ich wüsste einfach gerne, ob Sie sozusagen in dieser Konstellation uns was sagen können.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also, wie gesagt, wie ich erwähnt hatte: Dieser Vorgang ist mir nicht bekannt. Und ich kann dazu nur grundsätzlich sagen, dass Mitarbeiter unseres Hauses immer wieder gefragt werden, ob sie Rollen in Unternehmen, in Aufsichtsräten übernehmen. Ich kann aber auch klar und einschränkend sagen, dass wir sehr klare interne Vorgaben haben, ob überhaupt und, wenn, unter welchen Bedingungen wir in solchen Gremien tätig werden dürfen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, ich sage mal so: Sie haben ja Glück gehabt. Er ist es nicht geworden, und deswegen können Sie natürlich sagen: „Ja, alles Spekulation“ usw. Aber trotzdem überrascht es mich jetzt, weil irgendwie scheint er es ja in Erwägung gezogen zu haben. Und das widerspricht auch so ein klein wenig dem, was Sie davor gesagt haben, dass es da keinen Kontakt gab. Aber sozusagen: Er sitzt in New York,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie sind in Deutschland. Ich werte das mal im Zweifel dann doch in Ihrem Sinne.

Ich habe noch mal eine andere Frage. Hatten Sie mit anderen Shareholdern der Wirecard Kontakt, vielleicht irgendwo bei irgendwelchen Roadshows, bei irgendwelchen Beratungen, was auch immer?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Wie gesagt: Der Kontakt mit unseren institutionellen Investoren findet vor allem - nur zur Einordnung - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, nein, nein. Nee, aber sozusagen - - Es tut - - Also, es ist wirklich - - Es ist unhöflich, aber es tut mir leid. Meine Uhr läuft runter, und ich lasse Sie jetzt sozusagen meine Uhr nicht runterspielen. Deswegen die Frage ganz konkret: Hatten Sie in Sachen Wirecard Kontakt mit BlackRock und vielleicht auch mit dem ehemaligen Beschäftigten bei BlackRock, mit Herrn Friedrich Merz?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Dr. Zimmermann, um das klar zu beantworten: Ich habe nach meiner Erinnerung keinen Kontakt zum Thema Wirecard mit BlackRock oder keinen Kontakt mit dem ehemaligen Beschäftigten, den Sie erwähnen - ich nehme an, Sie formulieren das im Hinblick auf Herrn Dr. Merz -, zum Thema Wirecard gehabt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, es ist ja sozusagen - - Ich sage mal so: BlackRock hatte einen nicht unerheblichen Anteil, und Herr Merz war in leitender Funktion dort tätig. Und deswegen finde ich es jetzt nicht so unplausibel, dass sozusagen Sie da möglicherweise mal aufeinandergetroffen sind. - Dann würde ich jetzt noch mal an meine Kollegin Cansel Kiziltepe abgeben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank. - Ich finde das sehr ungewöhnlich, dass Sie sich in Ihrer Branche nicht treffen. Also, Sie treffen Herrn Kukies nicht, Sie treffen andere institutionelle Anleger nicht. Es ist ein bisschen merkwürdig.

Auf jeden Fall habe ich drei Fragen an Sie. Meine erste Frage lautet: Ich musste mir heute Morgen erst mal die Augen reiben - ich habe nur drei

Stunden geschlafen -, aber teilen Sie sich öfters den Rechtsbeistand mit der Deutschen Bank? - Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Können Sie mir sagen, ob Markus Braun, Marsalek oder andere Wirecard-Manager oder -Aufsichtsräte Kunde von Goldman Sachs sind? Dann wollte ich noch mal wissen: Hat das Leerverkaufsverbot Goldman Sachs oder den Handelspositionen eher genützt oder geschadet?

Und meine letzte Frage ist: Haben Sie Herrn Guttenberg in der Zeit getroffen zu Wirecard? Weil Herr Guttenberg ja auch den Artikel in der „FAZ“ zum Leerverkaufsverbot geschrieben hat. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja, vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Wenn ich das kurz beantworten darf:

Erstens - das möchte ich nur klarstellen - habe ich nicht gesagt, dass ich Herrn Kukies nicht getroffen habe.

Zweitens - und die Frage hat sich ja auf meinen Rechtsbeistand bezogen -: Ich habe meinen Rechtsbeistand ausgewählt, und ich weiß, dass mein Rechtsbeistand von Berufs wegen zur Verschwiegenheit verpflichtet ist. Die Tatsache, dass mein Rechtsbeistand für die Deutsche Bank oder für Herrn Sewing arbeitet, habe ich vor zwei Tagen erfahren.

Ihr weiterer Punkt war - - Wenn ich da noch mal kurz nachfragen dürfte.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ob Kunde - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Entschuldigung, die Kundschaft, ja, genau. Also, wenn ich da noch mal sagen darf: Herr Dr. Braun oder Wirecard sind nicht Kunden von Goldman Sachs geworden. Wie ich ja auch ausgeführt hatte, ist Herr Dr. Braun nicht Kunde unseres Vermögensverwaltungsbereichs geworden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Als Privatperson, meine ich, ne?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Genau, Frau Abgeordnete. Das war auch, worauf ich rauswollte. Also, Dr. Braun oder seine Familienmitglieder als Kunden unseres privaten Vermögensverwaltungs-bereichs - - Der ist nicht - - oder seine Familie sind nicht Kunden bei uns geworden. Zum Leerverkaufsverbot - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kiziltepe hatte auch nach Herrn Marsalek und anderen Aufsichtsratsmitgliedern der Wirecard AG gefragt.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja, vielen Dank. - Also, auch meines Wissens nach sind keine Mitarbeiter von Wirecard Kunden unseres privaten Vermögensverwaltungs-bereichs geworden.

Die Frage zum Leerverkaufsverbot: Wie ich schon ausgeführt hatte, ist das natürlich ein Eingriff in das Marktgeschehen und beeinträchtigt den Handel unserer institutionellen Investoren in verschiedenster Weise. Wie konkret das Verbot des Aufbaus oder des Erhöehens bestehender Leerverkaufspositionen bei unseren institutionellen Anlegern Veränderungen, nachteilige Veränderungen in deren Portfolien oder Investment hervorgerufen hat, kann ich aus meiner Warte nicht beurteilen.

Ja, und dann hatten Sie noch die Frage zu Herrn zu Guttenberg. Also, ich habe mich meiner Erinnerung nach nicht mit Herrn zu Guttenberg getroffen oder zu Wirecard spezifisch ausgetauscht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, dann bedanke ich mich. - Dann wäre jetzt Kollege De Masi für die Fraktion Die Linke an der Reihe, oder? - Nee, ich hatte Herrn Schäffler, und nach Herrn Schäffler hatte ich Herrn Zimmermann, und dann müsste es jetzt Herr De Masi sein, weil wir waren - -

(Dr. Danyal Bayaz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, so ist es!)

- Okay. - Bitte schön, Kollege De Masi.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Herr Fink, so eine Aufregung noch mal zum Wochenende, das ist ja - - Na ja, gut. Herr Fink, können Sie denn sagen, wie viel Goldman mit den Trades rund um Wirecard verdient hat? Es heißt so am Markt, Sie hätten sich da eine richtig goldene Nase verdient, vor allem auch mit Geschäften, die sich auf Leerverkäufe bezogen. Können Sie dazu Angaben machen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter De Masi, die spezifischen Handelspositionen, die wir für Kunden haben, und die daraus resultierenden Gewinne oder Verluste sind mir im Detail nicht bekannt. Ich hatte ja ausgeführt, dass der Handel mit - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Könnten Sie das für uns aufbereiten lassen? Wäre das möglich? Das wäre „terrific“, wie man in Großbritannien sagt.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Wie gesagt: Unser Handelsgeschäft ist eines der größten Handelsgeschäfte in Europa. Es handelt mit Tausenden von Produkten und Einzelwerten. Inwieweit sie für eine einzelne Aktie die tagesaktuellen Gewinne oder Verluste unseres Handelsbuchs ermitteln können, das weiß ich nicht. Ich möchte aber noch mal betonen - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ich bin überzeugt - ich habe immer gehört, Sie haben die besten Leute und Sie verstehen Ihr Geschäft sehr genau -, dass Sie das können. Sie können es mal ausprobieren und sich da entsprechende Informationen einholen.

Dann würde ich gerne fortfahren. Gab es nach Ihrer Kenntnis irgendeine Trades, die in Zusammenhang mit Dividenden-Stripping stehen könnten, die sich auf Wirecard bezogen, also auffällige Handelsmuster rund um den Dividendenstichtag?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also, ich darf vielleicht da auch noch vorausschicken: Diese Handelsabteilung und die Handelsbücher liegen bei unserer Tochter in UK - die unterliegen auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem angelsächsischen, also dem Recht des Vereinigten Königreichs - und in den USA - - und damit dem Recht der Vereinigten Staaten. Was jetzt die von Ihnen angesprochenen Muster betrifft, so sind mir im Hinblick auf Wirecard nicht - - ist mir nicht bekannt, dass wir in gewisse Dividenden- - Dividenden-Stripping und anderen Transaktionen involviert sind. Das Detail habe ich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie haben vorhin, wenn ich das richtig verstanden habe, Einlagenkonten erwähnt -

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - von zwei im UK angesiedelten Institutionen. Könnten Sie uns kurz sagen, welche das sind?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja, Herr Abgeordneter, das möchte ich gerne tun. Das waren zwei Gesellschaften, die bei unserer Banktochter im Vereinigten Königreich, Goldman Sachs International Bank, Einlagenkonten hatten und dort Depositen - ich sage mal untechnisch: Festgelder - deponiert hatten. Die Töchter waren erstens die Wirecard Bank AG und zweitens die Wirecard Card Solutions Limited. Diese Konten wurden im Jahr 2017, 2018 eröffnet und sind im Jahr 2020 und der Abstimmung mit dem englischen oder dem britischen Regulator Financial Contact Authority geschlossen worden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weil diese UK - - die Card Limited, die hat ja auch für sehr schlechte Schlagzeilen gesorgt. Da gab es wohl auch Bedenken der Aufsichtsbehörden entsprechend, oder?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Unser Geschäft war kein Zahlungsverkehrsgeschäft, sondern ein Einlagengeschäft, bei dem der Einleger einen Geldbetrag für eine zeitlich limitierte Periode festlegt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber den Aufsichtsbehörden war das ein Anliegen, den britischen. Verstehe ich Sie richtig?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich habe den Sachverhalt über unsere internen Berichte kennengelernt.

Inwieweit es Austausch mit der britischen Behörde zum Thema Wirecard Card Solutions gab zwischen Goldman Sachs, darüber habe ich keine detaillierte Kenntnis.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Dann würde ich Sie gerne noch mal fragen: Waren Sie jemals in der Prinzregentenstraße 61? Da steht eine Villa, die Herrn Marsalek zugeordnet wird. Ich meine nicht das „P1“ - das hat hier auch schon öfters eine Rolle gespielt; das interessiert mich nicht -, aber diese Villa.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, nach meinem besten Wissen war ich nicht in der Prinzregentenstraße 61. Es ist mir auch nicht wirklich bekannt, was in der Prinzregentenstraße 61 steht oder nicht steht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Da steht die Villa, die Herrn Marsalek zugeordnet wird. Deswegen vielleicht - - falls das die Erinnerung beflügelt. Ansonsten: Waren Sie schon mal im Hotel am Tegernsee und sind dort auf Herrn Braun getroffen womöglich?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Auch die Frage, Herr Dr. De Masi - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Kein Doktor, das ist nicht nötig. Das mit den Dokortiteln in der Politik, das endet meistens schlecht.

(Heiterkeit)

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr De Masi, auch diese Frage: Nach bestem Wissen: Ich war nicht in einem Hotel am Tegernsee. Ehrlicherweise ist mir auch nicht klar, wo das stehen sollte oder wie das heißt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, das reicht. Das war auch nur einen Versuch wert. - Ich habe zwei Masterabschlüsse, aber die sind nach bestem Wissen und Gewissen sozusagen erworben worden.

Ansonsten wollte ich Sie nur noch fragen, ob Sie auch zu der Frequenz der Treffen mit Herrn



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kukies, vielleicht auch angeregt durch den Beweisbeschluss, uns da noch irgendetwas mitteilen wollen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Nein, ich hatte - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ist Ihre Erinnerung besser geworden in der Pause, zum Beispiel?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich hatte ja bereits ausgeführt: Ich habe regelmäßigeren Austausch mit Herrn Dr. Kukies. Ich habe auch klar gesagt, dass ich keinen Austausch nach meiner Erinnerung mit Dr. Kukies zum Themenkomplex Wirecard hatte. Ich habe nur gesagt, dass ich mich an die Frequenz der übrigen Gespräche mit Herrn Kukies nicht genau erinnern kann. Und vielleicht darf ich dazu sagen: Ich versuche, vor diesem Ausschuss korrekte, saubere Aussagen zu machen. Und deswegen möchte ich hier nicht über die Frequenz spekulieren.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Meine Zeit ist um.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Hallo, Herr Dr. Fink! - Ja, das hat deswegen Irritationen hervorgerufen - - nicht dass Sie den Eindruck haben, wir sind unhöflich, weil wir Sie dann herauskomplementiert haben und dann wieder zurückgerufen haben, sondern es ging ja nicht nur um die Frequenz, sondern es ging ja um eine - ich sage das jetzt mal ein bisschen flapsig - banale Frage, ob man denn per SMS kommuniziert oder nicht. Ich mache das beispielsweise mit Herrn Kukies ab und zu mal, zumindest vor der Zeit des Untersuchungsausschusses, und erinnere mich da. Ich erinnere mich nicht an jede einzelne SMS. Und diese einfache Frage, die hat uns halt irgendwie gewundert. Mit jemandem, mit dem man ja vier Jahre auch als Chef zusammengearbeitet hat - - So, deswegen hat das eher Fragezeichen und Skepsis hier hervorgerufen. Und deswegen wollen wir natürlich dann auch auf schriftliche Beweisangebote noch einmal verweisen. Das war einfach

nur der Hintergrund der Geschichte, und deswegen weiß ich nicht, ob Sie sich und Herrn Kukies an der Stelle einen Gefallen getan haben.

Haben Sie sich denn mal mit ihm - denn das stand - - das hat der Herr Sewing uns erzählt - - Herr Zielke hat uns das erzählt, entschuldigen Sie - über die Technologiekomponente bei Wirecard oder das technologische Geschäftsmodell unterhalten - über welchen Kanal und zu welchem Zeitpunkt auch immer? Einfach zu dem Thema würde ich gerne mal eine Auskunft erfragen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also, Herr Dr. Bayaz, wie ich schon sagte: Ich hatte mich zum Themenkomplex Wirecard mit Herrn Dr. Kukies und anderen Amtsträgern nicht ausgetauscht. Das beinhaltet technologische oder andere Fragen, die diesen Themenkomplex Wirecard betreffen. Und, wie gesagt, ich hatte auch gesagt, dass ich mich mit Herrn Dr. Kukies austausche, dass ich verschiedene Kommunikationskanäle habe. Und wie gesagt: Ich wollte mich nur präzise nicht zur Frequenz äußern.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, das hatten Sie ja eben schon gesagt. - Sagt Ihnen das „Project Panther“ etwas?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, das „Project Panther“ sagt mir nichts.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da geht es um eine Überlegung der Übernahme oder der Fusion mit der Deutschen Bank durch Wirecard, weil Sie auch im M & A-Geschäft sind. Gab es irgendwann mal Dealüberlegungen - vergessen wir auch mal die Deutsche Bank für einen Moment -, wo Wirecard eine Rolle gespielt hatte, Fusion, Übernahme, M & A-Geschäft im weiteren Sinne, an das Sie sich erinnern, wo Sie - - Sie sagen ja, Sie hatten noch kein Mandat, aber man pitcht ja oder bringt auch Ideen, oder Wirecard kommt auf einen zu mit Ideen. Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Herr Abgeordneter, also spezifisch zu dem von Ihnen erwähnten Pro-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jekt kann ich nichts sagen. Das ist mir nicht bekannt. Aber Sie haben das M & A-Geschäft angesprochen: Das ist natürlich ein Geschäft, in dem wir aktiv sind.

Wenn ich das jetzt auf Wirecard beziehe und unsere Sondierungsgespräche mit Wirecard zu potenziellen M & A-Transaktionen, möchte ich zwei Bemerkungen machen. Die erste ist: Grundsätzlich, im Rahmen unseres Sondierungsdialogs, treten wir immer wieder an Klienten zu potenziellen Erwerbsmöglichkeiten heran. Wir haben ein international aktives Netzwerk von Bankern, die im Bereich „Technologie“ tätig sind, und da kann es sehr gut vorkommen, dass beispielsweise ein Klient von uns, internationaler Klient in den USA oder anderswo, ein Geschäft verkauft und wir dann sondieren in der Branche: Wer könnte Interesse haben? In diesem - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, abstrakt ist mir das klar, - ich habe übrigens als Student bei Ihnen in der Bank mal gejobbt im, weiß ich nicht, 58. Stockwerk, glaube ich, im Messeturm, wenn Sie da noch sitzen -; das ist mir geläufig. Aber konkret zu der Thematik hatte ich Sie ja gefragt.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ja, aber da wollte ich dann, wenn Sie mir das erlauben, nur kurz sagen: Da gab es immer wieder Kontakte zwischen meinen Kollegen im Investmentbanking und der Wirecard AG zu potenziellen Übernahmen von kleineren Zahlungsdienstleistern beispielsweise. Mir ist nicht bekannt, dass daraus irgendeine Transaktion entstanden ist. Das hatte ich ja auch eingangs erwähnt.

Und im Zweiten, um vielleicht da auch ein konkretes Beispiel zu nennen, das mir persönlich bekannt ist: Wie Sie vielleicht wissen, hat sich die Softbank, eine internationale Unternehmensgruppe, -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** - an der Wirecard AG beteiligt. Und meiner Erinnerung nach haben im

Vorfeld Gespräche zu potenziellen Beratungsaufträgen für die Wirecard AG stattgefunden.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann war das ungefähr? Ungefähr.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Das ist meiner Erinnerung nach im zweiten Quartal 2019 gewesen. Goldman Sachs bzw. unsere Investmentbanking-Abteilung hat dann eben nach interner Prüfung entschieden, kein Mandat für Wirecard in diesem Zusammenhang zu übernehmen. Die Gründe für diese Entscheidung habe ich ja ausgeführt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, zu dem Thema - - Das muss ich in den nächsten Block schieben, weil ich glaube, da müssen wir auch noch mal ein bisschen tiefer einsteigen.

Ich wollte Sie mal vielleicht grundsätzlich fragen: Der Brexit, der jetzt auch hinter uns liegt, hat ja durchaus auch zu Veränderungen in der Bankenlandschaft geführt. Auch Sie haben ja eine Strategie, dass Sie sich da auch stärker wieder auf Kontinentaleuropa fokussieren. Hat die Rolle des Finanzplatzes Deutschland - - Vielleicht stelle ich die Frage so: Hat das sozusagen bei der Verlagerung auch von Geschäften eine Rolle gespielt mit Blick auf Wirecard, dass man gesagt hat: „Da ist jetzt so ein neuer Technologie-Fintech-Champion“, dass vielleicht auch der Finanzplatz Deutschland eine ganz bewusste Anlaufstelle für Sie geworden ist?

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Also - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Auch mal unabhängig vom Brexit jetzt, ja, aber vielleicht auch in dem Kontext.

**Zeuge Dr. Wolfgang Fink:** Ich kann dazu Folgendes sagen, Herr Abgeordneter: Die Diskussion zu Deutschland und dem Finanzplatz Deutschland war natürlich eine sehr intensive und ist eine sehr intensive in den Häusern, insbesondere als es darum geht, festzulegen, wo als Konsequenz des Brexits Kapazitäten aufgebaut werden oder werden sollten, damals. Wir haben unsere Kapazität in Europa massiv aufgestockt. Wir haben über 300 Mitarbeiter jetzt in Frankfurt, und diese



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Überlegungen, Standortüberlegungen, haben natürlich eine Rolle gespielt.

Allerdings hat das Thema Wirecard oder Fintech-Standort Deutschland bei diesen Überlegungen keine entscheidende Rolle gespielt, sondern vielmehr regulatorische und andere Themen, die bei diesen Überlegungen entscheidend waren. Also, insofern kann ich den Zusammenhang nicht nachvollziehen oder bestätigen. Aber wie ich schon sagte: Natürlich, das Thema Brexit hat uns in unseren internen und externen Gesprächen in den letzten Jahren extremst beschäftigt und natürlich auch die Frage „Frankfurt, Paris, andere Standorte versus London“.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ich danke Ihnen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann bedanke ich mich zunächst. - Ich habe keine Fragen mehr, habe auch anzukündigen: Dankenswerterweise hat der Stenografische Dienst ein bisschen länger gemacht; aber er wird in der nächsten Runde, sofern wir eine haben, dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir haben dann auch keinen Stenografen mehr. - Das nur als Ankündigung.

Wie gesagt, ich habe keine Fragen mehr, und mache auch darauf aufmerksam, dass wir noch eine eingestufte Sitzung gleich haben, und gucke jetzt erst mal zu den Kollegen der CDU/CSU. - Nein. Ich, wie gesagt, hatte eben keine, habe jetzt auch keine mehr. - Dann schaue ich zu den Kollegen der SPD. - Nein. - Dr. Toncar, bitte schön.

(Schluss der stenografischen Protokollierung:  
13.35 Uhr)

## Anlage 1

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Klaus Michalak

**Persönlich/Vertraulich**

Deutscher Bundestag  
3. Untersuchungsausschuss  
z.Hd. des Vorsitzenden Herrn Kay Gottschalk, MdB

Frankfurt am Main, 02. Februar 2021

**Meine Vernehmung als Zeuge am 15. Januar 2021**

Sehr geehrter Herr Gottschalk,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug nehmend auf das Schreiben des Sekretariats PA 30 vom 22. Januar 2021 kann ich Ihnen bereits vorab zu den dort formulierten Nachlieferungswünschen der Ausschussmitglieder unter Bezugnahme auf meine Erinnerung und die mir zur Verfügung stehenden Informationen und Unterlagen die nachstehenden Antworten zur Verfügung stellen. Die Seitenangaben beziehen sich auf das bereits übersandte Vorläufige Stenografische Protokoll 19/17.

**Frage von Herrn Hauer (Seite 21):**

*„[...] die Meldungen [...] besagten, dass die Umsätze sich zwischen 20 und 2.000 EURO sich bewegt haben und in einem Fall auch bis zu 7.000 EURO. Ist das so auch zutreffend?“*

**Antwort:**

Dies ist zutreffend. Im Zeitraum der Restricted-List Setzung wurden Umsätze in dieser Größenordnung getätigt.

**Frage von Herrn Hauer (Seite 21):**

*„[...] -- Wie viele Mitarbeiter waren das? Sieben? Oder --“*

**Antwort:**

Die zwischenzeitlich abgeschlossenen internen Untersuchungen der IPEX haben ergeben, dass es sich um insgesamt zwölf Mitarbeiter\*innen gehandelt hat.

**Frage von Herrn Schäffler (Seite 45):**

*„[...] Seit wann gibt es dieses Zweitschriftverfahren?“*

**Antwort:**

Das Zweitschriftenverfahren gibt es seit Ausgründung der IPEX Anfang 2008.

**Frage von Herrn Vorsitzenden Gottschalk (Seite 39):**

*„[...] Zu welcher Uhrzeit - [...] - haben Sie den Aufsichtsrat informiert, dass jetzt wohl Schwierigkeiten bei Wirecard anstehen?“*

**Antwort:**

Die erste Information des Aufsichtsrates erfolgte am 19.06.2020 um 14.30 Uhr.

Ich werde Ihnen gegebenenfalls weitere Anmerkungen und Ergänzungen zum Stenografischen Protokoll nach Erhalt und Durchsicht des vollständigen Vorläufigen Stenografischen Protokolls zukommen lassen.

Selbstverständlich stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung sollten Sie Fragen oder Anmerkungen haben.

Mit freundlichen Grüßen





Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 17. Sitzung  
- vorläufige Fassung\* -

**3. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 15. Januar 2021, 8.30 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

<b>Einzigiger Punkt der Tagesordnung</b>	<b>Seite</b>
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
<b>Klaus Michalak</b> (Beweisbeschluss Z-59)	<b>8</b>
<b>Dr. Wolfgang Fink</b> (Beweisbeschluss Z-64)	<b>52</b>

\* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann dem endgültigen Protokoll beigelegt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirtschaft. Wir reichen Finanzierungen heraus, insbesondere dort, wo wir deutsche und europäische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Produkte respektive ihre Leistungen in den Markt zu bringen.

Typische Beispiele dafür sind Projekte der Energiewende, beispielsweise Onshore- und Offshorewindparks; auch Neuzusagen im Projekt zur Digitalisierung, beispielsweise Glasfasernetzausbau, Breitbandnetzausbau oder Mobilfunknetzausbau; öffentlicher Personennahverkehr sowie Bau von Rechenzentren <sup>im Jahr</sup> 2020 - große Schwerpunkte für uns.

In diesem Zusammenhang sagt die IPEX Kreditzusagen im Rahmen von 15 bis 20 Milliarden zu. Das hängt immer von der Kreditnachfrage unserer Kunden ab, und die wiederum wird natürlich auch beeinflusst durch konjunkturelle Zyklen. Im letzten Jahr waren es 16 Milliarden Euro.

Der größte Anteil wird dabei abgedeckt von „Energie und Umwelt“. Das waren im letzten Jahr 20 Prozent, zum Beispiel Windparks; hatte ich eben schon erwähnt. Ein weiteres großes Feld sind die Geschäftssparten „Infrastruktur“ und „Industrie und Services“, die zusammen zum Beispiel auch die Digitalisierungsprojekte unterstützen. Die haben zusammen im letzten Jahr 25 Prozent ausgemacht.

Vor allem erbringen wir auch im Rahmen des Konzernverbands bestimmte Leistungen für die KfW. Zum Beispiel wickeln wir mit unserem Know-how bestimmte Geschäfte für die KfW ab.

Produktmäßig sind wir auf die Vergabe von Krediten fokussiert. Dienstleistungen wie zum Beispiel Beratung für Fusionen oder Akquisitionen, andere Investmentbankprodukte oder auch Zahlungsverkehr bieten wir unseren Kunden als Dienstleistung nicht an. In unserem Portfolio an Kreditprodukten bieten wir unter anderem Projektfinanzierung, Objektfinanzierung, Corporate-Finanzierung, also Unternehmensfinanzierung an.

Die Trennung zwischen KfW einerseits und IPEX andererseits prägt sich auch dadurch aus, dass

Kreditengagements, die auf die Bilanz der IPEX gehen, in der IPEX behandelt werden. Ab einer gewissen Größenordnung erfolgt zusätzlich eine Befassung in operativen KfW-Gremien. Das heißt aber: keine Beschlussfassung im Verwaltungsrat der KfW.

Die Trennung zwischen KfW und IPEX führt außerdem dazu, dass ich Fragen zur KfW oder deren Fördertätigkeiten hier nicht beantworten kann, es sei denn, es handelt sich um Felder, wo wir Leistungen für die KfW erbringen. - Aber das nur zur Vollständigkeit.

Ich kann und will Ihnen aber alle Fragen zur IPEX beantworten sowie die Geschäftsaktivitäten der IPEX in Bezug auf die Wirecard, und das ist das Ihnen bekannte Darlehen über 100 Millionen Euro.

Zu diesem Wirecard-Darlehen vielleicht Folgendes vorweg: Warum überhaupt Wirecard? Die Wirecard AG haben wir finanziert, weil zu diesem Zeitpunkt nach unserer und, ich glaube, auch der Wahrnehmung im Markt die Wirecard eins der deutschen Unternehmen war, die ein zukunftsträchtiges und international erfolgreiches Geschäftsmodell im Bereich der Digitalisierung von Zahlungsverkehrsleistungen, ja, man muss sagen, zu haben schien.

Wirecard konnte insbesondere trotz der Anfänge im Zahlungsverkehr für weniger renommierte Kunden in bemerkenswertem Maße größere, international tätige Kunden und bekannte Kunden gewinnen, war zunächst Mitglied im TecDAX und später im DAX. Die gewährte Finanzierung sollte weitere internationale Expansion der Wirecard unterstützen.

Heute sind wir natürlich alle klüger, und wir wissen, dass wir, wie viele andere, massiv von unserer Kundin betrogen und hinter das Licht geführt wurden. Trotzdem kommt es aus meiner Sicht bei der Beurteilung heute natürlich darauf an, wie sich die Sache aus der Sicht von damals dargestellt hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Kann ich auch nicht erkennen. Vielleicht noch mal zur Korrektur: Risikomanagement, nicht Risikocontrolling. *Kreditmanagement*

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Klaus Michalak:** Entschuldigung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, okay. Nein. Also, wir wollen uns ja auf der - - Wir wollen ja - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich kann es nicht erkennen, dass sozusagen - - Um auf ihre Frage zu antworten: -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeuge Klaus Michalak:** - Ich kann nicht erkennen, dass das irgendeinen Einfluss gehabt hätte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, erkennen, oder ist es einfach so?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich kann mir nicht vorstellen, welchen Einfluss das gehabt hätte - - haben sollen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Also, Sie sagen, es wäre quasi absolut gleichwertig behandelt worden, egal wie jetzt dieser Haken gesetzt wurde, auch in der laufenden Beurteilung -

**Zeuge Klaus Michalak:** Das sehe ich so, das sehe ich so.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - und im Controlling.

**Zeuge Klaus Michalak:** Das sehe ich so.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann zunächst mal letzte Frage für mich, mögliche Fragen zur Kreditverlängerung jetzt: In der Genehmigungsvorlage, noch mal, vom 13.06.2019 - also, wir befinden uns jetzt schon im Zeitstrahl Leerverkaufsverbot, viele Diskussionen zu Wirecard für die Verlängerung dieser Kreditlinie im September 2019; auch hier zu finden auf MAT A

BMWi-11.20, hier Blatt 42 ff. - werden auch die Berichte der „Financial Times“ deswegen über Compliance-Verletzung in Singapur - Sie hatten ja gesagt, Sie machen auch Compliance; hatten das noch hinzugefügt - sowie Leerverkauf - das hatte ich ja eben gesagt - durch die BaFin vom 18.02.2019 erwogen. Können Sie sich daran erinnern? Können Sie uns die damaligen Überlegungen zur Risikobewertung noch mal näher ausführen? Weil ein Kollege hat schon gesagt: Na ja, dieser Bericht, wenn man den genau gelesen hat, gerade Singapur, da gab es noch andere Fazilitäten. Da ist man eben, was das Ost-, Südostasien-geschäft, Fernost, angeht, zu einer ganz anderen Einwertung gekommen. Wie war das bei Ihnen, also im Hause? Welche Rolle hat das Leerverkaufsverbot genau gespielt, und ist es richtig, dass die Verlängerung weiterhin ohne Sicherheiten erfolgte?

**Zeuge Klaus Michalak:** Die Kreditentscheidung ist nach sorgfältiger Abwägung getroffen worden. Das heißt also: Die, wie Sie auch, glaube ich, richtig zitiert haben - - sind die Warnsignale aufgenommen worden, auch aufgrund der Artikel in der „Financial Times“. Und daraufhin sind sozusagen positive Signale ebenfalls eingewertet worden. Dazu zählte unter anderem aber eben nicht ausschließlich das Thema des Leerverkaufsverbotes.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. Also, das heißt, weiterhin ohne Sicherheiten - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hätte denn eine Option bestanden, im Zuge der Verlängerung Sicherheiten einzufordern? Das ist ja mal ganz interessant: Wie ist so die Vertragsgestaltung?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja. Wir hatten das Recht uns einräumen lassen, Garantien von Tochtergesellschaften zur Nachbesicherung einzuholen, von Tochtergesellschaften von Wirecard. Das Recht haben wir uns einräumen lassen, meiner Erinnerung nach, nicht, um tatsächlich substanzielle Verbesserungen in der Besicherung - in der Bonitätssituation zu erreichen, sondern für



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen? Was ist das für eine Liste? Wer entscheidet oder wonach wird entschieden, welche Werte da draufkommen und welche nicht?

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, Sie beziehen sich da auf die <sup>Pressemeldungen</sup> ~~Pressemittteilung~~, habe ich verstanden, diesbezüglich. Was ich dazu sagen kann, ist, dass während der Zeit, als die Wirecard-Aktie auf der Restricted List steht - und sie wird auf die Restricted List gesetzt, wenn wir davon überzeugt sind, dass wir <sup>insiderrelevante</sup> Informationen haben; Wirecard wurde am 22. Juni auf die Restricted List gesetzt - - Und in dieser Zeit, in der die Wirecard-Aktie auf der Restricted List war, hat es eine kleinere Zahl von Mitarbeiter/innen gegeben, die mit Wirecard-Aktien gehandelt haben. Über das sogenannte Zweitschriftverfahren haben wir davon Kenntnis gehabt. Es ist überprüft worden. Die Mitarbeiter/innen haben nach unserer Kenntnis keinen Zugang zu <sup>insiderrelevanten</sup> Informationen gehabt, sodass sich daraus auch kein Insiderverstoß oder ein Verstoß gegen Insiderregeln ergeben hat.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sagen Sie das Jahr noch? 22. Juni - welches Jahr?

**Zeuge Klaus Michalak:** 2020. Entschuldigung, natürlich hätte ich das dazusagen sollen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und vorher gab es keine Möglichkeiten, da irgendwie Insiderinformationen zu erlangen, -

**Zeuge Klaus Michalak:** Die haben wir nicht gesehen, nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - im Rahmen 2018, 2019?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, die haben wir nicht gesehen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, das wundert mich jetzt, dass es im Rahmen einer intensiven Kreditprüfung, die ich jetzt doch mal unterstelle bei so einem hohen Engagement, auch wenn es für Sie vielleicht nur mittelhoch ist - aber mittelhoch ist ja auch schon jetzt zumindest nicht niedrig - - dass man dann vielleicht auch sagt: Da

erlangen Mitarbeiter Insiderinformationen, die dann vielleicht auch persönlich vergoldet werden könnten. Also frage ich Sie konkret: Hätte nicht schon 2018 spätestens diese Aktie auf diese Liste gehört?

**Zeuge Klaus Michalak:** Aus meiner Sicht ist dadurch, dass Wirecard ein gelistetes Unternehmen ist, also zunächst TechDAX, dann DAX, sozusagen das Unternehmen selber verpflichtet, uns darauf hinzuweisen, wenn wir Informationen bekommen sollten, die sozusagen nicht öffentlich zugänglich sind. Und insofern lässt sich daraus nicht ableiten, dass wir insiderrelevante Informationen haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Sie haben doch im Rahmen einer Kreditprüfung auch Unterlagen, die jetzt nicht öffentlich zugänglich sind, oder? Ich meine, sonst müssten wir ja gar nicht über irgendwelche eingestuften Unterlagen oder nichtöffentlichen Teil und so reden, wenn das alles so öffentlich wäre, was Sie da an Informationen haben.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, das Unternehmen ist uns verpflichtet sozusagen, wenn sie - - uns zu informieren, wenn sie uns insiderrelevante Informationen kommunizieren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nach Informationen des Nachrichtenportals „ThePioneer“ haben zwei Mitarbeiter eine Abmahnung erhalten in Bezug auf diese Themen. Ist das richtig?

**Zeuge Klaus Michalak:** Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es um interne Richtlinien oder Regularien ging. Und die Mitarbeiter/innen, die gegen diese Regularien verstoßen haben, da haben wir auch personalrechtliche Maßnahmen ergriffen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Stimmt die Meldung oder nicht? Also, zwei Abmahnungen gab es. Oder gab es noch was anderes?

**Zeuge Klaus Michalak:** Es gab zu den personalrechtlichen Maßnahmen auch Abmahnungen.



## Markt-Geschäftsführer Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Da ist, glaube ich, im Herbst - ich kann es jetzt nicht genau sagen, wann - - Im Herbst hat es ein Gespräch von meinem Kollegen Markus Scheer - Herr Scheer ist der Marktvorstand, der auch für Wirecard zuständig war - mit dem damaligen Finanzvorstand, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, mit Wirecard gegeben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie die Namen immer dazusagen, bitte. Also, Sie - - Herbst, da müsste das Jahr bitte noch und dann noch der CFO - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, im Herbst 2019 -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm.

**Zeuge Klaus Michalak:** - jetzt muss ich mich mal am Riemen reißen hier -, im Herbst 2019. Und wer der Finanzvorstand zu dem Zeitpunkt war, kann ich Ihnen nicht genau sagen. Kann ich aber bei Bedarf auch nachliefern.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. Nee, das wissen wir schon. - Noch mal zu dem Treffen mit der BaFin - habe ich das jetzt richtig verstanden? - 23. Juni 2020.

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber im Zuge von irgendwelchen Kreditentscheidungen ist da gar nicht -

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - mit der BaFin gesprochen worden, auch nicht mit Ministerien.

**Zeuge Klaus Michalak:** Nicht meines Wissens, nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Und dann, als es um das Thema Insolvenz von Wirecard ging, da fingen dann die Gespräche mit BaFin und Ministerien an.

**Zeuge Klaus Michalak:** Es - sage ich mal, wenn ich das so salopp formulieren darf -, das Drama,

nahm ja seinen Lauf mit der Information, dass das Testat nicht erteilt wird. Und da haben wir es natürlich auch als Verpflichtung gesehen, sowohl unsere Aufsichtsbehörde, also die BaFin, zu informieren als auch unseren Aufsichtsrat zu informieren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie da ein bisschen was zu erzählen, also einmal zu dem 23. Juni 2020, was da mit der BaFin besprochen wurde, und welche weiteren Gespräche es dann nach diesen Testatproblemen mit BaFin und Ministerien gab?

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm. - Also, meiner Erinnerung nach haben wir der BaFin geschildert, welches Engagement wir mit Wirecard haben in dem Zusammenhang. Und wenn ich es recht erinnere, hat die BaFin das zur Kenntnis genommen. Das ist das Ressort, was uns betreut und damit natürlich auch für die Stabilität der IPEX verantwortlich ist.

Mit dem Aufsichtsrat haben wir die Information - - oder dem Aufsichtsrat haben wir die Information auch am 23. weitergegeben und ähnlich die Schilderung sozusagen, wie unsere Forderung gegenüber Wirecard ist und auch wie die Besicherungssituation ist. - Beantwortet das Ihre Frage?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nicht so ganz, also teilweise.

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, Entschuldigung.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich wollte jetzt nur wissen, was es noch für weitere Gespräche - - Sie haben sich auch mit Staatssekretären zum Beispiel ausgetauscht, wenn ich richtig informiert bin. Das können Sie ja noch vertiefen.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, ich weiß jetzt nicht, welches Gespräch Sie meinen. Es gab ein Telefonat meiner Erinnerung nach mit Staatssekretär Dr. Kukies zum Thema Wirecard, und an dem haben, meiner Erinnerung nach, teilgenommen: Dr. Bräunig, Vorstand oder Vorstandsvorsitzender KfW, Dr. Nagel, damals Vorstand KfW und im



Waver

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, es gibt für den Kredit sozusagen entsprechende vertragliche Kündigungsfristen und Kündigungsgründe. Die haben nur vorgelegen bei Waver-Anfragen. Und ansonsten ist meiner Erinnerung nach - - sind unsere Analysten unmittelbar nach Vorlage des KPMG-Berichtes durchgegangen und haben auch wieder die offenen Punkte des KPMG-Berichtes mit dem Kunden diskutiert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Hm. Ja, jetzt ist nur das Problem, dass in dem KPMG-Bericht sozusagen - - Das ist zwar noch ein bisschen freundlich ausgedrückt, aber der Verbleib von enormen Cashpositionen konnte von KPMG nicht aufgeklärt werden.

**Zeuge Klaus Michalak:** Mhm.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und das ist ja sozusagen der Punkt, der am Ende das Kartenhaus zum Einsturz brachte.

**Zeuge Klaus Michalak:** So ist es.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber da muss ich noch mal fragen: Aber Ihre Analysten, was haben die - - Also, haben die sich mit den Erklärungen von Wirecard dann - in Anführungszeichen - „zufriedengegeben“? Weil das Ding ist: Wir schicken KPMG mit einer Riesentruppe für ein halbes Jahr los, und die sollen die Existenz von 1,7 Milliarden Euro klären. Und die sagen so ein bisschen freundlich nach einem halben Jahr: Wir konnten die Existenz nicht vollständig nachweisen, weil es erhebliche Prüfungshemmnisse gab. Sozusagen im Benchmarking würde ich jetzt mal sagen: Wenn ich - - Wenn das - - Also, ich meine: Klar, auch hier - - Wir kennen jetzt alle den Ausgang. Aber trotzdem muss man sagen: Was hätte denn noch passieren sollen?

**Zeuge Klaus Michalak:** Ich glaube, das ist in der Tat sozusagen ein intensives Warnsignal gewesen. Ich glaube, da ist die Kombination sozusagen, dass das Testat für den Jahresabschluss unmittelbar anstand und auch bekanntgegeben werden sollte - - war für uns sozusagen die Erwartung, der Lackmустest, ob die Erläuterungen von KPMG plausibel sind oder nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Als Nächstes hat das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr Michalak, ich möchte noch mal fragen, weil uns ja verschiedene Banken hier darstellen, dass eben kein Kündigungsgrund vorgelegen hätte für die Kreditlinien. Aber es gibt ja auch den Rechtsbegriff des Material Adverse Change, das heißt, wenn sich wirklich Vermögensverhältnisse etc. grundsätzlich ändern. Könnten Sie noch mal darstellen aus Ihrer Sicht, warum das hier nicht einschlägig wäre?

**Zeuge Klaus Michalak:** Vielen Dank, Herr De Masi. - Kann ich Ihnen jetzt sozusagen aus dem Stegreif nicht sagen. Die Material-Adverse-Change-Klausel wird in der Regel sozusagen angewandt bei Angeboten, Kreditangeboten, die Ihnen gemacht werden, und wenn dann signifikante Marktveränderungen sozusagen Platz greifen. Ob das jetzt hier in dem konkreten Fall rechtlich ein Ansatz gewesen wäre, muss ich sagen, kann ich Ihnen jetzt so aus dem Stegreif nicht sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie uns diese Information bitte nachreichen, damit wir uns entsprechend noch einmal damit befassen können, ob bezüglich dieser Klausel eine Prüfung in Ihrem Haus stattgefunden hat und zu welchem Ergebnis sie gekommen ist?

Ich würde gerne fortfahren, weil es für mich eine Unklarheit gab. Sie haben vorhin gesagt in Reaktion auf einen Kollegen - ich kann nicht mehr zuordnen, wer es war -, dass die Anzeige, die erstattet wurde, sich gegen das Wirecard-Management gerichtet hätte. Aber es gibt doch Ermittlungen wegen Untreue gegen Mitarbeiter Ihrer Bank. Sind Sie also im Sinne der Anzeige auch tätig geworden gegen Ihre eigenen Mitarbeiter?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, wir haben gegen die - - Also, noch mal: Ich weiß jetzt nicht genau, wie unsere Anzeige, Strafanzeige, formuliert ist; aber ich würde annehmen, gegen Wirecard und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

2019 und der ganze Vorlauf, der schon seit Frühjahr sich sozusagen angebahnt hat - - oder die Entscheidung wurde ja vorbereitet. Sie sagten, es gab eine große Diskussion, kritische Punkte und Ähnliches. Aber laut Ihren Unterlagen der Konzernrevision hatten Sie ja die Möglichkeit, alle halbe Jahr Sicherheiten nachzufordern. Warum haben Sie das denn nicht gemacht oder überhaupt erwogen? Jedenfalls ist das aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, grundsätzlich ist es so, dass in der Dokumentation meines Wissens die Möglichkeit bestand, Garantien von Wirecard-Tochtergesellschaften nachzufordern. Üblicherweise ist in so einer Konstellation die materielle Sicherheit von solchen Konzerngarantien nicht sehr hoch zu bewerten, sondern das Entscheidende ist, dass man, wenn die Kreditbeziehung zur Holding ist, dass man sozusagen durch Kreditaufnahmen der Töchter, die strukturell bei Wirecard nicht vorgesehen war - - aber dass man durch Kreditaufnahme der Töchter nicht in eine sogenannte Nachrangigkeit kommt. Ich möchte mich beim Ausschuss entschuldigen für dieses Bankchinesisch; aber das heißt: Wenn es nun zu einer Verwertung kommt, dann ist sozusagen der erstrangige Gläubiger - - wird eher bedient. Und das ist die Möglichkeit, wenn man sich die Garantien nachfordern kann, also, wenn man die Garantie erhält, sozusagen dann wieder auf Augenhöhe mit potenziellen ~~Schuldner~~ Gläubigern zu kommen.

**Jörn König (AfD):** Und weil die Sicherheiten nachrangig gewesen wären, haben Sie sie nicht gefordert?

**Zeuge Klaus Michalak:** Nein, weil für uns nicht erkennbar war, dass die Töchter in großem Maße eigene Kredite aufnehmen. Deswegen war dieses Instrument sozusagen nur auf gleich - - Augenhöhe mit den Gläubigern der Töchter zu kommen, nicht notwendig.

**Jörn König (AfD):** Gut, und hätten Sie nicht Sicherheiten von der Wirecard Holding einfordern können?

**Zeuge Klaus Michalak:** Das, was im Kreditvertrag vorgesehen war als potenzielle Nachbesicherung, war die Stellung von Sicherheiten der Töchter.

**Jörn König (AfD):** Okay. Gut. - Dann habe ich noch eine Frage zu - - man könnte es fast Bankchinesisch „Fristenkongruenz“ nennen. In den Unterlagen ist es so: Die Entscheidung zur Kreditverlängerung, zur einmaligen Kreditverlängerung fiel im Jahr 2019, September 2019. Aus den Unterlagen ging hervor, dass Sie immer Sicherheiten fordern konnten Dezember und dann immer halbjährlich, sprich: dann im Mai, Juni jeweils. A) Wie kommt es zu dieser Divergenz in den Entscheidungszeiträumen? Und b) Eigentlich hätte doch im Mai, Juni 2020 dann wieder eine Diskussion bei Ihnen stattfinden müssen, ob „wir denn nicht Sicherheiten einfordern“, und davon ist aber in den Unterlagen nichts zu finden. Also - -

**Zeuge Klaus Michalak:** Also, noch mal: Das, was im Kreditvertrag, Herr König, nach meiner Erinnerung vorgesehen war, war die Nachbesicherung durch Garantien der Töchter, die materiell - und ich glaube, das hat sich auch im Nachhinein gezeigt - eigentlich keinen großen Wert haben, -

**Jörn König (AfD):** Okay.

**Zeuge Klaus Michalak:** - also unabhängig jetzt von Wirecard, im Konzernverbund; es sei denn, dass es sozusagen Kreditaufnahmen der Töchter gibt. Es ist natürlich richtig, dass man, sage ich mal, im Endstadium das hätte versuchen können. Materiell hätte es, glaube ich, keinen Unterschied gemacht. Und da, sage ich mal, nach der Information von EY, dass sie das Testat verweigern, hat ohnehin das Unglück seinen Lauf genommen.

**Jörn König (AfD):** Ja, aber dann haben Sie sich, ehrlich gesagt, so ein bisschen in Ihr Schicksal ja geschickt -

**Zeuge Klaus Michalak:** Ja, ich - -

**Jörn König (AfD):** - oder halt reingefunden, also - - Sie sagten auch, nach der Vorlage des KPMG-Berichts irgendwann im April 2020, Sie

## Anlage 2

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Dr. Wolfgang Fink

LIVONIUS Rechtsanwälte · Barckhausstraße 1 · 60325 Frankfurt/Main

Deutscher Bundestag  
**Sekretariat PA30**  
**3. Untersuchungsausschuss**  
**Herrn ORRn Dr. Dominique Schimmel**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

DR. BARBARA LIVONIUS  
Rechtsanwältin

DR. RAFAEL VAN RIENEN  
Rechtsanwalt  
Attorney at Law (New York)  
LL.M. (University of Chicago)

**vorab per E-Mail**

**03. März 2021**

Unser Zeichen: 122003/BL/adc

**Geschäftszeichen: PA 30 – 5452-1**  
**Vorläufige Fassung des Protokolls der Zeugenvernehmung**  
**von Dr. Wolfgang Fink am 15.01.2021**

Sehr geehrter Herr ORRn Dr. Schimmel,

zu dem vorläufigen stenografischen Protokoll 19/17 und der Bandabschrift 19/17 sind Korrekturen offensichtlicher Übertragungsfehler oder falscher Schreibweisen nicht veranlasst. Der guten Ordnung halber weise ich jedoch darauf hin, dass auf S. 59 des vorläufigen stenografischen Protokolls und auf S. 3 des vorläufigen Protokolls (Bandabschrift) von Goldman Sachs International Limited die Rede ist. Da diese Gesellschaft keine Limited ist, lautet der Firmenname Goldman Sachs International.

Die Befragung von Herrn Dr. Fink seitens der Abgeordneten Hauer (S. 64 des vorläufigen stenografischen Protokolls) und Schäffler (S. 67 des vorläufigen stenografischen Protokolls) zeichnete sich durch Unterbrechungen bei der Beantwortung aus.

Barckhausstraße 1  
60325 Frankfurt am Main

Telefon  
Telefax

www.dr-livonius.de

Der Abgeordnete Hauer fragte nach der konkreten Anzahl von Treffen zwischen Herrn Dr. Fink und Staatssekretär Dr. Kukies. Der Abgeordnete Schäffler griff diese Frage zum einen ebenfalls auf und wollte zum anderen wissen, über welche Kommunikationsmittel (Telefon, Messengerdienste) sich Herr Dr. Fink mit Staatssekretär Dr. Kukies ausgetauscht hat.

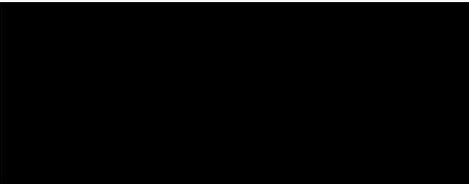
Zur Vermeidung etwaiger Missverständnisse, die beim Lesen des Protokolls aufkommen könnten, erfolgt diesbezüglich nachfolgende Klarstellung:

Herr Dr. Fink stand mit Staatssekretär Dr. Kukies in dem für den Untersuchungsausschussauftrag relevanten Zeitraum telefonisch, per Messengerdienst und per E-Mail in Kontakt. Wie Herr Dr. Fink im Rahmen seiner zusammenhängenden Darstellung zum Vernehmungsgegenstand (Seite 55, rechte Spalte des vorläufigen stenografischen Protokolls) erläuterte, hatte er Kontakte mit Amtsträgern der Regierung, auch mit Staatssekretär Dr. Kukies, und Vertretern deutscher Aufsichtsbehörden, die jedoch nach seiner Erinnerung keinen Bezug zu Wirecard hatten.

Wie häufig Herr Dr. Fink in vorbenanntem Zeitraum Staatssekretär Dr. Kukies getroffen hat, konnte und kann Herr Dr. Fink nicht erinnern. Eine Nachvollziehung anhand seines Kalenders wäre nicht präzise, da es Aufeinandertreffen im Rahmen von Veranstaltungen mit einer Vielzahl von Teilnehmern gegeben haben kann, was jedoch nicht vermerkt wird. Ein Bezug zu Wirecard liegt insoweit naturgemäß fern.

Im Rahmen der Befragung von Herrn Dr. Fink fragte der Abgeordnete De Masi, ob Herr Dr. Fink nähere Angaben zu Gebühren, die Goldman Sachs mit Transaktionen in Wirecard-Instrumenten verdient habe, machen könne. Die Beantwortung der Frage erweist sich als komplex, so dass eine abschließende Antwort bedauerlicherweise noch nicht erfolgen kann. Hierauf werde ich unaufgefordert so bald wie möglich zurückkommen.

Mit freundlichen Grüßen



Rechtsanwältin